Kommt Königsberg zurück? S.13

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
Nr. 8 – 23. Februar 2013
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Fröhlich und bunt? Immer öfter treiben derartige Szenen deutschen Bürgermeistern Kummertränen in die Augen Bild: A. Berry/ dapd

Städte flehen um Hilfe

Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren: Rathäuser fürchten gigantische Welle

Schon jetzt ächzen viele Städte unter den Lasten der Zuwanderung. Nun wollen sie, dass Bund, Länder und EU die Kosten übernehmen.

Alarm in den deutschen Rathäusern: Wenn ab Ende dieses Jahres Rumänen und Bulgaren die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit genießen, werde ein Welle von Armutseinwanderern nach Deutschland strömen, so der Deutsche Städtetag in einem Positionspapier. Damit würden enorme Zusatzkosten, etwa für Sozialleistungen, auf die Stadtsäckel zukommen.

Städtetagspräsident Christian Ude, Oberbürgermeister von München und Spitzenkandidat der SPD zur bayerischen Landtagswahl im September, fordert vom Bund, den Ländern und der EU, „das Problem der Zuwanderung aus Südosteuropa stärker wahrzunehmen und Strategien zu seiner Lösung zu entwickeln“. Ziel der Bemühungen müsse es sein, dass „alle Bevölkerungsgruppen in allen Mitgliedstaaten der EU eine Chance auf ein gutes Leben in ihrer Heimat haben“.

Bislang sammeln sich vor allem Roma vom Balkan in deutschen Metropolen (die *PAZ* berichtete), die dort bereits jetzt für beträchtliche Kosten sorgen. Allein die Stadt Duisburg, die faktisch bankrott ist, beziffert die Mehrkosten für Sozialleistungen sowie Bildungs- und Integrationsmaßnahmen auf 18,7 Millionen Euro jährlich. Zudem mussten allein zwischen Januar und September vergangenen Jahres 1600 wilde Müllkippen beseitigt werden, welche die Stadt Duisburg auf die Zuwanderer vom Balkan zurückführt. All dies wird sich, so offenbar die Befürchtung der Städte, ab Januar noch einmal drastisch verschärfen.

> Die Parteien müssen den Bürgern Folgen ihrer Politik erklären

So ernst und realistisch die Warnung des Städtetages erscheint, so sehr ist sie auch geprägt von Illusionen, Heuchelei und dem Unwillen, sich den Folgen der eigenen Ideologie zu stellen. Die Städte werden nahezu durchweg regiert von Vertretern jener Parteien, welche die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien in die EU samt voller Freizügigkeit herbeigeführt haben. Dieselben Parteien halten überdies daran fest, einst auch Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Albanien, das Kosovo und die Türkei in die EU zu holen. Mit diesen Ländern werden auch Armutsregionen an der Schwelle zum Drittwelt-Niveau Teil der EU. Deren Bewohnern wird damit angeboten, in ein Sozialsystem zu schlüpfen, das für ihre Verhältnisse puren Luxus feilbietet.

Nun erleben die Stadtväter die Folgen dieses Irrsinns und wollen die Kosten abwälzen. Die „Forderung“, die EU möge die Chance auf ein „gleich gutes Leben“ in allen Teilen der Gemeinschaft sicherstellen, ist aberwitzig. Mehr als ein gigantischer neuer Umverteilungs-Fördertopf, dessen Großteil wie üblich in der Korruption versandet, würde dabei nicht herauskommen. Es hilft nichts: Die in den Städten regierenden Parteien werden ihren Bürgern nun die Früchte erklären müssen, die ihre Ideologie vor Ort getrieben hat. Dass sie das bange macht, ist verständlich. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Systemfehler

Erst streikt das Sicherheitspersonal an den Flughäfen, nun die Lehrer und in der kommenden Woche wollen sich weitere Gruppen von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anschließen. Entsprechend groß ist das Geschimpfe derjenigen, die unter den Streiks zu leiden haben. Sie schimpfen – je nach Standpunkt – auf die Arbeitgeber oder die Streikenden und deren mitunter maßlos agierende Gewerkschaften. Auf einen schimpft dagegen niemand, obwohl sie den größten Teil der Schuld an dem Dilemma trägt: die Politik.

Sie hat auf allen Ebenen öffentliche Aufgaben auf Biegen und Brechen und manchmal selbst gegen den erklärten Bürgerwillen privatisiert. Außerdem hat sie in großem Stil Arbeitsplätze in öffentlich-rechtliche Betriebe ausgelagert und Beamte durch schlechter gestellte Angestellte ersetzt. Das alles reicht von der Straßenreinigung über die Gesundheitsfürsorge und die Energieversorgung sogar bis hin zu sicherheitsrelevanten Bereichen. Dabei geht es nicht etwa um sachlich gebotene Maßnahmen, sondern nur darum, durch Lohndumping die Kosten zu senken. Wer aber „Staatsdienern“ die mit ihrer Tätigkeit üblicherweise verbundene Entlohnung und Privilegien verwehrt, darf sich nicht wundern, wenn sie von ihren Arbeitnehmerrechten Gebrauch machen und für eine angemessene Entlohnung streiken. Die derzeitigen Streiks sind also vor allem die Folge eines Systemfehlers, den die Politik schnellstens beseitigen muss. Die Daseins- und Sicherheitsvorsorge für die Bürger hat da zu liegen, wo sie hingehört: beim Staat. Mit Beamten, denen ihre Privilegien gegönnt seien, weil sie dafür wiederum beispielsweise kein Streikrecht haben.

Milliardenschwerer Flop

Der Handel mit CO_2-Emissionszertifikaten steht vor dem Aus

Der Handel mit CO2-Emissionszertifikaten steht in der Europäischen Union vor dem Aus, weil wegen des extremen Preisverfalls der Zertifikate keine Investitionen finanziert werden können. Der Zertifikatehandel war 2005 eingeführt worden, um den Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten aus dem Kyoto-Protokoll nachzukommen. Mit der Ausgabe der Zertifikate wollten die Staaten Geld einnehmen, um alternative Energiequellen oder Projekte wie beispielsweise die Elektromobilität oder die Gebäudedämmung zu fördern. Die Kosten für den Erwerb der Zertifikate haben die Unternehmen selbstredend auf die Verbraucherpreise aufgeschlagen. So haben die europäischen Stromkunden im Laufe der Jahre über 230 Milliarden Euro für das Projekt ausgegeben – offenbar für nichts, denn Erfolge kann es nicht vorweisen.

> Keine Investitionen wegen Preisverfalls

Die Bundesregierung rechnete für 2013 mit Versteigerungserlösen bei der Ausgabe von Zertifikaten in Höhe von drei Milliarden Euro. Doch der Preis ist eingebrochen. Statt der für die Investitionen benötigten 40 Euro pro Tonne CO2 liegt er derzeit bei nur vier Euro. Grund: Viele Unternehmen haben ihre Emissionen reduziert und benötigen weniger Zertifikate. Zudem macht sich der Konjunkturrückgang bemerkbar. Nun erwägt die EU, den Handel mit Emissionszertifikaten ganz zu beenden oder zumindest auszusetzen, um so den Überschuss an Zertifikaten zu reduzieren und die Preise wieder in die Höhe zu treiben. Selbst wenn das Projekt beendet werden sollte, wären die Finanzminister die Gewinner, haben sie doch Milliarden eingestrichen, ohne etwas davon auszugeben. Verlierer wären die Bürger, die erhöhte Stromkosten bezahlen mussten und nun die Finanzierungslücke bei den Investitionen mit ihren Steuern schließen müssten. *Jan Heitmann*

(siehe Seite 7)

Frankenstein lässt grüßen

EU will Menschenversuche für Pharmaindustrie erleichtern

Die „Süddeutsche Zeitung“ ist kein Blatt, das auf grelle Schlagzeilen setzt. Die Überschrift „Ich wollt', ich wär' ein Tier“, erregt daher eine besondere Aufmerksamkeit. Offenbar plant die EU der Pharmabranche zuliebe, eine Aufweichung der Vorschriften für Arzneimittelversuche. Und zwar ist geplant, die Regeln bei Menschenversuchen so zu lockern, dass diese im Grunde leichter zu erfüllen sind als jene Bestimmungen, die für Tierversuche gelten.

Zwar ist die erste Lesung für das geplante Gesetz erst für Juni geplant, doch offenbar ist eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten bereits jetzt darauf aufmerksam geworden, was da in Brüssel geplant wird. Angestoßen wurden sie von Arbeitskreis aller 52 Ethikkommissionen in Deutschland, der voller Inbrunst gegen die neuen Pläne argumentiert. So könne es nicht sein, dass künftig ein EU-Mitgliedsstaat federführend für alle anderen die medizinischen Versuche durchführe und bewerte. Besonders alarmierend sei der Plan der EU, dass die Pharmaindustrie selbst vorschlagen soll, welcher Mitgliedsstaat für die Tests den Zuschlag erhält. Dies hätte zur Folge, dass um jene Länder, in denen gewissenhaft und kritisch geprüft wird, künftig ein Bogen gemacht wird. Auch soll das neue Gesetz den Schutz von Minderjährigen und Menschen in Notfallsituationen reduzieren. Und während vor, während und nach Tierversuchen die Beteiligung einer Ethikkommission vonnöten ist, soll bei Menschenversuchen in Zukunft auf diese verzichtet werden. Die deutschen Parlamentarier warnen nun: „Eine Instrumentalisierung von Patientinnen und Patienten wäre nicht mit den Grundrechten der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der Charta der Grundrechte der EU vereinbar.“ *Bel*

> Mehr Mitspracherecht für Arzneimittelbranche

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

EU-Unlust größer als gedacht

London – Eine Umfrage von Harris Interactive für die „Financial Times“ hat selbst in Großbritannien für Überraschung gesorgt. Demnach sind 50 Prozent der Briten für einen Austritt aus der EU und nur 33 Prozent dagegen, während 17 Prozent noch unentschlossen sind. Dass die Mehrheit der Briten offenbar für einen EU-Austritt ist und nicht mehr an eine Reform der EU glaubt, dürfte die Innen- und Außenpolitik im Vereinigten Königsreich auf eine völlig neue Basis stellen. Schon jetzt erfreut sich die Partei des EU-Gegners Nigel Farage wachsender Zustimmung. Sollten die Tories von Premier David Cameron nun nicht auf den EU-Unmut der Massen reagieren, ist mit massiven Stimmenverlusten bei der nächsten Wahl zu rechnen. *Bel*

Israel spaltet EU-Staaten

Brüssel – Zwischen den 27 EU-Mitgliedsstaaten herrscht Unstimmigkeit darüber, wie man trotz Kritik auf den von Israel weiter fortgesetzten Etikettenschwindel reagiert. Israel versieht Produkte, die im israelisch besetzten Westjordanland und den Golanhöhlen produziert werden, mit dem Hinweis „Made in Israel“. Dies legitimiert nicht nur die kritisierte Besetzung, sondern sorgt auch für niedrige Zölle, da Israel selbst ein Abkommen mit der EU hat. Großbritannien, Irland, Finnland, Schweden, Estland, die Niederlande, Österreich, Spanien und Zypern verwehren sich gegen die Aussage, dass Produkte aus dem Westjordanland oder den Golanhöhlen „aus Israel kommen“. In Berlin spare man laut „Spiegel“ jedoch an Kritik, da man eine Assoziation mit der NS-Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ vermeiden wolle. Aus den umstrittenen Siedlungsgebieten werden Waren im Wert von 220 Millionen Euro nach Europa exportiert. Die Palästinenser setzen im Geschäft mit Europa dagegen nur 15 Millionen Euro um. *Bel*

U-Boot des Islamismus

München: Medien und Politik würgen Diskussion um dubioses Imamausbildungszentrum ZIEM ab

Das „Zentrum für Islam in Europa München“ (ZIEM) ist ein Plan mit europäischen Dimensionen. Eine große Parteienkoalition trägt es. Bei dem Bau gehe es „nicht um ein neues Moscheebauprojekt“, so der federführende gleichnamige Verein, es gehe um die Ausbildung von Imamen, um eine „anspruchsvolle Initiative“ im Geist eines europäischen Islam. Kritiker des Vorhabens werden nun diffamiert und ernten Drohungen von allen Seiten.

„Heute machen die rund 80000 Musliminnen und Muslime mit über sechs Prozent der Münchener Bevölkerung die zweitgrößte Religionsgemeinschaft der Stadt aus“, begründen die „40 Multiplikatoren“ hinter dem Vorhaben ihren „Anspruch auf einen Mittelpunkt“. Eine „Fact-Finding-Reise“ führte sie 2008 mit Politikern der großen Landtagsparteien nach Sarajewo – treibende Kraft hinter dem Projekt ist der aus Mazedonien stammende Imam Benjamin Idriz. Er steht einer Moschee im oberbayerischen Penzberg vor, hat an mehreren Universitäten studiert, spricht viele Sprachen. Er gab kürzlich noch einen Magisterabschluss in islamischer Theologie an, den er laut Bericht von „Report München“ aber nie gemacht hat. Der Bericht deckte zudem Idriz’ Bildungsweg in Einrichtungen auf, die dem radikalen Islam nahestehen. Idriz ist heute gefragter Dialogpartner, will das inzwischen gemeinnützige ZIEM innenstadtnah als Islam-Akademie, Moschee, Museum, Bibliothek und Gemeindezentrum errichten. Laut ZIEM-Faltblatt tritt das Zentrum „für die Glaubensfreiheit aller ein, für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für unser Grundgesetz“. Emir Scheich Hamad bin Khalifa, Oberhaupt des Wüstenstaats Katar, signalisierte bereits, den Bau finanzieren zu wollen. Auch die vom Verfassungsschutz beobachtete Penzberger Moschee finanzierte einst ein Emir. Im November weilte nun eine Delegation aus Katar in München. Politische Bedenken gegen den streng nach islamischem Scharia-Recht urteilenden Wüstenstaat als Geldgeber dieser Islamausbildungsstätte Deutschlands schlechthin zerstreuten sich schnell. Der Freistaat Bayern, Katholische und Evangelische Kirche sicherten Unterstützung zu. „Diese Spende bedeutet ja nicht, dass deren System auf unsere Stadtgesellschaft übertragen wird“, so Bürgermeister Hep Monatzeder (Grüne) zum Geld vom Golf. Katar besitzt seit 2008 eine katholische Kirche, allerdings ohne Glocken und ohne Kreuze außen. Das ZIEM hingegen sieht ein Minarett mit Halbmond vor.

Im Ringen ums Bürgermeisteramt im nächsten Jahr und angesichts der noch früher anstehenden Landtagswahl im September

> Vor allem die CSU erstickt jeden Ansatz einer Debatte

sieht die CSU-Spitze über solche und andere Widersprüche hinweg. Die Senioren-Union München (SEN) kritisiert allein weiter die „Großmoschee“: „Die Landeshauptstadt soll für dieses Vorhaben städtische Grundstücke zur Verfügung stellen, obwohl die Penzberger Gemeinde, wie auch der Imam, weiter im Verfassungsschutzbericht aufgeführt werden“, schreibt der Bezirksverband in einer Stellungnahme. In Erlangen würden bereits islamische Religionslehrer ausgebildet „und vom Bundesforschungsministerium in den nächsten fünf Jahren mit vier Millionen Euro gefördert“. Das Zentrum sei daher überflüssig. Vor allem befürchten laut SEN „moslemische Kreise in München, dass ein moderater Euro-Islam im ZIEM wegen des sich ergebenden Fremdeinflusses keine Zukunft haben wird“. Am 9. Februar distanzierten sich die Senioren „nochmals einstimmig vom Projekt ZIEM“. Ihr Vorsitzender, der Münchener Stadtrat Reinhold Babor (CSU), warnte jetzt eindringlich vor „Größenwahn“. Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle reagierte prompt: „eine absolute Einzelmeinung“. Die CSU-Spitze will Kritiker angesichts von Meinungsumfragen, die Münchens Grüne jenseits der 20 Prozent verorten, zum Schweigen bringen. So sagten die Vorsitzenden der Münchner Grünen, Sebastian Weisenburger und Katharina Schulze: „Die erneute Diskussion innerhalb der CSU über das ZIEM zeigt, dass es mit der Liberalität der Münchener CSU nicht weit her ist.“

Wer also diskutieren will, gilt nicht als liberal. Diese Erfahrung machte auch der Journalist und Politiker Michael Stürzenberger, dessen Partei „Die Freiheit“ (DF) ebenfalls Kritik übte. Die Gewerkschaft „verdi“ weigerte sich nun, seinen Presseausweis zu verlängern. Sie hatte Stürzenberger im Juni zusammen mit einem CSU-Mitglied und einem ehemaligen SPD-Mitglied mithilfe der Polizei unter Berufung auf das Hausrecht aus einer Veranstaltung entfernen lassen. „Das Ganze vor Beginn des Vortrags, ohne dass wir einen Ton gesagt hatten. Denunziert von bekannten Linksextremen, die wie Stasi-Schnüffler an der Eingangstür auf uns gedeutet hatten“, so Stürzenberger. Knapp 23000 Unterschriften gegen das ZIEM hat er gesammelt. Der CSU-Oberbürgermeisterkandidat Josef Schmid sagt zu diesem Protest: „Ich unterstelle ‚Der Freiheit‘ den gleichen Grad an Ausländerfeindlichkeit wie bei der NPD.“ Dabei kritisierte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) 2010 den jetzigen Initiator des Moscheebaus ZIEM in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“: „Die Wahrheit ist, dass nicht irgendwer irgendwelche Kontakte pflegte, sondern dass Herr Idriz persönlich in ständigem telefonischen Kontakt mit Spitzen dieser radikalen Organisationen stand.“ Nun hat sich ein Bündnis von SPD, CSU, FDP und Grünen gegen die Protestierer gegründet, einen „Münchener Apell“ herausgegeben. *SV*



Liebt die Selbstinszenierung: Benjamin Idriz’ politische und christliche Gesprächspartner haben dem gutaussehenden, smarten Imam längst verziehen, dass er seine islamistischen Lehrmeister verschwiegen hat Bild: laif

Kein Rütteln am Tabu

Vielen Armeniern gilt die Türkei noch immer als gefährlicher Ort

Hunderttausende Nachkommen der Überlebenden des Genozids von 1915 in der Osttürkei haben auch heute noch Angst, sich als Armenier zu bekennen, denn die Türkei gilt ihnen noch immer als gefährlicher Ort. Eine halbe Autostunde von Antakya entfernt liegt Vakifli, das letzte armenische Dorf der Türkei. Die Einwohner sind die Nachkommen von Menschen, die den Todesmarsch aus der Türkei durch die syrische Wüste zum Musa Dagh überlebt haben. Aber auch das Ende von Vakifli ist absehbar: Hatte es 1964 noch 320 Einwohner, waren es 2000 nur noch 145 meist alte Leute. Vakifli ist das erste Dorf der Türkei, das von ökologischem Anbau lebt, 35 Familien betreiben ein ökologisches Gemeinschaftsprojekt. In die kleine Marienkirche kommen auch immer mehr Touristen, einen armenischen Pfarrer gibt es in dem Ort jedoch seit Jahren nicht mehr. Laut Bürgermeister Cem Çapar ist die Selbstständigkeit der Gemeinde durch ein neues Kommunalgesetz in Gefahr, da die kleineren türkischen Ortschaften größeren städtischen Zentren zugeordnet.

Nach 1920 lebten im Hatay-Gebiet so viele Armenier aus dem benachbarten Kilikien (Klein Armenien), dass die Franzosen sogar eine Heimstätte für Armenier in dieser Provinz einrichten wollten, ähnlich der jüdischen Heimstätte im britischen Palästina. Das Gebiet von Alexandrette wie es damals offiziell genannt wurde, kam 1920 unter französische Mandatsverwaltung und wurde erst 1939 der Türkei zugeschlagen. Damals sind viele Armenier in den Libanon geflüchtet. Andere Armenier aus Alexandrette haben sich in der Hoffnung auf die schützende Wirkung großstädtischer Anonymität in der Metropole Istanbul neu angesiedelt. Unter deren über 13 Millionen Einwohnern leben nach Angaben ihres dort residierenden Patriarchen Mesrob II. heute noch etwa 60000 Armenier – mit sinkender Tendenz.

> Nun ist auch das letzte armenische Dorf gefährdet

Das Thema Armeniergenozid bleibt eines der letzten Tabus des türkischen Staates, denn eine Anerkennung des Völkermordes würde den Gründungsmythos der Republik ins Wanken bringen. Führende Vertreter der 1923 gegründeten Republik waren in die Armenier-Massaker verwickelt. „In unserer Geschichte wurde kein Völkermord begangen“, hat Premier Recep Tayyip Erdogan mehrmals behauptet, obwohl er das „staatlich geplante Massaker“ an der kurdisch-alewitischen Minderheit im ostanatolischen Dersim in den 1930er Jahren mittlerweile anerkannt hat. Auch gegenüber den Armeniern gab es einige hoffnungsvolle Zeichen. So durften sie in den letzten Jahren einige seit Jahrzehnten geschlossene Kirchen zumindest vorübergehend wieder benutzen. Obwohl im Oktober 2009 die Türkei und die Republik Armenien ein Abkommen über die Normalisierung ihrer Beziehungen unterzeichnet hatten, haben die beiden Staaten noch immer keine diplomatischen Beziehungen. Im April 2010 fror Armenien das Abkommen ein, nachdem Erdogan den mehreren hunderttausend illegal in der Türkei lebenden Armeniern aus der ehemaligen Sowjetunion mit Abschiebung gedroht hatte. Im Gegenzug ließ Erdogan das bereits fertiggestellte Versöhnungsdenkmal im türkischen Kars, unweit der armenischen Grenze, wieder abreißen. *B. Bost*

Weg von Belgrad

Presevo-Tal will sich dem Kosovo anschließen

Im Jahr 1913 proklamierte die Londoner Botschafterkonferenz den Staat „Albanien“, doch Albaniens Ministerpräsident Sali Berisha träumt heute noch von einem Groß-Albanien, das Nord-Griechenland, Süd-Serbien, West-Makedonien und Ost-Montenegro umfassen würde. Objekt größter Begierde ist das südserbische Presevo-Tal, wo 100000 Menschen leben, zumeist Albaner, die sich allerdings am liebsten dem von Albanern dominierten Kosovo anschließen möchten.

> Aus »Solidarität« Gräber geschändet

Ende Januar gab es Unruhen, als serbische Polizisten ein Kriegerdenkmal im Presevo-Tal wegräumten. Es galt den UCK-Terroristen, die 2000/01 16 Monate lang im Presevo-Tal wüteten. Dieses war damals Teil der „Boden-Sicherheitszone“, die die Nato 1999 um das Kosovo gezogen hatte. So entstand ein Vakuum, das Heckenschützen der UCK füllten. Rasch gab die Nato ihre Zone jedoch den Serben zurück, vor denen die UCK Reißaus nahm.

Um sie auf Dauer fernzuhalten, entwarf Belgrad einen Plan zur „Demilitarisierung, Integration und ökonomischen Revitalisierung“ der Region, der Aufgaben, Termine und Akteure absteckte und als Modell serbisch-albanischer Konfliktlösung galt. Der Plan scheiterte 2006, als die lokalen Albaner auf den Kurs „unabhängiges Kosovo“ einschwenkten, da auch sie sich auf diesem Wege die Trennung von Serbien erhofften.

Das Tal um die Städtchen Presevo, Bujanovac und Medvedja gilt als Serbiens Armenhaus. Seine Lage an der Bahnlinie Belgrad–Thessaloniki und am Morava-Vardar-Kanal bewirkt nichts, da die albanischen Regionalregierungen Volkszählungen, Bauvorschriften und Ähnliches boykottieren, was aber nur ihr Elend befördert. Für den Umstand, dass das Einkommen der Region bei 35 Prozent des serbischen Durchschnitts liegt, gibt man Serbien die Schuld und fordert nun Verhandlungen unter dem Schutz der USA und der EU. Doch nur Albanien und das Kosovo sagten den Presevo-Albanern ihre Unterstützung zu. Im Kosovo wurden als „Solidaritätsbekundung“ serbische Gräber geschändet. *Wolf Oschlies*

Die Schulden-Uhr: Ungefähr fifty-fifty

Trotz sprudelnder Steuereinnahmen haben die 16 Bundesländer 5,6 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Schwarze Zahlen schrieben Baden-Württemberg mit 66 Millionen, Bayern mit 1,394 Milliarden, Berlin mit 627 Millionen, Mecklenburg-Vorpommern mit 163 Millionen, Sachsen mit 1,253 Milliarden, Sachsen-Anhalt mit 31 Millionen und Thüringen mit 346 Millionen Euro, also sieben von 16. Das höchste Plus pro Einwohner hatte Sachsen mit 303 Euro. Ein Aufwärtstrend im Vergleich zum Jahr davor ist für 2012 bei der Hälfte der Länder zu konstatieren, nämlich in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen. *M.R.*

2.067.703.650.920 €

Vorwoche: 2.067.179.525.302 €
Verschuldung pro Kopf: 25.216 €
Vorwoche: 25.209 €

(Dienstag, 19. Februar 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Experimente mit Kindern

Von Theo Maass

Berlin will bis 2014 seine Sonderschulen schließen. Dort werden bislang lernbehinderte Schüler unterrichtet. Die für derartige Bildungsanstalten vorgesehenen Zöglinge werden dann auf „normale“ Schulen verteilt. Die Eltern sind von diesem Bildungsexperiment, das unter dem Fremdwort „Inklusion“ bei den Bildungspolitikern im Umlauf ist, wenig begeistert.

Vereinte Nationen und EU-Kommission hätten das so beschlossen, heißt es da, wenn Kritiker dagegen aufbegehren. Und man tue ja auch etwas „Gutes“, denn man beende die „Diskriminierung“ Behinderter an den Schulen.

Erst 2010 hatte das letzte Bildungsexperiment des damals noch rot-roten Senats zu Angst und Chaos unter den Eltern geführt, als mit der Abschaffung der Hauptschule und deren Zusammenschluss mit den Real- und Gesamtschulen zur „Sekundarschule“ ein Ansturm von Schülern auf die Gymnasien einsetzte. Damals forderte die Berliner CDU ein Ende der Schulexperimente. Nun regieren die Christdemokraten die deutsche Hauptstadt mit – aber von Kritik an den Plänen der Bildungssenatorin Scheres (SPD) hört man nichts. Das wundert kaum, denn die Christdemokraten in Berlin segeln seit einigen Monaten im Windschatten der Wowereit-Pleiten zu immer neuen Umfragehöhen.

Andererseits ist zu beobachten, dass sich zunehmend private Schulinitiativen – auch konservative – in Berlin und Brandenburg etablieren. Die Politik reagiert auf ihre Weise: Im selben Maße, wie SPD, Linke und Grüne den staatlichen Schulen ihre Reformen aufnötigen, machen sie Front gegen private Alternativen. In Kreuzberg versucht die Evangelische Kirche schon seit Längerem, eine Grundschule zu etablieren. Obwohl in der Elterninitiative viele grün-orientierte Eltern sitzen, versuchen die grünen Entscheidungsträger, das Projekt zu behindern, wo immer es rechtlich möglich ist. In Brandenburg indes musste sich die Kultusministerin gerade vom Bundesverwaltungsgericht bescheinigen lassen, dass die Verweigerung der Genehmigung für eine katholische Knabenschule rechtswidrig ist (die *PAZ* berichtete).

Es ist ein Spiel, das sich an Perfidie kaum überbieten lässt: Auf der einen Seite Zwangsreformen nach sozialistischem Gusto, auf der anderen Seite der Versuch, besorgten Eltern Auswege zu verbauen, wenn sie ihren Kindern bessere Bildungschancen eröffnen wollen. Mit einem freiheitlichen Staatswesen hat das wenig zu tun. Hier treibt vielmehr die altbekannte Ideologie der sozialistischen Zwangsbeglückung neue Triebe. Eine Ideologie, die bislang nichts als Unheil und Verderben über die Menschen brachte. Aber Dazulernen will halt auch gelernt sein.

Linke mobilisieren gegen »Big B«

Heinz Buschkowsky: Der Multikulti-Mahner steht unter Feuer wegen seines Bestsellers



Beim Volk beliebt, bei vielen seiner Genossen verhasst: Heinz Buschkowsky in einer Schule seines Berliner Stadtbezirks

Bild: pa

Weil sie ihn inhaltlich nicht zur Strecke bringen konnten, versuchen linke Berliner Politiker und Medien, Heinz Buschkowsky über angebliche Formfehler zu stürzen.

Heinz Buschkowsky (64) gilt vielen seiner Genossen in der SPD als Feindbild, erklärte er doch Multikulti für gescheitert, legte den Finger auf die gewaltwunde Rütli-Schule, sprach ungeschönt über Zuwandererkriminalität und Parallelgesellschaften. Das aktuelle Buch des Bezirksbürgermeisters „Neukölln ist überall“ übt faktenreich Kritik an gescheiterter Integration in dem von über 300 000 Menschen bevölkerten Berliner Bezirk, dessen Bewohner gut zur Hälfte aus dem Ausland stammen – dortige Schüler gar zu 80 Prozent. Grüne und Linke greifen Buschkowsky nun wegen Formalitäten an, denn inhaltlich lässt sich wenig gegen dessen Werk sagen.

Das Buschkowsky-Buch führte lange die Bestseller-Listen an. Die Wähler mögen „Big B“: Bei den jüngsten Landeswahlen 2011 erlangte Buschkowsky in seinem Bezirk 42,8 Prozent der Stimmen. Die Landes-SPD überholte er damit um 14 Prozentpunkte. Doch gerade viele Genossen verachten ihn: Er wolle „kommerziellen Bucherfolg mit rechtspopulistischen Inhalten“, wirft ihm Parteifreund Aziz Bozkurt vor. Berlins neue Integrationsbeauftragte Monika Lüke behauptet, das streitbare Bezirksoberhaupt trage „selbst massiv zu Abschottung bei und stößt Einwanderer vor den Kopf“. Dass Multikulti gescheitert ist, sei „schlicht falsch“. Die Völkerrechtsaktivistin unterstellt damit beispielhaft für viele Linke, Buschkowsky habe sich die Ohnmacht des Staates gegenüber ausländischen Intensivtätern und das Scheitern mancher Utopie von Integration bloß eingebildet. Buschkowskys unbequeme Rolle wider den Parteienkonsens tritt verschärft zutage, weil andere praxiserfahrene Mahner Berlins entweder tot sind wie Jugendrichterin Kirsten Heisig oder parteipolitisch kaltgestellt wurden wie Thilo Sarrazin. Lüke fordert mehr Geld für Zuwanderer. Um Geld ging es auch Berlins einstiger Ausländerbeauftragten Barbara John (CDU) bei ihrer Forderung an Buschkowsky, den Erlös seines Buches für Integration zu spenden, was dieser ablehnt.

> Buch soll während der Arbeitszeit entstanden sein

Buschkowsky ärgert sich über seinen arg eingeschränkten Handlungsspielraum. Ob Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst oder sein Kampf gegen jugendlichen Alkoholmissbrauch: Der streitbare Kommunalpolitiker läuft allerorten gegen Mauern des korrekten Diskurses. So geißelte er die „Schlafmützenjustiz“ eines Richters, der ein Verfahren gegen einen Wirt wegen Alkoholausschanks an Jugendliche eingestellt hatte.

Da sie ihm inhaltlich nicht beikommen können, wollen die Grünen im Bezirk wissen, wie viele Lesungen aus seinem Werk er unter der Woche veranstaltet hat und so womöglich nicht im Rathaus saß. Vergessen sind die Bücher der Grünen Renate Künast und Joschka Fischer nach oder während ihrer Regierungstätigkeit.

Weil Buschkowsky jüngst einräumte, Angestellte der Bezirksverwaltung hätten ihm bei seinem Buch geholfen, hoffen seine zahllosen Gegner, endlich einen Hebel gegen das integrationspolitische Schwergewicht gefunden zu haben. Sie wollen ihn juristisch kaltstellen. Grüne und Linkspartei forderten ihn in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf, nähere Angaben zu machen. „Es geht nicht, dass Ressourcen des Bezirksamtes für einen privaten Nutzen verwendet werden“, entrüstete sich der Linken-Fraktionschef in der BVV, Thomas Licher, im Berliner „Tagesspiegel“. Buschkowsky hält dagegen, er habe als Privatmann geschrieben. Er will Amt und Autorenrolle trennen.

Berlins Verwaltungsgericht urteilte im Januar, das Bezirksamt müsse Angaben über die Zahl helfender Mitarbeiter machen und klären, ob diese Hilfe in die Dienstzeit fiel. Die Bezirksverwaltung verweist hingegen jetzt auf den Datenschutz. Das praktische Problem sei, dass Nebentätigkeiten von Mitarbeitern zwar gemeldet, aber nicht genehmigt werden müssten, so Buschkowskys Stellvertreter Falko Liecke (CDU). Buschkowsky machte so die Frage zu einer des Datenschutzes und erntete vor der BVV massiven Beifall.

Die Bezirksmitarbeiter halten zu ihm. Das Nachtreten seiner Gegner geht vorerst ins Leere. Unterstützung bekommt er auch von unverdächtiger Stelle, vom einstigen Botschafter Kanadas in Berlin, Peter Boehm: „Man muss nicht mit ihren Thesen übereinstimmen, aber vor allem Herr Buschkowsky hat mit seinen Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zur Diskussion geleistet“, sagte Boehm mit Blick auf Sarrazin und Buschkowsky. Boehm ist ein klarer Befürworter von Einwanderung plus „Willkommenskultur“. Berlins Linke von der Linkspartei über die Grünen bis zur SPD hoffen, wie die Zeitung „taz“ es ausdrückt, dass die Zeit von Buschkowsky abgelaufen sei, denn im Juli habe er das Rentenalter erreicht. Und mit ihm gehe die Ära der „kleinbürgerlichen Ordnungsprinzipien“ und der „Ur-Berliner“ zu Ende.

Doch Totgesagte leben länger: Der Politiker will bis 2016 im Amt bleiben. Wenn ihm kein Politiker folgen sollte, der Fehlentwicklungen wenigstens wortreich anprangert, bleibt ein Vakuum, nicht nur in der SPD. Viele SPD-Linke aber denken nicht so weit. Sie haben noch Buschkowskys jüngste Rotterdam-Reise zu verdauen, die „Big B“ ausgerechnet mit dem Parteilinken, Sarrazin-Gegner und Wowereit-Herausforderer Rahed Saleh unternahm. Saleh lobt seither Buschkowsky, wo er nur kann, denn „der Kerngedanke bei ihm stimmt“. *Sverre Gutschmidt*

Polizisten schlagen Alarm

Brandenburg: BDK und CDU kritisieren rot-rote Kürzungen scharf

Der Streit um Brandenburgs Polizeiabbau nimmt politisch Fahrt auf: Die CDU-Opposition sieht die „staatliche Kernaufgabe zur Gewährung der inneren Sicherheit“ in Gefahr. Innenminister Dietmar Woidke (SPD) betreibe „einen nicht mehr hinnehmbaren Abordnungs- und Verschickungstourismus mit den Polizeibeamten“, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Björn Lakenmacher, mit Blick auf die gesunkene Aufklärungsquote sowie die Grenzkriminalität in der Mark.

„Wir haben eine moderne, effiziente Polizeiorganisation, die nach einem Jahr in neuer Struktur ihre ‚Einlaufphase‘ hinter sich hat“, konterte Brandenburgs Polizeipräsident Arne Feuring vor wenigen Tagen anlässlich neuster Verkehrsunfallzahlen. Ganz anders beurteilt Lakenmacher die Gesamtlage der Landespolizei: Er spricht von „verirrter Innenpolitik“ und fordert nun, den tatsächlichen Bedarf anhand der anstehenden Aufgaben zu ermitteln. Potsdams rot-rote Koalition hat die Reform „Polizei Brandenburg 2020“ angeordnet, die in jenem Jahr noch 7000 Landespolizisten von derzeit 8500 vorsieht. Wachen werden geschlossen, Polizeidirektionen zusammengelegt. Begründet wird das Sparen mit Bevölkerungsschwund sowie zurückgegangener Kriminalität.

> »Ein Mekka für Einbrecher und Diebe geworden«

Zurückgegangene Kriminalität? Brandenburg sei „ein Mekka für Einbrecher und Diebe geworden“, hält Lakenmacher dem entgegen. Auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) kritisiert die Stellenkürzungen. Dass die Koalition in ihr aktuelles Zehn-Punkte-Programm für die Lausitz ausdrücklich Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung aufgenommen habe, sei ein „bemerkenswertes Signal“, so der BDK. Dessen Landesvorsitzender Wolfgang Bauch (52) fordert die Landesregierung auf, den Personalabbau bei Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaften zu stoppen.

Rot-Rot weist die Kritik zurück. Die CDU habe selbst einst polizeilichen Stellenabbau gefordert, so die Koalition. Polizei-Experten warnen indes, das Zusammenspiel von ausgedünnter Polizei und Staatsanwaltschaft sei in Gefahr. Die Aufklärungsquote in den Grenzgemeinden ist laut Polizeistatistik von rund 68 Prozent (2002) auf 48 Prozent (2011) gesunken. Um Einbrüchen im Grenzgebiet Herr zu werden, setzt Brandenburg drei von vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei hauptsächlich dort ein, benötigt die Beamten jedoch oft zeitgleich bei Großveranstaltungen. *SV*

Betrug bei Taxen

Schwarzarbeit grassiert: Senat tut fast nichts

Etwa 50 Prozent aller Einnahmen im Berliner Taxigewerbe werden nicht versteuert, so eine Schätzung des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (Labo). Hintergrund der drastischen Prognose, die für den Berliner Landeshaushalt Millionen Euro an entgangenen Steuern bedeutet, ist ein Vergleich mit dem Stadtstaat Hamburg: Nachdem die Hamburger Steuerverwaltung intensive Prüfungen in der Taxibranche eingeführt hatte, stiegen die Steuereinnahmen in in den Jahren 2007 bis 2009 um 1,7 Millionen Euro.

> Die Hälfte wird nicht versteuert

Wie die „Berliner Morgenpost“ berichtet, scheint beim Berliner Senat zwar die Bereitschaft vorhanden zu sein, das Hamburger Modell aufzugreifen – doch ausreichend Personal scheint der Senat für das Vorhaben dennoch nicht genehmigen zu wollen. Laut Polizeigewerkschaft GdP sind zu den wenigen vorhanden Kräften nur fünf weitere Mitarbeiter für 2014/2015 bewilligt worden – viel zu wenig, um die rund 7300 Berliner Taxen ernsthaft zu prüfen.

Die Knausrigkeit des Senats, ausreichend Personal zu bewilligen, obwohl Millionen an Steuereinnahmen lokken, wirft Fragen auf. Denkbar ist durchaus, dass die Resultate von Kontrollen nicht dem offiziellen Wunschbild des multikulturellen Miteinanders entsprechen würden. Der Ausländeranteil unter den Berliner Taxifahrern ist hoch, sollten sich zu unversteuerten Einnahmen auch noch Enthüllungen über Delikte wie Schwarzarbeit und die Erschleichung von Sozialleistungen wie Hartz IV gesellen, würde dies kaum den gewünschten Geboten der Politischen Korrektheit entsprechen. *N.H.*

Gedenkstein für Stalinisten

Am 10. Februar haben Linksextremisten im Dorf Ziegenhals nahe Königs Wusterhausen einen Gedenkstein zur Verherrlichung der Geschichte der KPD eingeweiht. Zu DDR-Zeiten wurden Schulklassen regelmäßig nach Ziegenhals geführt, um in einem Sporthaus einer KPD-Versammlung zu gedenken, welche die Kommunisten hier am 7. Februar 1933 abgehalten hatten. Nachdem der Eigentümer das Gebäude hatte abreißen lassen, haben Freunde des stalinistischen KPD-Chefs Ernst Thälmann ein gegenüberliegendes Grundstück erworben und dort nun den Stein aufstellen lassen. Thälmanns Enkelin sowie Kommunisten aus Griechenland, Österreich, Russland und der Tschechei waren genauso anwesend wie die vom Verfassungsschutz beobachtete Gruppe „VVN-BdA“ und weitere Antifa-Zellen. Anwohner, die aus Angst vor Repressalien nicht genannt werden wollen, befürchten, dass in ihrem Dorf ein Walfahrtsort linker Extremisten entsteht. *T.M.*

Zeitzeugen



Papst Leo XIII. – Der unter dem Namen Vincenzo Gioacchino Pecci geborene Italiener sollte eigentlich 1878 nach dem Tod von Gregor XVI. als Camerlengo die Papstwahl leiten und wurde entgegen dem Brauch selbst gewählt. 1887, im selben Jahr, in dem er mit Otto von Bismarck das Ende des Kluturkampfes im Deutschen Reich aushandelte, veranlasste er die Gründung einer „Kommission für wohltätige Werke“, die als Vorgänger der Vatikanbank gilt.

Ettore Gotti Tedeschi – 2009 machte Papst Benedikt XVI. den italienischen Bankmanager und Unternehmensberater zum Chef des Istituto per le Opere di Religione, wie die Vatikanbank offiziell heißt. Er sollte für mehr Transparenz bei der Bank sorgen, die seit den 1970er Jahren immer wieder verdächtigt wurde, Geldwäsche für die Mafia zu betreiben. Doch im Mai 2012 spielte Tedeschi im „Vatileaks-Skandal“ eine undurchsichtige Rolle und er musste zurücktreten.



Ernst von Freyberg – Um bei der nicht von ungefähr der Geldwäsche verdächtigten Vatikanbank aufzuräumen, hatte Benedikt XVI. im letzten Sommer den ehemaligen Vorstand der Deutschen Bank Ronaldo Hermann Schmitz als „Feuerwehr“ geholt. Doch am 15. Februar wurde der 72-jährige Interimschef Schmitz von der Last befreit und der 54-jährige Anwalt Ernst von Freyberg wurde Chef. Der aus einem schwäbischen Adelsgeschlecht stammende „Fusionsberater, Schlossherr und Ritter des Souveränen Malteser-Ordens“, wie der „Spiegel“ schreibt, lebt derzeit in Frankfurt am Main und ist Aufsichtsratsmitglied mehrerer namhafter Firmen.



René Brülhart – Nicht nur bei der Vatikanbank hat der scheidende Papst personell aufgeräumt. Im vergangenen Herbst gründete er eine neue Finanzaufsicht für den Vatikan und holte sich für den Chefposten einen echten Experten. Der Schweizer René Brülhart war bereits an der Aufdeckung des Siemens-Korruptionsskandals beteiligt, beschlagnahmte suspekte Vermögen des irakischen Diktators Saddam Hussein und leitete in Liechtenstein die Geldwäsche-Kontrollstelle. In der Branche nennt man den gutaussehenden Brülhart angeblich den „James Bond der Finanzwelt“.

Vieles spricht für einen Europäer

Doch sollten diese sich gegenseitig nichts gönnen, könnte es eine Überraschung geben

Immer wieder wird die Forderung laut, der neue Papst solle aus Lateinamerika oder Afrika stammen. Doch ein Blick auf die reine Machtverteilung offenbart, dass dies eher unwahrscheinlich ist.

Jeder männliche und unverheiratete Katholik kann im Prinzip zum Papst gewählt werden. Wer getauft und gefirmt ist, kann also, jedenfalls theoretisch, als Oberhaupt der katholischen Christenheit gewählt werden. Diese Tatsache ist wenig bekannt, denn die meisten meinen, man müsse zumindest ein geweihter Priester, Bischof oder Kardinal sein. Vor Überraschungen ist man daher bei einer Papstwahl nie sicher. In der katholischen Kirche gibt es beispielsweise derzeit hochtalentierte Mönche, Gründer von neuen Orden oder Gemeinschaften, die durchaus in der Lage wären, das Schiff Petri zu steuern. Allerdings spricht gegen diese Möglichkeit, dass in der Praxis der letzten Jahrhunderte stets ein Kardinal aus dem Kollegium der Wähler zum Nachfolger auf dem Stuhl Petri bestimmt wurde.

Die 117 Kardinäle, die ab dem 15. März, vielleicht auch schon früher, zum „Konklave“ genannten Wahlvorgang hinter verschlossenen Türen zusammentreten werden, kommen aus 50 Ländern. Sie müssen solange zusammenbleiben, bis sich eine Zweidrittelmehrheit von 78 Stimmen für einen der Kandidaten ergeben hat. Das kann theoretisch Wochen oder Monate dauern, da es keine Begrenzung der Zahl der Wahlgänge gibt.

Europa stellt mit 61 Kardinälen noch immer knapp die absolute Mehrheit der Konklave-Teilnehmer. Die zweitgrößte Gruppe kommt aus Lateinamerika (19), gefolgt von Nordamerika (14), Asien und Afrika (je 11). Aus Deutschland stammen sechs wahlberechtigte Kardinäle, unter ihnen der 1933 geborene Walter Kasper, der ehemalige vatikanische „Ökumene-Minister“ und älteste aller Wähler. Der jüngste Kardinal ist mit 53 Jahren der Inder Baselios Cleemis Thottunkal.

> Die 28 italienischen Kardinäle fordern italienischen Papst

Bei der Wahl zum 266. Nachfolger des Apostels Petrus bilden die Italiener mit 28 Kardinälen die größte Landsmannschaft und fordern im Vorfeld, dass nach einem Deutschen und einem Polen nun wieder einer der ihren Papst werden müsse. Diese Zeiten scheinen jedoch vorbei zu sein, da die katholische Weltkirche sich globaler orientiert und mutmaßlich italienische Kardinäle und Erzbischöfe in den „Vatileaks-Skandal“ verstrickt gewesen sind. Gerade die Italiener werden immer wieder genannt, wenn es um Intrigen und Machenschaften innerhalb der Kurie geht.

Kriterien, nach denen die Kardinäle den Papst wählen werden, sind derzeit noch nicht erkennbar. Ein Alter um die 70 Jahre wird zwar immer wieder genannt, aber dabei handelt es sich um reine Denkspiele. Als der „polnische Papst“ 1978 im Alter von nur 58 Jahren gewählt wurde, hatte dies im Vorfeld niemand für denkbar gehalten. Neben theologischer Bildung, pastoraler Erfahrung und Managerqualitäten bei der Leitung der vatikanischen Verwaltung gelten heute auch internationale Sprachkenntnisse als Voraussetzung für das Papstamt. Schließlich reisen die Päpste durch die ganze Welt und die Beherrschung der spanischen, italienischen, englischen und französischen Sprache gilt insofern als Vorbedingung. Viele italienische und spanische Kandidaten dürften aus diesem Grund aus dem Rennen ausscheiden.

Ob die Zeit tatsächlich reif für einen afrikanischen oder asiatischen Kandidaten ist, wie gerne in den Medien spekuliert wird, dürfte ebenfalls fraglich sein. Zwar wächst auf diesen beiden Kontinenten die katholische Christenheit in rasantem Tempo, aber noch sind deren Vertreter sehr weit vom Zentrum der katholischen Weltkirche entfernt und wenig mit dem Kurienapparat vertraut.

Die Wünsche deutscher „Kirchenreformer“ oder Kirchenkritiker werden bei der Wahl voraussichtlich keinerlei Rolle spielen. Letztlich will sich die Versammlung der Kardinäle durch den Heiligen Geist, dem Erbauer der Kirche Christi, führen lassen.

Hinrich E. Bues



Bald ziehen sich die 117 zur Papstwahl berechtigten Kardinäle zurück: Gut die Hälfte von ihnen kommt aus Europa Bild: laif

Fast überall nur Wachstum

Letztendlich ist es egal, ob der neue Papst Italiener, Spanier oder, was absolut unwahrscheinlich ist, Deutscher ist; Fakt ist, dass, wenn er aus Europa kommt, ihm zumindest von den Anhängern her eine schrumpfende Zahl von heimischen „Schäflein“ den Rücken stärkt. In Europa sinkt Jahr für Jahr die Zahl der Katholiken. Zwar vollzieht sich dieser Schwund in anderen europäischen Ländern nicht so schnell wie in Deutschland, doch der Trend geht in dieselbe Richtung und hat seine Ursache keineswegs nur in der Alterung der Gesellschaft.

Vollkommen anders sieht es laut dem Jahrbuch 2012, das sich auf Zahlen von 2010 beruft, hingegen in Südostasien, Afrika und Südamerika aus. Dank der Zuwächse dort stieg die Zahl der Katholiken weltweit von 1,18 Milliarden im Jahr 2009 auf 1,19 Milliarden 2010, was einem Plus von 1,3 Prozent entspricht.

> Der Vatikan verliert Europa

Auch im kirchlichen Machtgefüge selbst müsste ein europäischer Papst mit einer sinkenden Unterstützung „seiner Leute“ rechnen. So sank die Zahl der aus Europa stammenden Bischöfe 2010 im Vergleich zum Vorjahr nur um einen auf 1606, doch weltweit stieg die Zahl der Bischöfe von 5056 auf 5104, was eine Machtverschiebung vor allem zugunsten Afrikas und Asiens bedeutet.

Und während auf dem alten Kontinent auch die Zahl der Priester zurückgeht, 2010 waren es 905 weniger als im Jahr zuvor, fühlten sich in Asien 1695 und in Afrika 761 mehr berufen, das Wort Gottes im Namen der katholischen Kirche zu verkünden. 412 236 Priester waren so 2010 weltweit als Seelsorger in Aktion. Ein weltweiter Rückgang ist nur bei den Ordensschwestern erkennbar. Hier sank die Zahl in nur einem Jahr von 729 371 auf 721 935.

Bel

Mauer des Schweigens

Medien bedauern geringe Transparenz des Vatikans

Was hinter den Kulissen des Vatikans wirklich vorgeht, wüssten besonders Journalisten allzu gerne. Das Mysteriöse reizt sie ungemein, aber Fakten sind selten zu bekommen. Das trifft auch auf die Papstwahl zu. Was man daher in Zeitungen oder im Fernsehen betrachten kann, beruht meist auf Hörensagen oder noch schlimmer: Die pure Phantasie ist im Spiel und Grimms Märchen enthalten mehr Wahrheitselemente.

Ein beliebtes Spiel ist beispielsweise die Spekulation über mögliche Papstkandidaten. Deutsche Medien wünschen sich immer wieder einen asiatischen oder afrikanischen Papst, weswegen der nigerianische Kardinal Francis Arinze als vermeintlicher Favorit auftaucht. Niemand hat offenbar recherchiert, dass Arinze am 1. November 1932 geboren wurde und daher gar nicht mehr zu den wahlberechtigten Kardinälen zählt, was seine Wahl extrem unwahrscheinlich erscheinen lässt.

Gerne stellen sich Medienvertreter eine Papstwahl auch wie eine parlamentarische Abstimmung vor. Danach würden die 117 wahlberechtigten Kardinäle sich zu Koalitionen oder Fraktionen verabreden, bestimmte Absprachen treffen. Zwar reisen die Kardinäle schon einige Tage vor dem Beginn des Konklaves in Rom an, um sich auf die Papstwahl geistlich vorzubereiten, aber ein konservatives, liberales oder progressives Lager wird es nicht geben. Natürlich führen die wahlberechtigten Kardinäle auch informelle Gesprächen untereinander, aber verbindliche Absprachen sind weder erlaubt noch der Vergangenheit bekannt. Wer diese Regeln verletzt, dem droht sogar als Kardinal die Strafe der Exkommunikation.

> Im Notfall werden Fakten erdichtet

Bei der letzten Papstwahl 2005 waren alle Beobachter höchst überrascht, dass auf den als konservativ geltenden Joseph Ratzinger schon im vierten Wahlgang die große Mehrheit (wohl 100 von 115) der Stimmen entfiel. Am wenigsten hatten das die deutschen Kardinäle und Medienvertreter erwartet, die es im Vorfeld allesamt schlicht für unmöglich gehalten hatten, dass der „Panzerkardinal“ tatsächlich einmal Papst werden würde.

Man glaube also nichts, was in den Medien über das Leben im Vatikan gesagt oder geschrieben wird. Das ist die Grundregel für die Papstwahl. Das Leben hinter den Mauern dieses nur 44 Quadratkilometer großen Staates entzieht sich weitgehend der Öffentlichkeit. Wem es etwa durch persönliche Kontakte gelingt, zu bestimmten Würdenträgern vorzudringen, verpflichtet sich zu Stillschweigen. Als der Verfasser vor zwei Monaten einen Kardinal im Vatikan besuchte, musste er nach einer umfangreichen Sicherheitskontrolle selbst den Pass abgegeben. Jeder Journalist, der auch in Zukunft vertrauliche Informationen erhalten will, wird sich hüten, das Vertrauen seiner Informanten zu brechen. Eine Ausnahme bildet der deutsche Journalist Peter Seewald, der schon mit Kardinal Ratzinger zwei Interview-Bücher gemacht hat und derzeit gerade die offizielle Biografie des Papstes verfasst. Er äußert sich bezeichnenderweise nicht über bestimmte Papstkandidaten, sondern berichtet nur von einem möglicherweise früheren Beginn des Konklaves.

H.E.B.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Ganz im Sinne von Gregor Gysi

»Spiegel« kritisiert Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde – *PAZ* prüft nach

Laut Jahn-Behörde erschweren Fehleinschätzungen des Bundes die Arbeit und auch die Unterstützung durch andere Behörden sei ausbaufähig.

So richtig überraschen die Stasi-Vorwürfe gegen den Spitzenkandidaten der Partei „Die Linke“, Gregor Gysi, nicht. Beachtenswert ist jedoch der Augenblick, in dem sie offenbar so stark sind, dass sogar seine Immunität als Bundestagsabgeordneter aufgehoben wird. Da die Vorwürfe aus dem von der SPD allein regierten Hamburg kommen, mutmaßt so mancher, die Sozialdemokraten wollten ihren politischen Konkurrenten schwächen. Nur wenn „Die Linke“ bei der nächsten Bundestagswahl nicht allzu viele Stimmen aus dem rot-grünen Lager bekommt, ist eine Regierungskoalition von SPD und Grünen überhaupt möglich.

Noch interessanter als die jetzt erneut aufgetauchten Vorwürfe gegen Gysi dürfte jedoch der gewählte Zeitpunkt der Kritik im „Spiegel“ an der Amtsführung von Roland Jahn sein, der seit März 2011 Chef der Stasi-Akten-Behörde ist. Laut dem Hamburger Magazin waren Mitte letzten Jahres zwei Ministerialbeamte der Bundesregierung bei Jahn in der Behörde, um unter anderem die schleppende Antragsbearbeitung zu thematisieren. Auf den Besuch der Beamten angesprochen, erwidert die Pressesprecherin der Stasi-Unterlagen-Behörde, Dagmar Hovestädt, dass es diesen nie gegeben habe. Allerdings gebe es regelmäßig Beratungen zwischen der Jahn-Behörde und ihrer Dienstaufsicht, dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann. Dabei ginge es immer um die Antragszahlen und die Erledigung. Und in der Tat sorge der bereits in den späten 90er Jahren beschlossene Personalabbau bei der Behörde dafür, dass die Antragsbearbeitung nicht das Tempo erreicht, dass man sich wünsche. „Der Personalabbau geht seither kontinuierlich voran, aber gleichzeitig, entgegen der Erwartung, sind die Antragszahlen hoch geblieben und in manchen Jahren auch steigend, so dass eine klare Schere zwischen Nachfrage und Kapazität zur schnellen Erledigung schon seit Jahren besteht. Der jetzige Bundesbeauftragte, wie auch seine Vorgängerin, mühen sich, durch interne Umsetzungen, Effizienzsteigerungen und mögliche zusätzliche Mittelbeantragung, Abhilfe zu schaffen“, schildert die Pressesprecherin die Ursachen für die Verzögerungen.

Und noch andere Kritikpunkte gegen den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und SED-Gegner Jahn werden hervorgebracht. Bei Amtsantritt hatte er medienwirksam verkündet, jene 47 Mitarbeiter in seiner Behörde, die zu DDR-Zeiten beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gearbeitet haben, im Interesse der Stasi-Opfer nicht mehr dulden zu wollen. Der „Spiegel“ merkt nun an, dass Jahn trotz zahlreicher Willensbekundungen erst drei Mitarbeiter bei anderen Behörden untergebracht habe. Vier andere seien inzwischen in Rente, einer erwerbsunfähig und ein anderer verstorben. Nun mag es tatsächlich der Stimmung im eigenen Haus nicht dienlich gewesen sein, einige Mitarbeiter als nicht mehr tragbar zu bezeichnen. Allerdings überraschte Jahns Gang an die Öffentlichkeit insoweit, als kaum jemand damit gerechnet hatte, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter gerade an dieser sensiblen Stelle eingesetzt sein könnten. Und auch wenn diese nicht mit der Sichtung der Stasi-Akten beauftragt sind, so wirkt ihre Beschäftigung bei dieser Behörde doch deplatziert. Vieles spricht dafür, dass Jahn mit seinem Gang an die Presse versucht hatte, über öffentlichen Druck eine Lösung des Problems zu erzwingen, das seine Amtsvorgänger Joachim Gauck und Marianne Birthler still geduldet hatten. Doch Jahns Plan ging nicht auf. Offenbar ist es nicht möglich, in einem Land, das ganze Behörden verschiebt und im Rahmen von Privatisierung selbst Beamte von Post und Bahn an anderer Stelle untergebracht hat, der Stasi-Unterlagen-Behörde 47 Stellen für Mitarbeiter mit eher einfacheren Qualifikationen anzubieten. „Es hat mehrere Anfragen in den entsprechenden Zusammenhängen der Verwaltung der Bundesrepublik dazu unsererseits gegeben“, so die Pressesprecherin diplomatisch. Der nun vorhandene Stellen-Pool sei aber immer noch nicht ganz ausreichend für alle noch beschäftigten MfS-Mitarbeiter. Zeit sei dabei aber auch nicht der Erfolgsmaßstab, ergänzt Hovestädt.

> Die Antragszahlen sind hoch geblieben

Der „Spiegel“ unterstellt Jahn zudem eine planvolle Verschleppung bei der Schließung einiger Außenstellen der Behörde und behauptet, er wolle deren bereits beschlossenes Aufgehen im Bundesarchiv verhindern. Doch das, was das Magazin als gesetzt ansieht, ist so keineswegs vorgesehen. So ist das Bundesarchiv gar nicht in der Lage, den für die Stasi-Akten speziellen Datenschutz zu gewährleisten. Aus der Jahn-Behörde heißt es zudem: „Das Datum 2019 ist nirgendwo als ein End-Datum der Behördenarbeit festgelegt, es bezeichnet das Jahr, in dem laut Stasi-Unterlagen-Gesetz die Überprüfung des öffentlichen Dienstes ein Ende findet.“ Vielmehr sei es Aufgabe einer von den Regierungsparteien im Koalitionsvertrag angekündigten Expertenkommission, Vorschläge für die Zukunft der Behörde zu unterbreiten. Allerdings gibt es dieses Gremium bis heute nicht. Daher weiß derzeit keiner der Mitarbeiter im Hause Jahn, wie es um seinen Arbeitsplatz nach 2019 bestellt ist. Und wie Stasi-Opfer oder deren Verwandte dann erfahren können, ob es Stasi-Akten über sie gibt und was darin steht, ist ebenso ungewiss. Gewiss ist nur, dass die Hamburger Ermittler, die bezüglich Gysis Stasi-Vergangenheit recherchieren, auf Hilfe der Jahn-Behörde angewiesen sind. Ein in seiner Reputation geschwächter und eingeschüchterter Jahn hilft hier vor allem einem: Gregor Gysi. *Rebecca Bellano*



Foto: T. E./dapd

Roland Jahn: Der ehemalige DDR-Bürgerrechtler muss sich mit in den 90er Jahren beschlossenen Personalkürzungen arrangieren. Dabei erwartet seine Behörde bald eine große Anfrage aus Hamburg zur Stasi-Akte Gysis

MELDUNGEN

Photovoltaik stoppen

Düsseldorf – Während in Berlin der Umwelt- und der Wirtschaftsminister wetteifern, wer die beste Idee hat, die steigenden Strompreise in den Griff zu bekommen, und die rot-grüne Opposition droht, durch Blockade im Bundesrat jeden Plan zunichte zu machen, fordern laut „Handelsblatt“ immer mehr Wissenschaftler das Aus des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Das EEG garantiert Betreibern von Windkraft, Solar- oder Biogasanlagen eine feste Vergütung, die teilweise über dem Börsenpreis liegt. Diese wird auch bezahlt, wenn der Strom nicht abgenommen wird. „Das System der festen Einspeisevergütung ist nicht mehr zukunftsfähig“, so das Öko-Institut. Und das Hamburger Arrhenius-Institut für Energie- und Klimapolitik fordert, für die nächsten Jahrzehnte auf den Ausbau von Photovoltaikanlagen zu verzichten. *Bel*

Experten kritisieren SPD

Berlin – Das von der SPD geplante Entgeltgleichheitsgesetz, das die Behebung der von der Partei gefühlten Lohnunterschiede von Frauen und Männern beheben soll, wurde bei einer Expertenanhörung im Bundestag stark kritisiert. Ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes betonte, dass der Gehaltsunterschied von durschnittlich 22 Prozent nach Berücksichtigung von Berufspräferenzen, Kindererziehungszeiten und Teilzeitarbeit auf acht Prozent schmilzt. Die verbleibende Differenz erkläre sich laut Christian M. Böhnke von der Personaldienstberatung „Hunting/Her“ vor allem dadurch, dass Frauen dazu neigen würden, sich unter Wert zu verkaufen. Vertreter der Deutschen Arbeitgeberverbände, vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut und vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag bemängelten auch den bürokratischen Aufwand des Gesetzes. *Bel*

Fortbestand gesichert

Warum Annette Schavan in Lübeck Ehrendoktor werden soll

Die Urkunde ist bereits unterschrieben, die vormalige Bildungsministerin Annette Schavan muss nur noch nach Lübeck reisen, um sich ihre Ernennung zum Ehrendoktor abzuholen. Die Universität zu Lübeck dankt damit für Verdienste beim Kampf um ihre Existenz.

Mehrfach haben die Lübecker um den Bestand ihrer Universität fürchten müssen. Dabei hatte sich die 1964 als Medizinische Akademie gegründete Universität (seit 1985) allgemeine Anerkennung erworben. Als besonders nachteilig wurde in Lübeck der Beschluss der Landesregierung von 2002 bewertet, die Universitätskliniken Kiel und Lübeck als Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) zu fusionieren. Damit wurde die Universität vom Klinikum getrennt. 2005 wurde versucht, die drei Universitäten des Landes (Flensburg, Kiel und Lübeck) zu einer Einheit zusammenzufassen. Das gelang nicht.

Zum ganz großen Schlag holte die von CDU und FDP gebildete Landesregierung 2010 aus. Um den überschuldeten Haushalt zu sanieren, wurde beschlossen, die Ausbildung der Mediziner in Lübeck vollkommen zu beenden. Für die Universität zu Lübeck hätte das das Aus bedeutet.

Die Landespolitiker hatten die Rechnung ohne die Lübecker gemacht. Der Beschluss löste helle Empörung aus. Die Stadt sah Gelb. Gelb waren die Plakate und Aufkleber, die Studenten mit dem Slogan „Lübeck kämpft für seine Uni“ hatten drucken lassen. Und immer wieder nachdrucken lassen musste, denn nahezu jeder wollte mit solch einem Aufkleber demonstrieren. Die Studenten und die Professoren, die Wirtschaft und die Bürger, alle stritten mit ihren Möglichkeiten für den Erhalt der Uni. Dazu gehörte auch, sich hilfesuchend an die Bundesbildungsministerin Annette Schavan zu wenden. Und die traf Entscheidungen und regte Neugründungen an, die sich eindeutig gegen den Willen der Parteifreunde in Kiel richteten, die entscheidend für das Überleben des Campus Lübeck waren. Die Schließung der Uni Lübeck verschwand von der Tagesordnung.

> Hochschule sucht nun Stifter für ihren Erhalt

So mehrfach von der Landespolitik gebeutelt, schwand in der Uni Lübeck das Zutrauen in die Fürsorge des Landesherren. Man trat die Flucht nach vorn an, wollte loskommen vom Gängelband der Politik. Die Lösung hieß: Stiftungsuniversität. Ein entsprechender Beschluss wurde jetzt vom Akademischen Senat der Universität einstimmig gefasst.

Die Stiftungs-Universität nabelt sich vom allumfassenden Einfluss der Landespolitik ab. Zwar werden weiterhin Gelder des Landes nach Lübeck gehen, darüber hinaus aber kann die Uni Förderungen bei Sponsoren locker machen und nach den eigenen Vorstellungen einsetzen. Ziel ist es, eine „größtmögliche Selbständigkeit, hohe finanzielle Unabhängigkeit, ein hohes Niveau in Forschung und Lehre sowie die Existenzsicherung zu gewährleisten“. Bis das alles in Realität umgesetzt ist, wird es noch dauern. Aber die Hoffnungen sind groß, nachdem in Niedersachsen mit sechs Hochschulen und in Hessen mit der Uni Frankfurt positive Erfahrungen gesammelt wurden.

Vorerst aber wird aktuell nach einem Termin gesucht, an dem Schavan der „Dr. h.c“ verliehen werden kann. Eigentlich hätte sie ihn schon im vergangenen Jahr bekommen sollen, wegen des Landtagswahlkampfes hatte sie damals aber darauf verzichtet. *K. J. Groth*

Zum Schutz der Truppe

Bundeswehr plant Kauf von Kampfdrohnen

Unbemannte, aber bewaffnete Flugzeuge sind seit Jahren besonders für das US-Militär das Mittel der Wahl, wenn es um Einsätze in Krisenregionen wie Afghanistan oder seit neuestem Westafrika geht. Nun soll auch die Bundeswehr derartige Fluggeräte erhalten. Das Prinzip: Eine dieser sogenannten Drohnen, überwacht von einer Kontrollstation am Boden oder in der Luft, kreist über seinem Einsatzgebiet und überträgt Aufklärungsbilder sowie Flugdaten in Echtzeit. Eine bewaffnete Drohne kann zudem in kritischen Situationen sofort eingreifen.

Die USA nutzen diese Fähigkeit, um Jagd auf Taliban- oder Al-Kaida-Anführer zu machen. Dagegen denkt die Bundeswehr hier an den besseren Schutz der eigenen Truppen und erweiterte Aufklärungsfähigkeiten. Im Gespräch ist eine bewaffnete Nachfolgeversion der Israel Aircraft Industries (IAI) „Heron I“, von denen die Luftwaffe bereits fünf geleaste Exemplare in Afghanistan im Einsatz hat. Denkbar ist aber auch der Kauf der amerikanischen „Predator“, die in Größe und Leistungsfähigkeit mit der „Heron“ vergleichbar ist. Die IAI „Heron I“ kann 24 Stunden in 9000 Metern Höhe über ihrem Einsatzraum kreisen. Mit ihren Sensoren erkennt sie bei Tag und Nacht sowie bei fast jedem Wetter Objekte bis zu einer Größe von zehn Zentimetern. Die Bundeswehr überwacht mit ihnen Straßen und Ortschaften. So können sowohl Taliban-Kämpfer als auch von ihnen versteckte improvisierte Sprengsätze rechtzeitig erkannt werden.

> Zur Wahl stehen Modelle aus Israel und den USA

Das einzige Manko ist die fehlende Bewaffnung. Sonst könnte die Bundeswehr, wie ihre Verbündeten, schneller und präziser Bodenziele bekämpfen, als es mit herkömmlichen Kampfflugzeugen möglich wäre. Allerdings wären dazu auch die Kampfhubschrauber in der Lage, auf die die Bundeswehr mittlerweile seit Jahrzehnten wartet. Die Vorteile von Drohnen liegen auf der Hand: Sie sind flexibel, können länger als bemannte Flugzeuge in der Luft bleiben, und ihr Verlust kostet keine Menschenleben. Allerdings beruht ihr erfolgreicher Einsatz auf der eigenen Kontrolle des Luftraums und darauf, dass die Gegenseite die Funkverbindung zwischen Drohne und Leitstelle nicht stören kann. So lange man sie gegen Guerillas ohne nennenswerte Hochtechnologie fliegen lässt, sind die Risiken gering. Ein Gegenspieler mit zeitgemäßen technischen Fähigkeiten könnte Drohnen-Einsätze dagegen sehr wohl stören oder ganz verhindern. So gelang es wahrscheinlich dem Iran vor einem Jahr, eine in ihren Luftraum eingedrungene US-Aufklärungsdrohne vom Typ RQ-170 „Sentinel“ vom Kurs abzubringen. Nachdem der fliegende Roboter keine Satellitenverbindung mehr hatte, war er über 200 Kilometer tief im iranischen Luftraum niedergegangen.

Die heutigen, eher langsamen Robot-Flugzeuge sind jedoch nur der Anfang. Die US-Streitkräfte erproben mit der X-47 bereits einen unbemannten, autonom fliegenden sogenannten Tarnkappen-Bomber. Auch die britische „Taranis“ und die französisch-italienische „Neuron“-Drohne sind Prototypen für die unbemannten Kampfjets der Zukunft. Die „Neuron“ ist Anfang des Jahres zum ersten Mal geflogen. *Friedrich List*

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Marodes Dach eingebrochen

Tschernobyl – In dem vor knapp 27 Jahren havarierten Atomkraftwerk hat sich erneut ein Unfall ereignet. Einige Betonplatten vom Dach des ehemaligen Maschinenraums, der damals den Energieblöcken diente, sind unter zu schwerer Schneelast heruntergefallen. Menschen kamen nicht zu Schaden. Laut den zuständigen Spezialisten, die das Atomkraftwerk regelmäßig überprüfen, ist der Sarkophag, mit dem der explodierte Atomreaktor zum Schutz vor dem Austritt weiterer radioaktiver Strahlung in die Umwelt umbaut wurde, jedoch nicht betroffen. Messungen hätten normale Werte ergeben, eine atomare Gefahr habe daher nicht bestanden. 500 bis 600 Meter Betonplatten des zwischen Block 3 und 4 befindlichen Daches waren auf der Seite Richtung Block 4 eingebrochen. Nachdem das Tschernobyler Atomkraftwerk stillgelegt worden war, blieben die Generatoren im ehemaligen Maschinenraum zurück. *MRK*

Damals war Russland besser

Moskau – Das international angesehene Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Levada“ hat Zahlen veröffentlicht, die viele Russen als Sowjetnostalgiker ausweisen. Auf die Frage nach dem „besten politischen System“ votierten im Februar 1996 39 Prozent für das „Sowjetsystem vor 1990“, im Januar 2013 waren es immerhin noch 36. Das „jetzige System“ bekam 17 Prozent, „westliche Demokratie“ 22 Prozent Zustimmung. Levadas Chefanalytiker Aleksej Levinson deutete die Ergebnisse als indirekte Absage an die „heutige Lage der Korruption, übermäßige Bürokratie, Wirtschaftsnöte und fehlende soziale Sicherheit“. *W.O.*

Kreml bekämpft illegale Migration

Russische Stadtbevölkerung fürchtet Kriminalität und Überfremdung – Gesetzesnovelle soll Probleme lösen

Die Unzufriedenheit der russischen Bevölkerung mit der Anwesenheit von Migranten wächst. Vor allem in Moskau und St. Petersburg werden Klagen über zunehmende Kriminalität und die Übertragung ansteckender Krankheiten durch Illegale laut. Zum Jahreswechsel hat Präsident Wladimir Putin eine neue Registrierungspraxis in Kraft gesetzt, die bei Missbrauch nicht nur die Bestrafung von Migranten, sondern auch von deren Arbeitgebern und Vermietern vorsieht.

Sie hausen in feuchten Kellern, ernähren sich schlecht und halten sich meist illegal in Moskau oder anderen russischen Großstädten auf: Millionen Menschen sind in den vergangenen Jahren aus den strukturschwachen Republiken Zentralasiens, Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan nach Russland gekommen, um dort ihr Glück zu suchen. Offiziell geht Moskau von zehn bis zwölf Millionen ausländischen Migranten aus, von denen neun Millionen eine Arbeit haben. Wie groß die Zahl der Illegalen ist, lässt sich nicht nachweisen.

Seit Langem versucht die Regierung, die Probleme der illegalen Einwanderung in den Griff zu bekommen. Nicht immer gehen die eingesetzten Sicherheitskräfte der „Omon“ bei ihrer Arbeit zimperlich vor: Bei einer Razzia am 19. Februar in St. Petersburg setzten sie 300 Muslime fest, eine Maßnahme zur Terrorbekämpfung, wie es offiziell hieß. Inhaftiert blieben sechs Muslime. Die Verhafteten gehörten zu den Bewohnern eines Gettos in St. Petersburg, das sich seit Jahren um „Apraskij Dwor“, einem der ältesten Handelszentren Russlands, ganz in der Nähe des berühmten Kaufhauses „Gostinnyj Dwor“ gelegen, gebildet hat. Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstand dort ein wilder Markt, Drogen- und Waffenhandel treiben seitdem hier Blüten. Ein Schandfleck mitten im Zentrum St. Petersburgs, für den sich die Politik wieder interessiert, nachdem sich bislang Investoren für eine Restaurierung des historischen Gebäudes nicht gefunden hatten oder abgesprungen sind.



Razzia in Moskau: Omon-Sicherheitsleute nehmen illegale Migranten fest Bild: pa

Neben den staatlichen Sicherheitsdiensten machen auch selbsternannte Ordnungshüter wie das Bürgerkomitee „Swetlaja Rus“ Jagd auf illegale Migranten. Sie sehen sich als Hüter der Ordnung und arbeiten mit dem staatlichen Migrationsdienst (FSM) zusammen. Von der Bevölkerung, die Angst vor Überfremdung hat und sich an Feiertagen, wie etwa Silvester in Königsberg (die *PAZ* berichtete) wegen befürchteter Zusammenstöße mit Ausländern nicht mehr auf die Straße traut, werden Bürgerwehren unterstützt.

Die Politik sieht sich zum Handeln veranlasst. Kürzlich forderte Michail Prochorow, der bei der letzten Wahl um die Präsidentschaft kandidierte, auf einem Bürgerforum, außerhalb von Großstädten Lager für Migranten einzurichten, in denen sie leben sollten, bis sie alle Aufnahmeprozeduren durchlaufen haben. So könnten neben der behördlichen Registrierung auch notwendige medizinische Untersuchungen an ihnen vorgenommen werden. Damit spricht Prochorow vielen aus der Seele. Tatsächlich wurden durch Migranten Krankheiten eingeschleppt, die schon längst als ausgestorben galten. Neben Diphterie sind Krankheiten wie Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, HIV, Hepatitis und Polio auf dem Vormarsch. In der Regel wurden die Menschen in ihren Heimatländern nicht geimpft. Eine Behandlung in Russland können sie sich schlichtweg nicht leisten. Es wurde auch von Fällen berichtet, in denen Muslimen von ihren Religionsführern verboten wurde, einen russischen Arzt aufzusuchen. Weil Migranten nicht nur auf dem Bau, sondern häufig auch im niedrig entlohnten Dienstleistungssektor und im Handel arbeiten, fordern Ärzte schon lange eine gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung für ausländische Einwanderer.

Auch korrupte Arbeitgeber sollen bestraft werden

Mit einer Reform der Zuwanderungsregeln will der Kreml die Probleme entschärfen. Im November unterzeichnete Wladimir Putin ein Gesetz, das Migranten zu einer Sprachprüfung verpflichtet. Sie müssen ausreichende Russischkenntnisse nachweisen, die von einem russischen Notar dokumentiert sein müssen. Darüber hinaus ist der Nachweis einer Ausbildung gefordert, die einem russischen Mindestschulabschluss entspricht.

Neu ist, dass das Gesetz bei Zuwiderhandlung nicht nur die Bestrafung von Migranten vorsieht, sondern auch von Arbeitgebern, die sie illegal beschäftigen, und Vermietern, die sie bei sich wohnen lassen. Russland will auch die Rechte der Migranten schützen, materielle Sicherheit sowie medizinische Versorgung sollen ihnen garantiert werden. Illegalen, die erwischt werden, soll künftig für eine Dauer von fünf bis zehn Jahren die Wiedereinreise nach Russland verwehrt bleiben. Ihren russischen Helfershelfern drohen fünf Jahre Haft.

Viele halten die Migrationspolitik für zu liberal. Bislang konnten Ausländer aus Zentralasien für 90 Tage ohne Visum nach Russland einreisen und dort arbeiten. Deshalb hat sich bei Zentralasiaten die Praxis eingebürgert, nach drei Monaten auszureisen, um danach für weitere 90 Tage zurückzukehren. Die Schlupflöcher der bisherigen Regelung wird auch das neue Gesetz nicht schließen. Am Kasaner Bahnhof in Moskau handeln Fälscher mit den benötigten Dokumenten. Laut dem Vorsitzenden der Vereinigung „Tadschikische Arbeitsmigranten“, Karomat Scharipow, beschaffen sich 90 Prozent der Migranten gefälschte Dokumente.

Das Dilemma bleibt: Russland benötigt einerseits die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte, andererseits kommen Migranten überwiegend aus Tadschikistan, Usbekistan oder Kirgistan und verfügen selten über eine Ausbildung. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Serbien im Mafia-Sumpf

Machtkampf in der Regierung offenbart schmutzige Geschäfte

Politiker und Polizisten in höchsten Ämtern mit Kontakten zur Mafia. Was in Serbien bisher nur Gerücht war, verdichtet sich immer mehr zur Gewissheit. Nachdem die serbische Öffentlichkeit über die letzten Wochen schon mit so mancher Enthüllung überrascht worden war, hat die Affäre um Mafia-Kontakte von Politikern nun einen neuen Höhepunkt erreicht. Ivica Toncev, der Sicherheitsberater des serbischen Ministerpräsidenten, ist ins Visier der Antikorruptionsbehörde gerückt. Der Verdacht gegen den Mitarbeiter des Regierungschefs: Mit einem montenegrinischen Mafioso soll Toncev gemeinsam ein Kasino betrieben haben. Laut der Tageszeitung „Blic“ soll auch das Bauingenieursdiplom von Toncev eine Fälschung sein. Dem Blatt zufolge soll er nach der Volksschule nur eine dreijährige Installateurlehre absolviert haben. Mit den aufgenommenen Ermittlungen gegen seinen Sicherheitsberater wird auch der Druck auf Premier Ivica Dacic (Sozialisten) immer größer. Er hatte bereits einräumen müssen, noch zu seiner Zeit als serbischer Innenminister Kontakt zu Rodoljub Radulovic, einem prominenten Mitglied eines Drogenrings, gehabt zu haben. Ohne von dessen Hintergrund gewusst zu haben, so die Verteidigungsstrategie des Premiers. Inzwischen aufgetauchte Telefonprotokolle deuten aber auf das Gegenteil hin. Den Aufzeichnungen zufolge wurde der jetzige Premier Dacic vor einigen Jahren innerhalb des Drogenrings immerhin als „Genosse“ bezeichnet. Er ist allerdings nicht der einzige aus dem damaligen Kabinett, gegen den ein schwerwiegender Verdacht

Politiker halfen »Kokain-König« bei Geldwäsche

im Raum steht. Sein damaliger Kabinettschef soll dem Drogenhändler Radulovic laut „Blic“ sogar Informationen über laufende Polizeifahndungen übermittelt haben.

Mit ihren anrüchigen Kontakten scheinen die beiden damaligen Regierungsmitglieder allerdings keine Ausnahmen gewesen zu sein. Auch zwei ranghohe Polizeibeamte stehen inzwischen im Verdacht, zwischen 2008 und 2010 enge Kontakte zur Bande des seit Jahren untergetauchten serbisch-montenegrinischen Mafiabosses Darko Saric unterhalten zu haben. Nach Erkenntnissen des serbischen Justizministeriums hat Sarics Bande in der Vergangenheit bis zu einer Milliarde Dollar jährlich eingenommen, auch zahlreiche Auftragsmorde werden Saric zugeschrieben. Ebenso brisant sind allerdings die Kontakte des „Kokain-Königs“ zur serbischen Politik. Laut Polizeiakten soll Saric den Wahlkampf von zwei serbischen Parteien finanziert haben. In den Verdacht, eineinhalb Jahre lang monatlich 220 000 Euro erhalten zu haben, ist inzwischen die Demokratische Partei Serbiens (DSS) von Vojislav Kostunica geraten. Von 2004 bis 2008 in Serbien in der Regierungsverantwortung waren DSS-Spitzenfunktionäre auch für die Privatisierung von Staatseigentum zuständig. Vermutet wird, dass Saric durch seine Beteiligung an den Privatisierungen, Hunderte Millionen Euro an Drogengeldern gewaschen hat.

Dass die serbische Presse derartig Skandale im Wochenrhythmus öffentlich macht, dürfte einen einfachen Hintergrund haben: Zwischen Premier Dacic und seinem Koalitionspartner, dem Vizepremier Aleksandar Vucic und dessen Fortschrittspartei tobt ein Machtkampf, wobei Vucic für die Korruptionsbekämpfung zuständig ist und die politische Vergangenheit des Koalitionspartners genug belastendes Material bietet, das sich ausschlachten lässt. Die Forderung nach Neuwahlen dürften nur eine Frage der Zeit sein. *N.H.*

Menschenrechte im Blick

Ostpreußen: CIA-Foltergefängnisse mit juristischem Nachspiel

Zehn Jahre Haft für den früheren Chef des italienischen Militärgeheimdienstes Sismi Nicolò Pollari, so lautet das Urteil eines Mailänder Gerichts im Zusammenhang mit der Verschleppung des ägyptischen Imams Abu Omar aus Italien 2003. Nachdem der Prediger in Mailand entführt worden war, wurde er per Flugzeug vom CIA nach Ägypten gebracht. Nach Angaben des Opfers folgten in den sieben Monaten in einem Hochsicherheitsgefängnis ungezählte Verhöre, bei denen er gefoltert wurde. Die Mailänder Berufungsrichter hoben mit der Verurteilung des Ex-Geheimdienstchefs Pollari und seines Vize Marco Mancini ein früheres Urteil auf. In dem waren beide Geheimdienstler freigesprochen worden – aus Rück-sicht auf das Staatsgeheimnis, so die Begründung.

Aber auch das aktuelle Urteil muss in der Angelegenheit noch nicht das letzte Wort sein. Von Premier Mario Monti wurde inzwischen der Gang zum Verfassungsgericht angekündigt. Der Vorwurf der Regierung: Das Urteil des Mailänder Kassationsgerichts unterminiere die Wahrung der italienischen Staatssicherheit, das Gericht habe seine Kompetenzen überschritten. Auch die USA mussten bereits eine herbe juristische Niederlange einstecken. Bereits zuvor hatte ein italienisches Gericht 23 CIA-Agenten in Abwesenheit wegen ihrer Beteiligung an der Aktion zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Ein ähnliches Scheitern bei dem Versuch, die CIA-Praxis der Geheimgefängnisse zu vertuschen, zeichnet sich inzwischen in Polen ab. Bereits Ende Januar hat der Europäische Gerichtshof für Men-

Auch unweit von Allenstein soll gefoltert worden sein

schenrechte Polen dazu aufgefordert, alle nötigen Unterlagen nach Straßburg zu schicken, um dort die Vorwürfe von Folter in einem polnischen CIA-Gefängnis aufklären zu können. Noch brisanter ist aus Sicht von Polens Regierung allerdings die Ankündigung des Europäischen Gerichtshofs, die Unterlagen auch öffentlich zu machen. Immerhin soll über den Vorwurf verhandelt werden, dass in dem polnischen Geheimdienststützpunkt unweit von Allenstein mehrere Gefangene monatelang gefoltert worden seien.

Erstaunlich ist die offizielle Reaktion aus Warschau. „Die Zusammenarbeit wird nicht so aussehen, wie es sich Straßburg erwartet. Es liegt nicht im Staatsinteresse Polens, Informationen, die die Sicherheit des polnischen Staates betreffen, öffentlich zu machen“, so Regierungssprecher Pawel Gras. Parteipolitisch gibt es für die Brüskierung des internationalen Gerichtshofs aus Sicht der regierenden Koalition um Donald Tusk eigentlich keinen Grund. Die Vorwürfe um das Geheimgefängnis, das den Amerikanern zur Verfügung gestellt wurde, betreffen nicht die eigene Partei, sondern sie beziehen sich auf die Amtszeit von Ex-Premier Leszek Miller und den damaligen Präsidenten Aleksander Kwasniewski. Beide gehören dem postkommunistisch-sozialdemokratischen Lager an.

Obwohl die juristische Aufarbeitung der umstrittenen CIA-Praxis in Gang gekommen ist, scheint der US-Geheimdienst auf die Gefangenenverschleppungen noch immer nicht zu verzichten. Auch im Zusammenhang mit der Aufklärung des Angriffs auf „diplomatische“ Einrichtungen im libyschen Bengasi im September 2012 ist der Hinweis aufgetaucht, dass dabei der Versuch einer Gefangenbefreiung eine Rolle gespielt haben könnte. Demzufolge soll auf dem angegriffenen CIA-Gelände neben einer Lagerhalle mit Waffen auch ein Geheimgefängnis auf libyschem Boden existiert haben. *N.H.*

Mehr Frankreich für Europa

Obwohl die Deindustrialisierung rasch voranschreitet, will Paris die übrige EU mit seinen Idealen beglücken

In einer Rede vor dem EU-Parlament hat Frankreichs Präsident François Hollande seine Vorstellungen über die Zukunft der EU vorgelegt. In Kurzform lautet sein Rezept, dass alles was Frankreich zum Problemfall Europas gemacht hat, nun auf die gesamte EU übertragen werden soll.

Erneut war es der britische Premier David Cameron, der zuvor schon mit seiner Europa-Rede für Empörung gesorgt hatte, der es als einziger auf dem Weltwirtschaftstreffen in Davos gewagt hat, daran zu erinnern, dass es Europa nicht an zu wenig Zentralisierung, sondern an Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit mangelt. Den Gegenentwurf zu Camerons Vorstellungen hat inzwischen Frankreichs Präsident François Hollande in einer Rede vor dem EU-Parlament vorgelegt. Während Hollandes Forderung nach politischer Einflussnahme beim Euro-Wechselkurs für Schlagzeilen sorgte, blieb der Rest seiner Rede fast unbeachtet.

Zu Unrecht! Während Frankreich sich mit seiner Reformverweigerung immer mehr zum eigentlichen Problemfall in der Euro-Zone entwickelt, lautet die Empfehlung Hollandes, die EU noch mehr als bisher nach französischem Modell umzubauen. Während der Brite Cameron den Nationalstaaten wieder mehr Handlungsfähigkeit und Flexibilität zurückgeben will, lautet die Empfehlung des Franzosen: Eine EU à la Hollandaise – mehr Zentralisierung und mehr Vereinheitlichung. Nebenbei wird alles, was Frankreich zum aktuellen Problemfall macht, zum verbindlichen Standard für ganz Europa erklärt. Von der Einführung europaweit geltender Mindestlöhne über Mindestbesteuerungssätze bis hin zu Jobgarantien für Jugendliche. Da derlei Pläne wenig bringen, dafür aber kostspielig sind, liefert Hollande den Hinweis, wo das Geld herkommen solle, gleich mit. In Europa müsse es künftig „mehr Solidarität" geben. Mit anderen Worten: Neben mehr Vorschriften auch noch mehr Umverteilung innerhalb der EU, die Lizenz zum Schuldenmachen auf fremde Kosten inklusive.

Verpackt ist die Forderung Hollandes in Formulierungen wie „neue finanzielle Instrumente" oder auch ganz offen, indem erneut Euro-Bonds, also gemeinsame Anleihen, gefordert werden. Mit dem vorgelegten Konzept hat Hollande beste Chancen, Frankreich zum Anführer des sogenannten „Club-Med" zu machen. Der Versuch, Versprechen zu machen, die zum guten Teil deutsche Steuergelder kosten werden, dürfte in der EU durchaus Anhänger finden. Stattdessen wäre aber ein Kurswechsel längst überfällig – vor allem in Frankreich selbst. Allem Aktionismus seit Hollandes Machtantritt zum Trotz geht die

Nur Großbritannien wagt Widerworte

Deindustrialisierung Frankreichs ungebremst weiter. Jährlich gehen rund 80 000 Industriearbeitsplätze verloren. Der Wertschöpfungsanteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wirtschaftsleistung Frankreichs ist auf nur noch neun Prozent gefallen. Das ist halb so viel wie in Deutschland und sogar weniger als in Großbritannien, dem immerhin der Ruf vorauseilt, weitgehend deindustrialisiert zu sein.

Betroffen sind inzwischen auch Bereiche, die vor wenigen Jahren noch als Frankreichs Vorzeigebranchen galten, etwa der Automobilbau. Eine der wichtigsten Ursachen der verlorengegangenen Konkurrenzfähigkeit: Die im Jahr 2000 in Kraft getretenen 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, an der trotz desaströser Folgen festgehalten wird. Was stattdessen als Lösung präsentiert wird, um den wirtschaftlichen Niedergang Frankreichs aufzuhalten, gleicht einem Griff in die Mottenkiste sozialistischer Wirtschaftspolitik. Aktuell ist ein Gesetz in Vorbereitung, das Firmen die Schließung von profitabel arbeitenden Werken untersagen soll. De facto ein Abwanderungsverbot, das langfristig auf Investoren noch mehr Abschreckungskraft entwickeln dürfte als die horrende Steuerbelastung für Unternehmen in Frankreich.

Ebenfalls wie ein Rückfall in alte Zeiten wirkt, was sich derzeit rund um den Autobauer Peugeot Citroen PSA abspielt, der Tag für Tag inzwischen rund sechs Millionen Euro Verlust macht. Sowohl im Elysée-Palast als auch im Wirtschaftsministerium gibt es Gedankenspiele, durch den Ausbau der Allianz zwischen PSA und der Opel-Muttergesellschaft General Motors erneut einen jener von Paris geliebten nationalen „Champions" erstehen zu lassen. Ob der eines Tages, wie insgeheim gehofft, sogar dem deutschen Rivalen VW gefährlich werden kann, bleibt fraglich. Zweifellos werden aber massiv Steuergelder fließen. Bereits im Oktober 2012 hat die Finanzierungssparte des Autobauers, die Banque PSA, staatliche Garantien von sieben Milliarden Euro erhalten. Um die Allianz mit dem US-Konzern unter Dach und Fach zu bringen, scheint Paris allerdings noch zu ganz anderen Opfern bereit zu sein. Während unlängst bei der Meldung des PSA-Rekordverlustes von fünf Milliarden Euro der schwächelnde Automarkt in Europa als Begründung herhalten musste, herrschte zu einem anderen Thema Schweigen. Frankreichs Beschluss, sich der US-Sanktionspolitik gegen den Iran anzuschließen, hat dazu geführt, dass Peugeot einen wichtigen Markt verloren hat. Immerhin zehn Prozent seiner Produktion lieferte PSA in der Vergangenheit in Form von Bausätzen oder Ersatzteilen an Iran Khodro Industries. Insgesamt wurden daraus bis zu 450 000 Autos jährlich zusammengesetzt und im Iran verkauft. Ob die Aufgabe dieses Marktes sich eines Tages tatsächlich durch ein Entgegenkommen von General Motors auszahlt, bleibt abzuwarten.

Norman Hanert





Rekordverlust: Trotz aller Hiobsbotschaften will Hollande (r.) den französischen Autobauer PSA zum nationalen „Champion" machen. Dies soll mit Hilfe aus den USA gelingen. Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Gefährliche Größe: Offenbar sorgen die sprudelnden Gewinne der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Bundestag für ein ungutes Gefühl. Die Staatsbank, die inzwischen die drittgrößte Bank im Land ist, hat 2012 laut Informationen des „Handelsblattes" gut zwei Milliarden Euro Gewinn gemacht und damit deutlich mehr als Deutsche Bank und Commerzbank zusammen. Eigentlich ist jedoch nicht Gewinnerzielung, sondern die Förderung des Mittelstandes Ziel des Institutes. Nun plant der Bundestag, die KfW künftig auch von der Bankenaufsicht Bafin kontrollieren zu lassen. Auch soll das Kreditwesengesetz bald zum Teil auch für die KfW gelten. *Bel*

Peking verschreckt Luxusanbieter: Chinas Medienaufsicht hat angekündigt, Fernsehwerbung für teure Uhren oder Spirituosen zu reduzieren. Die Werbung vermittle die falschen gesellschaftlichen Werte, hieß es aus Peking. Da Korruption vor allem unter Beamten in China zu einem immer größeren Problem wird, soll künftig ein bescheidener Lebensstil aufgezeigt werden. Dazu passe keine Werbung für Luxusartikel. Diese Entscheidung wird vor allem französische Firmen treffen, die auf dem chinesischen Markt wesentliche Teile ihres Profits erwirtschaften. *Bel*

Teurer Fahrspaß: Rund 332 000 Euro gibt ein deutscher Autofahrer im Laufe seines Lebens für seine Fahrzeuge aus. Diese Berechnungen der Deutschen Automobil Treuhand dürften die Autoindustrie, Ölkonzerne, Versicherungen, aber auch den Staat freuen. Die Studie geht davon aus, dass sich ein deutscher Autofahrer im Durchschnitt zwischen dem 18. und 72. Lebensjahr drei Neuwagen und fünf gebrauchte Autos gönnt. Nach Berücksichtigung der Erlöse durch den Verkauf der Altfahrzeuge wird von knapp 120 000 Euro für den fahrbaren Untersatz ausgegangen. Fast 80 000 Euro werden für Kraftstoff, 60 000 Euro für Versicherungen und Steuern veranschlagt. Hinzu kommen Ausgaben für Miete oder Kauf von Garagen, Pflege und Reparatur. *Bel*

Schatten-ESM im Aufbau

Folgt nun ein Rettungsschirm für Bulgarien und Rumänien?

Nur Monate nachdem der umstrittene Euro-Rettungsschirm ESM seine Arbeit aufgenommen hat, ist bereits der nächste Hilfsfonds in Vorbereitung. Eine bisher kaum genutzte Möglichkeit des finanziellen Beistands bei Zahlungsbilanzproblemen könnte der Anfangsbaustein für einen zweiten ESM-Fonds sein, so die Befürchtung von Kritikern wie dem CDU-Haushaltexperten Klaus-Peter Willsch. Auf den ersten Blick scheint es bei den aktuellen Plänen der EU-Finanzminister nur darum zu gehen, ein in die Jahre gekommenes Instrument etwas zu modernisieren. Bereits seit 1972 besteht mit der sogenannten „Leistungsbilanzfazilität" die Möglichkeit, Ländern mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten eine Finanzhilfe zu gewähren.

Dass Kritiker nun bei der Neugestaltung des Instruments Alarm schlagen, hat gute Gründe. Angekündigt ist etwa, dass auch für die Nicht-Euro-Länder „vergleichbare Finanzinstrumente" wie jene geschaffen werden sollen, mit denen Euro-Krisenländern unter die Arme gegriffen wird. Konkret sehen die bisher bekannt gewordenen Pläne so aus: Für die zehn EU-Länder, die nicht Teil der Euro-Zone sind, soll die EU-Kommission Kredite von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro aufnehmen und bei Bedarf an die jeweiligen Länder weiterleiten können. Wie gewöhnlich würde Deutschland gemäß seinem Anteil am Gemeinschaftshaushalt mit 20 Prozent mithaften – im Extremfall immerhin mit zehn Milliarden Euro.

Hilfsfonds als Appetitmacher auf größere Summen

Brüssel verfolgt mit der milliardenschweren Aufrüstung der „Leistungsbilanzfazilität" handfeste eigene Ziele. Zum einen will man den zehn Nicht-Euro-Ländern mit günstigen Krediten einen Beitritt zur Währungsunion schmackhaft machen: Der Hilfsfonds als Appetitmacher für den Zugriff auf größere Summen, sobald man erst einmal den Euro übernommen hat. Auch soll eine EU-Haushaltskontrolle, wie sie in der Euro-Zone inzwischen errichtet ist, so für die übrigen Länder möglich werden, sobald sie auf die Kredite zugreifen.

Dass es mittlerweile Zweifel gibt, dass es bei dem genannten Haftungsrisiko für Deutschland bleibt, ist gut nachvollziehbar. So sind inzwischen gleich mehrere abweichende Zahlen für ein angebliches Maximal-Volumen der Hilfskredite aufgetaucht. Der Umstand, dass in Papieren des EU-Parlaments eine Gesamtsumme von 60 Milliarden Euro genannt wird, sorgt hier für Unmut.

Gunnar Beck, Europarechtler an der Universität London, äußerte in der „Wirtschaftswoche" nach den Erfahrungen mit dem ESM eine entsprechend pessimistische Befürchtung zu dem neuen Hilfsprogramm: „Beim ESM konnten wir beobachten, dass sämtliche Vertragsklauseln, die als Beschränkung gedacht oder zumindest so präsentiert wurden, später weit ausgelegt wurden." Der jetzt aufgemöbelte Beistandspakt könnte demzufolge nur ein erster Schritt sein, später könnte jedes Mal die Summe hochgesetzt werden, wenn Brüssel glaubt, einen Bedarf zu sehen. Wie eine Bestätigung solcher Befürchtungen kommt aus dem Europäischen Parlament mittlerweile die Forderung, die Hilfskredite analog zum ESM auch zur Bankenrettung einzuspannen. *N.H.*

Klimapolitik in Nöten

Verknappung von CO_2-Zertifikaten soll Industrie mehr Geld abpressen

Um ihren Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nachzukommen, führte 2005 die Europäische Union einen Emissionshandel ein, um über den Markt den Unternehmen freizustellen, ob sie die Reduzierung des CO_2-Ausstoßes durch betriebliche Investitionen oder durch den Kauf und umsatzsteuerpflichtigen Handel mit Zertifikaten realisieren. Inzwischen tritt die Klimapolitik hinter der Erzielung von Einnahmen zurück.

Deutschland rechnet fest mit den Versteigerungserlösen bei der Ausgabe von Emissionszertifikaten, um die Energiewende zu finanzieren. Das Bundesumweltministerium geht dabei von einem Preis von zehn Euro pro Zertifikat aus. So sollen dem Energie- und Klimafonds ab 2013 jährlich drei Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Finanziert werden damit Projekte wie die Elektromobilität mit mehr als 400 Millionen Euro oder die Sanierung von Gebäuden mit 260 Millionen Euro. Für internationale Klimaschutzprojekte sind fast 400 Millionen Euro eingeplant.

Die Leipziger Börse EEX musste jedoch überraschend im Januar 2013 eine Auktion für vier Millionen Emissionszertifikate absagen, weil die Gebote nicht ausreichten. Offenbar wollten die nachfragenden Unternehmen nicht mehr für neue Zertifikate als für die bereits am Markt befindlichen zahlen. Lag 2008 der Preis noch über 20 Euro, sind es 2013 aufgrund eines Überangebots hingegen unter fünf Euro. Die EU hat in der Vergangenheit vermutlich die Anzahl der notwen-

Schlechte Lage der Wirtschaft lässt die Nachfrage sinken

digen Emissionsrechte überschätzt. Zudem sinkt die Nachfrage aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung in einigen EU-Ländern. 2013 drohe dem Bund bei Preisen unter vier Euro pro Zertifikat ein Einnahmeausfall von 1,2 bis 1,4 Milliarden Euro, wie die Bundesregierung im Januar mitteilte. Zwar kann der Klimafonds Liquiditätsdarlehen erhalten, das würde aber wieder andere Haushaltslöcher aufreißen.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Emissionshandel Probleme bereitet. 850 Millionen Euro soll der Schaden in Deutschland durch den Umsatzsteuerbetrug betragen, der durch den mehrfachen Verkauf der Zertifikate über Landesgrenzen und durch unrechtmäßige Steuererstattung vom Finanzamt verursacht wurde, bis es 2010 zu Gesetzesänderungen kam.

Das Europäische Parlament berät derzeit über eine Verknappung der Zertifikate, um die Preise künstlich zu erhöhen. Dabei sollen 900 Millionen Zertifikate zurückgehalten und erst ab 2019 dem Markt zugeführt werden, wie die EU-Kommissarin Connie Hedegaard vorschlug. Im Gespräch ist auch eine Änderung der Emissionshandelsrichtlinie, die die Europäische Kommission zu Änderungen der Auktionsverordnung ermächtigen soll. Die Bundesregierung zeigt sich über mögliche Umgestaltungen der geplanten Zertifikatsausgabe 2013 bis 2020 unschlüssig. Während sich das Wirtschaftsministerium bislang für eine Ausschüttung weiterer CO_2-Zertifikate ausspricht, will das Umweltministerium eine Verschiebung erreichen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag spricht indes von einem Systembruch und einem fiskalpolitisch motivierten Eingriff in den Marktmechanismus.

Ulrich Blode

Selbstentlarvung

Von Rebecca Bellano

Selten war so durchsichtig, wer in Brüssel den Ton angibt. Zwar gilt das Verwaltungszentrum der Europäischen Union nicht von ungefähr als Paradies für Bürokraten und Lobbyisten, doch die geplante EU-Verordnung zu Arzneimittelversuchen lässt einen angesichts ihrer unverblümten Art staunen. Künftig sollen nationale Ethikkommissionen also nicht mehr bei Menschenversuchen hinzugezogen werden. Dabei betont die EU doch immer wieder, wie wichtig ihr die Menschenrechte seien. Doch offenbar werden die hehren Ideale schnell über Bord geworfen, wenn sie sich nicht lohnen.

Man kann die medizinische Forschung auch fördern, ohne dass man die Vorschriften für Arzneimitteltests an Menschen derart lockert, dass diese Voraussetzungen weniger streng sind als bei Tierversuchen. Für Länder wie Griechenland eröffnen sich natürlich dadurch ganz neue Geschäftsfelder. Da lässt die Pharmabranche dort ein wenig forschen, ein wenig Fakelaki lässt Mediziner die entsprechenden Ergebnisse niederschreiben und schon hat das Medikament auch die Zulassung für alle anderen EU-Staaten, also auch für Deutschland. Arme Griechen, arme Deutsche, arme EU-Bürger!

Zeitgemäßes Mittel

Von Jan Heitmann

Kaum werden die Überlegungen der Bundeswehr zur Anschaffung von Kampfdrohnen konkret, machen die Kritiker der Streitkräfte mobil. Da ist von „Tötungsmaschinen“, einer „Robotisierung des Krieges“ und von einem Kampf die Rede, bei dem nicht mehr Menschen über den Waffeneinsatz entscheiden würden, sondern autonom handelnde Fluggeräte. Und auch der Verdacht wird laut, die Bundeswehr könnte Kampfdrohnen außerhalb offizieller bewaffneter Konflikte zur Tötung auf Distanz und damit völkerrechtswidrig einsetzen. Ein Verdacht, der ungerechtfertigt ist, denn die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, die sich weder ihre Aufträge selbst gibt noch im Einsatz unabhängig von der Politik oder gar im Geheimen handelt. Das hat sie in den fast 60 Jahren ihres Bestehens hinreichend unter Beweis gestellt. Auch sind Drohnen per se keine „schmutzigen“ Waffen, nur weil sie aus der sicheren Ferne bedient werden. Sie sind ein zeitgemäßes, zukunftsweisendes Instrument der modernen Kampfführung und dienen dem Schutz und der Unterstützung der Soldaten. Zahlreiche Armeen verfügen bereits über Drohnen oder stehen vor ihrer Einführung. In absehbarer Zeit werden sie zum Arsenal aller modernen Streitkräfte gehören. Die Bundeswehr darf den Anschluss an die Waffenentwicklung nicht verlieren. Diejenigen, die über die Anschaffung zu entscheiden haben, sollten sich stets vor Augen führen: Wer Soldaten in den Einsatz schickt, muss ihnen auch die Mittel zur Verfügung stellen, ihren Auftrag bei möglichst geringem Risiko ausführen zu können. Und wenn Drohnen dieses adäquate Mittel sind, führt an ihnen kein Weg vorbei.

Hohn auf die Demokratie

Von Hans Heckel

Und wieder schauen die Völker der EU wie die Kaninchen auf die Schlange auf den Urnengang in einem Mitgliedsland. Werden sich die Italiener für den „Populisten“ Berlusconi entscheiden? Oder tun sie den übrigen Hauptstädten den Gefallen, einen ihnen genehmen Kandidaten zu küren?

Das Szenario – ein Volk wählt, alle müssen bangen – wiederholt sich mittlerweile alle paar Monate. Wo das Gerüst so marode ist, dass selbst ein Zwerg wie Zypern es ins Wanken bringen könnte („Zypern ist systemrelevant“), da wird jede nationale Wahl auch in noch so kleinen Ländern zum Scherbengericht über die gesamte Union.

Das sagt nicht nur viel über den fragilen Zustand dieser EU aus, der schlimm genug ist. Was bei all dem Bangen und Hoffen ganz aus dem Blick geraten ist, das ist das demokratische Desaster, welches sich dahinter verbirgt. Demokratie bedeutet, dass ein Volk an der Wahlurne maßgeblich über das eigene Schicksal bestimmt. Nicht, dass ein Volk an der Urne über Wohl und Wehe von 26 anderen Völkern mitverfügt, denen nichts anderes bleibt, als hoffen und „appellieren“.

> Wie kann es sein, dass Italiener unser Schicksal bestimmen?

Aus der Sicht des Demokraten ist dieser Zustand schlicht unerträglich. Mehr noch: Er nagt am Verständnis zwischen den Völkern, weil er Argwohn sät den Nationen gegenüber, die vermeintlich „falsch“ gewählt und sich damit „rücksichtslos“ gezeigt haben gegen ihre Nachbarn. Umgekehrt erscheinen die „Appelle“, wie sie sich in den vergangenen Wochen auch die Italiener anhören mussten, leicht wie ausländische Anmaßung, wie der Versuch, die demokratische Entscheidung eines Volkes durch Einmischung zu manipulieren. Silvio Berlusconi nutzt solche Appelle, die sich schließlich gegen ihn richten, geschickt für seine Propaganda, die vor allem gegen die Deutschen geht: Jetzt wählt mich erst recht, nur um denen zu zeigen, dass wir die Herren im eigenen Haus sind und die Deutschen uns gar nichts zu sagen haben – so seine Botschaft, die bei Millionen Italienern auf fruchtbaren Boden trifft.

Eine Verlagerung von mehr Kompetenzen auf das EU-Parlament böte hier nur scheinbar Abhilfe in Richtung mehr Demokratie. Die völlig ungerechte Stimmengewichtung – ein luxemburgischer Wähler hat mehr Gewicht als elf deutsche – versenkt den „demokratischen“ Anspruch im Länderproporz, der die Bewohner kleiner Staaten massiv bevorzugt.

Die Lösung läge allein in einer Rückführung der EU auf ein sinnvolles Maß an Integration, so wie es etwa von London gefordert wird. Dann wären die Völker wieder eher Herr über ihre eigenen Angelegenheiten und müssten „Fehlentscheidungen“ anderer EU-Nationen kaum fürchten. Doch hier mauert Berlin wie



Will Deutschen zeigen, wer Herr im Hause ist: Der skandalumwitterte italienische Ex-Regierungschef Silvio Berlusconi tritt erneut zur Wahl an

Bild: pa

Gastbeitrag



Unsere schöne neue Welt

Von ULRICH F. SACKSTEDT

Wollen wir bei unserem Projekt nicht etwas mehr auf Kreativität achten?“, fragt die Lehrerin ihre achte Klasse. „Kevins kooperative Kompetenz ist noch nicht sehr ausgeprägt, wenn es um gruppendynamische Prozesse geht!“ steht in Henriks Zeugnis. „Leider haben wir keine Destinationen mehr frei, die Ihren individuellen Wünschen zusagen würden!“, äußert die Angestellte des Reisebüros. Diese Beispiele zeitgeistiger Ausdrucksweise mögen dazu dienen, der Sache näher zu kommen. Wahrlich keine „Hi-Lites“, pardon „Highlights“ deutschsprachlicher Ausdrucksfähigkeit. Ja, sind wir denn von allen guten Geistern verlassen, dass wir uns hinter diesen Fremdwörtern verbarrikadieren, um auszudrücken, was wir eigentlich mitteilen wollen? Ist unser Deutsch nicht mehr tauglich, wenn es darum geht, anderen unsere Intellektualität zu beweisen? Warum sprechen wir nicht so, wie uns der Schnabel gewachsen ist? Was ist in unsere Geister gefahren, jene, die wir riefen, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten? Warum schreiben Schulbuchautoren, die meist selbst aus dem Lehrerberuf hervorgingen, nicht mehr schülergemäß? Warum müssen Schüler aller Schularten sich abquälen mit Fachbegriffen, deren Inhalte sich in den meisten Fällen auf Deutsch viel besser erschließen lassen?

> Statt sich zu verständigen, bauen Lehrer Sprachbarrieren auf

Als jemand, der selbst Jahrzehnte im Bildungsbetrieb tätig war, weiß der Autor dieser Zeilen nur zu genau, was heute in unseren Kompetenztrainingszentren, pardon: Bildungsanstalten, „abgeht“. Statt sich zu verständigen, bauen Lehrer untereinander und Lehrer gegenüber Schülern und Eltern Sprachbarrieren auf. Das erinnert unwillkürlich an die Gepflogenheit der Ärzte, Benennungen von Krankheiten, Diagnosen, Therapien oder Arzneien in lateinisch-kryptografischen Begriffen zu verstecken. Man grenzt sich ab, man ist ja schließlich nicht irgendwer. Das gemeine Volk mag denken, was es will, aber Fachsprache muss nun mal sein, oder? Was teuer ist, muss auch aufwendig verpackt werden, könnte man sagen. Jedem das Seine. Ist so etwas hilfreich, wenn wir Menschen weiterhin im humanistischen Sinne bilden wollen? Und was ist mit den sogenannten einfachen, nichtakademischen Berufen? Gibt es die nicht mehr? Doch, doch. Aber auch hier wirft man mit unverdaulichen Begriffsbrocken lateinischer oder angelsächsischer Herkunft um sich. Ein Restaurationsfachmann ist nichts weiter als ein gelernter Kellner oder auch ein Hotelangestellter. Wiederholungskurs heißt auch in dieser Branche jetzt Repetitorium. Fähigkeiten sind zu Kompetenzen mutiert, ein Lebenslauf heißt jetzt überall „vita“ oder „curriculum vitae“. Der wird aber nicht mehr in Sätzen formuliert wie früher, sondern bitte nur als Tabelle. Wegen des Datenschutzes und überhaupt geht das keinen etwas an, wie meine Eltern heißen und was sie beruflich machen.

Wie gebildet und rücksichtsvoll sind wir doch! Wirklich? Aber der Geist des Menschen wehrt sich. Ganz unten an der Basis, kurz über dem Bauchgefühl, hat er sich ein Biotop an sprachlicher Rohheit geschaffen beziehungsweise erhalten. Da herrscht im allerersten Rang das Wort „Scheiße“, was aber auch wirklich bei allen nur erdenklichen Gelegenheiten eingesetzt wird. Es ist salonfähig geworden unter den Intellektuellen und den Scheinintellektuellen unserer Gesellschaft. Immer, wenn etwas nicht so läuft, wie wir es erwartet haben, kommt „Scheiße“. Mal lauter, mal leiser gesprochen. Je nach Situation und Umgebung. Ganz Gebildete benutzen die amerikanische Form und sagen: Das ist doch bull-shit! Klingt dann irgendwie sauberer, nicht wahr? Deutsche Vulgarität englisch reingewaschen. Man liest jetzt sogar von sogenannten „shit storms“ (Stürmen von Scheiße), wenn es darum geht, dass über jemanden in übler Weise hergezogen wird.

Brav gemacht, Deutsche! Das ist eine Glanzleistung neuamerikanischer Kultur in einem von der westlichen Wertegemeinschaft beglückten Land. Nachdem wir unsere Währung, die Deutsche Mark, verloren haben, verlieren wir jetzt auch unsere Sprache und damit unsere Kultur. Na, da werden sich die Grünlackierten und die Neulinken aber freuen. Kulturelles Niemandsland war schon immer ihre Stärke. Unter ihrer „Rothen Führung biegen wir uns unsere solarstromgespeiste, ökologische Nische gendermainstreammäßig so hin, dass sie in jedes politische System passt, und wenn es „neoatlantischer kapitalistischer Globalsozialismus“ heißt. Dafür werden wir unsere Jugend schon kompetent qualifizieren. Bertelsmann- und Rockefellerstiftung sind dabei unsere treuen Helfer. Wer hätte das gedacht, dass es nur 50 oder 60 Jahre braucht, um „reeducation“ wahr werden zu lassen. Tja, das haben wir uns wohl mit der weltweiten Vernetzung durch Internet, Fernsehen, Telefon und Luftverkehr zugezogen. Aber macht nichts, wenigstens sind wir nun viel intelligenter als unsere Eltern oder Großeltern. Sprachlich und zugleich historisch reingewaschen. Hört man nicht, wie wir uns (schriftlich bei Bewerbungen zumindest) ausdrücken können? Alles andere lässt sich im Short-Message-System von Mensch zu Mensch „smsen“.

> Sind wir intelligenter geworden oder geistig-sinnlich verkümmert?

Und während dieses reale Theaterstück weiterläuft, zeigt sich in der real existierenden Wirtschaftswelt, was denn noch wirklich zählt. In jedem Beruf werden jetzt Qualifikation und Fachkompetenz, nicht etwa Können und Geschick gefordert. Sind Können und Geschick, Begabung oder Erfahrung nicht vorhanden, so treten dafür eben Qualifikation und Fachkompetenz an ihre Stelle. Und wenn das nicht ganz klappt, dann geht es vielleicht mit Teamgeist und Kooperationsbereitschaft. Zu Deutsch: Wir fragen andere. Wenn ein Mechatroniker-Azubi nicht weiß, an welcher Stelle er die Zündkerzen eines Autos findet, dann scrollt er die Linkliste der entsprechenden Navigation herunter und klickt auf die entsprechende Bild- oder PDF-Datei. Das kennt er schließlich von klein auf. 30 Jahre zuvor stand der Kfz-Schlosserlehrling neben dem Gesellen oder Meister und schaute zu, um zu sehen, wo die Zündkerzen sich versteckt halten. Oder er fragte ihn. Hörte früher ein Kfz-Geselle am Geräusch des Motors, ob ein Zylinder nicht richtig lief oder ein Lager untypische Geräusche machte, so holt er heute ein handliches Gerät heraus, verbindet es mit einer im Auto vorgesehenen Diagnose-Steckdose und „liest den Fehler aus“. Das klingt nach Auslese. Ist aber kein guter Wein, sondern das glatte Gegenteil: Eine Macke. Manchmal ist es nicht einmal eine solche, sondern man kann durch einfaches Löschen den scheinbaren Fehler elektronisch zur Strecke bringen. Und schon ist das Auto wieder ein super Teil. Wäre das doch auch mit unserer zeitgeistigen Kompetenz so einfach, dann wäre vieles wieder normaler. Löschen und – reset, pardon: Zurücksetzen.

Sind wir eigentlich alle intelligenter geworden oder sind wir geistig-sinnlich verkümmert, indem wir statt unserer fünf Sinne nur noch Computer benutzen, für die wir in Schule und Fachschule kompetent gemacht wurden. Sind wir jetzt qualifizierter als früher, wo es noch auf Fingerspitzengefühl und Fingerfertigkeit ankam, wenn man ein guter Handwerker sein wollte? Was haben Intellektualisierung und Akademisierung mit uns allen gemacht? Manchmal wünschte ich, ich wär' mein Hund ... Dann verschwände aller antrainierte Intellekt und ich wäre wieder Mensch.

Ulrich F. Sackstedt, geboren 1946, studierte Pädagogik und Naturwissenschaften. Seit 1990 ist er als Sachbuchautor tätig. Seine Interessensgebiete sind Politik, Wirtschaft, alternative Finanzsysteme und neue Energietechnologien.

In die Länge gezogen

Doppelausstellung in Hamburg zeigt den Meister dürrer Plastiken: den Schweizer Alberto Giacometti

Hamburg ist derzeit Welthauptstadt für Fans von Alberto Giacometti. In gleich zwei Häusern werden Skulpturen und Porträts des Schweizer Künstlers gezeigt, der vor allem durch seine magersüchtigen Bronzefiguren weltweit berühmt wurde.

Ende Mai 2002 geschah in der Hamburger Kunsthalle ein dreister Kunstraub. Bei der jährlich in der Hansestadt stattfindenden „Langen Nacht der Museen“, bei der Zehntausende Menschen in den späten Abendstunden den freien Eintritt in allen Museumseinrichtungen der Stadt nutzen, mischten sich Diebe unter das Gedränge in der Kunsthalle. Sie hatten es auf eine 32 Zentimeter große, gertenschlanke Bronzeskulptur Giacomettis abgesehen, die unter einer Vitrine stand. Offenbar unbemerkt von übrigen Publikum und den vom Massenandrang abgelenkten Museumswächtern hoben sie die unbefestigte Plexiglashaube an, entnahmen die 500000 Euro teure Skulptur, ersetzten sie durch ein billiges Holzimitat und verschwanden unerkannt mit ihrer Beute. Erst drei Tage später erkannten Museumsmitarbeiter, dass es sich bei der Holzfigur in der Vitrine um einen falschen Giacometti handelte.

Es ist nicht ohne Ironie, dass elf Jahre später in der Kunsthallen-Galerie der Gegenwart und im Bucerius Kunst Forum eine der größten Giacometti-Schauen stattfindet, die es jemals gegeben hat. Die Leihgeber müssen Mut bewiesen haben, indem sie ihre kostbaren Werke noch bis zum 19. Mai ausgerechnet an die Hamburger verliehen haben. Kunsthallen-Direktor Hubertus Gaßner merkte nicht ohne Stolz an, „dass es schon schwierig ist, nur einen Leihgeber für die zerbrechlichen Figuren zu finden, wir aber haben 80 Leihgeber aus aller Welt“.

Bedeutende Museen wie das New Yorker Museum of Modern Art, die National Gallery of Art in Washington oder das Pariser Centre Pompidou haben rund 200 Werke zur Verfügung gestellt. Zählt man noch die Porträts und Zeichnungen dazu, die knapp einen Kilometer weiter am Rathausmarkt im Bucerius Kunst Forum gezeigt werden, kommt man auf etwa 320 Giacometti-Werke, die derzeit in Hamburg zu sehen sind.

»Die große Stehende« misst fast drei Meter

Alles Originale, versteht sich. Nach den Erfahrungen von 2002 passt ein verstärktes Sicherheitspersonal jetzt besser auf. 2010 wurde sein „Schreitender Mann I“ für 74 Millionen Euro versteigert. Ein Zwilling „marschiert“ in der Ausstellung, aber diese fast zwei Meter hohe Figur lässt sich nicht so leicht unbemerkt in die Tasche stecken.

Doch die dürren Strichmännchen aus Bronze, die den Ruhm des 1901 in einem Graubündner Bergdorf geborenen Künstlers begründet haben, stehen nicht im Mittelpunkt der mit „Die Spielfelder“ betitelten Ausstellung. Es ist das Frühwerk, das im Fokus steht, als der Künstler erst noch zu seinem Stil finden musste. Schon während seiner Kunstausbildung in Paris experimentierte er mit kubistischen und surrealistischen Kompositionen. Da ist ein „Blickender Kopf“ von 1929 zu sehen, der aber eher ein quadratisches Gesicht besitzt und in Größe und Form eher einem heutigen Computermonitor ähnelt. Allenfalls die leicht gewölbte Oberfläche des „Bildschirms“ lässt die Ahnung eines menschlichen Antlitzes aufkommen. Andere Bronzeobjekte gleichen Tischen, denen Hörner aufgesetzt wurden. Bei anderen wusste Giacometti offenbar selbst nicht, was sie darstellen sollten. „Unangenehmes Ding zum Wegwerfen“ nannte er eine mit spitzen Dornen durchdrungene Platte, die scheinbar umgestürzt ist.

Ein Umstürzler der Kunstwelt war Giacometti damit gewiss nicht. An seinen frühen Arbeiten, die sich in ihrer einfachen Formgebung zum Teil an die noch kindlich-unbeholfene prähistorische Kunst der Höhlenbewohner orientieren, sind noch keine eigene Handschrift erkennbar. Nichts deutet darauf hin, dass aus ihm einmal ein bedeutender Künstler werden würde.

In Paris verkehrte er zwar mit berühmten Zeitgenossen wie André Gide oder Picasso, doch ansonsten war er wenig erfolgsverwöhnt. Mit seinem Bruder Diego teilte er sich ein 18 Quadratmeter kleines Mini-Atelier, in dem er 40 Jahre lang blieb. Es war seine künstlerische Spielwiese. In der Kunsthalle werden dem Besucher wie in einem Erlebnispark die Arbeitsbedingungen des Künstlers nahegebracht. Vor kleinen Installationen, die sich wie Bühnenentwürfe ausnehmen, darf man auf Hockern Platz nehmen und nachempfinden, wie Giacometti gearbeitet hat. Ja, man darf selbst Giacometti sein.

Sein Atelier ist maßstabsgerecht als Raum mit Wand-Projektionen nachgebildet. Denkt man sich ein Bett dazu, auf dem der Künstler seine Nickerchen hielt oder im Sitzen skizzierte, dann wird einem klar, warum Giacometti keine voluminösen Objekte herstellte. Schlank wie eine Kleiderstange mussten sie sein, damit sie in den Raum passten. Nur nach oben hin war Luft in dem 4,50 Meter hohen Atelier.

Figuren wie auf Streckbank gedehnt

Es waren ein Unfall und eine neue Frau in seinem Leben, die ihn zu seinem berühmten Spätstil finden ließen. 1938 wurde er als Spaziergänger auf dem Gehweg von einem Fahrzeug erfasst und erlitt schwere Fußbrüche. Die Verletzlichkeit der Glieder zeichnen auch seine Figuren aus, deren Füße meist wie bandagiert erscheinen. Und 1943 lernte er seine spätere Frau Annette Arm kennen, die ihm Modell stand. Von nun an schossen seine Figuren in die Höhe und wurden wie auf einer mittelalterlichen Streckbank gedehnt.

In der Kunsthalle stehen nur in den beiden letzten Ausstellungsräumen einige der länglichen Bronzefiguren. Erst kleine Studien, dann für Außenflächen gedachte großen Plastiken. Für den Platz vor der New Yorker Chase Manhattan Bank sollte Giacometti eine Figurengruppe entwerfen. Der Plan zerschlug sich. Gut für Hamburg, denn einige der bis zu drei Meter großen schreitenden oder stehenden Figuren sind jetzt hier zu sehen.

Das Bucerius Kunst Form stellt hingegen die unbekannte Seite des 1966 gestorbenen Künstlers vor: die des Porträtmalers. „Begegnungen“ heißt die Schau, in der seine Frau und Muse Anette immer wieder zu sehen ist. Kurzes Fazit: Malen konnte er gut, seinen eigenen Stil hat er aber nur in den Plastiken gefunden.

Mit Holz hat Giacometti indes nicht gearbeitet. Schade, ein Vergleich seiner Werke mit dem Holzimitat des Diebes von 2002 wäre interessant gewesen. Zu sehen ist es in der Ausstellung nicht. Es wird im Archiv aufbewahrt. Das Original ist bis heute nicht aufgetaucht. *Harald Tews*



Körbchenumfang von 26 Zentimeter bei knapp 1,90 Meter Größe: „Schreitender Mann II“ von 1960. Links: Giacometti schaut in seinem Atelier zu seinen „Langen Kerls“ auf

Bilder: Kunsthalle Hamburg

Galerie der Gegenwart, Glockengießerwall: bis 19. Mai, Di.–So. 10–18 Uhr, Do. bis 21 Uhr, Montag geschlossen. Bucerius Kunstforum, Rathausmarkt: bis 20 Mai, täglich 11 bis 19 Uhr. Kombiticket für beide Schauen: 18 Euro.

Farbenfroher Schwebezustand

Als Männer ihre Frauen noch in den Himmel hoben – Kunsthaus Zürich mit viel beachteter Chagall-Schau

Der Künstler liebte die Menschen und die Tiere, zwischen denen er eine spürbare Harmonie herstellte. Er schuf fast kindlich erscheinende Malereien vom russischen Dorfleben, ließ leichtgewichtige Gestalten durch die Luft schweben wie zum Beispiel Bella, seine geliebte erste Frau, die er im Ölbild „Der Spaziergang“ allerdings fest an der hoch emporgereckten Hand hält.

Marc Chagall (1887–1985) wird zurzeit eine – in Zusammenarbeit mit der Tate Liverpool zustandegekommene – Ausstellung im Kunsthaus Zürich gewidmet, das auch über eine eigene Abteilung mit Arbeiten des malenden Poeten verfügt. Er hat magisch-verträumte Szenen ersonnen und blieb fast immer figurativ. Die nicht chronologisch, sondern nach stilistischen Gesichtspunkten aufgebaute Präsentation umfasst 90 Gemälde und zusätzliche Arbeiten auf Papier primär aus dem Frühwerk des Künstlers. Hinzu kommen die Entwürfe für die Wandbilder, die er 1920 für das jüdische Theater in Moskau malte. Chagall wird in Zürich in all seiner Vielseitigkeit zugleich als Meister der Moderne gewürdigt mit Ausblicken auf sein Spätwerk.

Andere Maler hatten Frauen, Chagall hatte Katzen als Musen

Die prägenden Jahre des von Rembrandt stark inspirierten Künstlers, der im weißrussischen Witebsk geboren wurde und im südfranzösischen Saint-Paul-de-Vence starb, umfassten den Zeitraum von 1911 bis 1922. Die Stationen sind Paris, wo er nachhaltig wirkende Inspirationen erfuhr, Berlin (hier stellte er 1914 in Herwarth Waldens Galerie „Der Sturm“ aus) und Witebsk, sein von ihm stets im Herzen bewahrter Heimatort, den er 1922 verließ. Marc Chagall malte Themen des einfachen Lebens, die für ihn große Bedeutsamkeit hatten, wie zum Beispiel die Geburt eines Kindes. Auffallend an vielen seiner farbintensiven Bilder ist die Vorliebe für die Natur, in der er sich oft als quer liegende Vordergrundfigur verewigt, aber auch seine Sympathie für Tiere und Musikanten. Ein wiederkehrendes Motiv ist der Geiger, denn Tanz und Musik galten ihm als Möglichkeit, mit Gott zu kommunizieren. Häufig integriert der Künstler Blumensträuße in seine Bilder, und die Katze scheint er als seine Muse empfunden zu haben. In dem Gemälde „Paris durch ein Fenster gesehen“ mit einer von Delaunay inspirierten Mischung aus Außen- und Innensicht integrierte er einen Stubentiger mit menschlichen Zügen. Man kann in den Bildern lesen wie in einem Buch voller Überraschungen und immer neu zu entdeckender Schönheiten.

In den verschiedenen Sektionen der Ausstellung lassen sich Chagalls Inspirationen unschwer verfolgen, angefangen bei den prismatischen Bildern des Kubismus über den „Farbensturm“, den der Orphismus bei ihm auslöste, bis zu seiner kurzen Bekanntschaft mit dem Suprematismus und seinem Interesse für das Theater. Chagalls Bemühung, in seinen Bildern ein harmonisches Bild der Schöpfung zu vermitteln, wird in der Ausstellung überzeugend demonstriert. Sie läuft im Kunsthaus Zürich noch bis zum 12. Mai. *Heide Seele*



Moderne Szenen aus dem urtümlichen weißrussischen Schtetl: In seinen Ölgemälden wie „Ich und das Dorf“ von 1911 verarbeitete Chagall seine Kindheitserinnerungen auf expressionistisch-kubistische Weise Bild: Kunsthaus/ProLitteris, Zürich

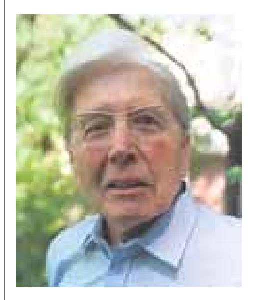
Porträt

Dickschädel aus Schwaben

Als Hermann Lenz literarisch entdeckt wurde, war der Schriftsteller bereits 60 Jahre alt. Zu verdanken hatte er die Entdekkung einem jüngeren Kollegen, der bis dahin schon weit mehr Lorbeeren eingesammelt hatte: Peter Handke feierte 1973 in einem Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ den Stuttgarter Autor geradezu euphorisch.

Handke fühlte sich „kaum jemals so geborgen“ wie in den Büchern von Lenz, der am 26. Februar 1913 geboren wurde. Das sagte ausgerechnet einer, der von der Gruppe 47 regelrecht hofiert wurde, während Lenz dort selbst so etwas wie ein traumatisches Erlebnis hatte. 1951 erhielt er dort eine regelrechte Abfuhr, als er aus dem Roman „Der innere Bezirk“ las. Lenz lag einfach nicht auf der zeitgeistigen Linie der Gruppe, die sich mit der Kriegs- und Nachkriegszeit kritisch auseinandersetzen wollte.

Wo sich Autoren wie Ilse Aichinger, Heinrich Böll oder Wolfgang Hildesheimer die Elterngeneration als Zielscheibe vornahmen, suchte Lenz versöhnlichere Töne. Allein der Titel „Innerer Bezirk“ deutete den Rückzug in die Selbstreflexion und in eine der Realität abgewandte Traumwelt an. In der Folge fanden sich für Lenz’ Werke stets nur wenige hundert Käufer.



Vor 100 Jahren geboren: Hermann Lenz Bild: Archiv

Dabei hätte Lenz es sich einfach machen und nur seine Kriegserlebnisse schildern können. 1941 stand er mit einer Infanterie-Einheit vor dem Kessel von Stalingrad. Er entkam der Katastrophe, wurde nach Frankreich beordert und kam dort in US-amerikanische Kriegsgefangenschaft. Teile dieser Autobiographie baute er in sein Hauptwerk ein, einem zwischen 1966 und 1997 erschienenen zehnbändigen Romanzyklus um die Figur Eugen Rapp, die einen Alter Ego von Lenz darstellt. Darin erfährt der Leser, was den jungen Autor sein Leben lang geprägt hat: der geistige Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der ihn in Innenwelten flüchten ließ. Er sei ein „schwäbischer Dickschädel“, sagte er.

Genau dieses wird es gewesen sein, das Handke in seinem väterlichen Freund Lenz einen Seelenverwandten sah. Ausgerechnet in den politisch hochbrisanten 70er Jahren wurde ein sturer Vertreter der Innerlichkeit en vogue. Jetzt trat Handkes Verleger Suhrkamp auf den Plan und veröffentlichte die Bücher von Lenz. Ein Geheimtipp ist der 1998 in München gestorbene Autor trotz zahlreicher Auszeichnungen wie dem Büchnerpreis oder dem Bayerischen Verdienstorden bis heute geblieben. Und das, obwohl er nicht den Bekanntheitsgrad besitzt wie der in Livland geborene Klassiker und Dramatiker Jakob Michael Reinhold Lenz (1751–1792) oder der aus Ostpreußen stammende norddeutsche Erzähler Siegfried Lenz. *tws*

So viel Autonomie wie möglich

Wie die Alliierten versuchten, Litauens Souveränität über das Memelland zu beschränken

Die Entscheidung der Botschafterkonferenz der Alliierten und Assoziierten Hauptmächte vom 16. Februar 1923, Litauen die Souveränität über das Memelland zu übertragen, löste in dem jungen baltischen Staat ein starkes Siegesgefühl aus. Mit dem gelungenen Coup konnte quasi der Verlust des Wilna-Gebietes an Polen wettgemacht werden. Weniger Freude lösten in dem Land hingegen die mit der Souveränitätsübertragung verbundenen Auflagen aus.

Vier Tage nach dem Beschluss der Botschafterkonferenz stimmte die litauische Regierung diesem zunächst zu, dann hüllte sie sich in Schweigen. Erst auf ein Ultimatum der Botschafterkonferenz vom 7. März erklärte der litauische Außenminister Ernst Galvanauskas den Beschluss – vermutlich wegen der mit der Souveränitätsübertragung verbundenen Auflagen – für unannehmbar, lenkte aber vor der Drohung ein, jeden Akt für null und nichtig zu erklären, der ohne Zustimmung der Konferenz geschehe. Am 7. Mai verkündete Galvanauskas in Memel die Autonomie des Gebiets. Die Botschafterkonferenz machte diesen Schritt jedoch ungültig und erkannte das Recht, die Autonomie zu verleihen, nur sich selbst zu, was einen Tag später auch geschah.

Zum Streitpunkt entwickelte sich die konsequente Forderung der Alliierten, Polen im Memeler Hafen Sonderrechte einzuräumen. Dagegen wehrte sich die litauische Regierung vehement. Letztendlich wurde die Streitsache vor den Völkerbund getragen, der im Februar 1924 die „Davis-Kommission“ nach Memel entsandte, welche sich gegen die Gewährung von polnischen Sonderrechten aussprach.



Demokratisch legitimiert und (deshalb) deutsch geprägt: Der Memelländische Landtag

Nach dieser Entscheidung war der Weg frei, dass die alliierten Großmächte Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan mit Litauen am 8. Mai 1924 die „Konvention über das Memelgebiet“ unterzeichnen konnten. Den ersten von drei Anhängen bildete dabei das „Statut des Memelgebiets“, das die Republik Litauen in Kraft zu setzen hatte. Sein Absatz 1 enthielt die Verpflichtung, in „Verwirklichung des weisen Entschlusses, dem Memelgebiet Autonomie zu gewähren und die überlieferten Rechte und die Kultur seiner Bewohner zu sichern, ... dem Memelgebiet eine Verfassung einer autonomen Einheit zu gewähren“.

Litauens Souveränität über das Gebiet wurde nun vor allem durch einen Gouverneur ausgeübt, der vom litauischen Präsidenten ernannt wurde und seinerseits den Präsidenten der Memelländischen Regierung (Landesdirektorium) ernannte, der wiederum vom Vertrauen des gewählten Memelländischen Landtags abhängig war, in dem stets die deutschorientierten Parteien die Mehrheit besaßen.

Als Vertreter des Deutschen Reiches fungierte das deutsche Generalkonsulat in Memel, mit dem unter anderem Gesetzgebungsverfahren des Memelländischen Landtags abgestimmt wurden, da beide an einer weitgehenden Rechtsgleichheit zwischen Reich und Memelland interessiert waren. Diese ganze Konstellation führte zu einem beständigen Machtkampf zwischen dem litauisch orientierten Gouverneur, dem deutschorientierten Landtag und dem zwischen beiden stehenden Regierungschef des Memellandes.

Als Resümee ist zu konstatieren, dass der Bevölkerung des Memelgebiets eine Volksabstimmung, wie sie 1920 unter anderem in den anderen ostpreußischen Grenzgebieten durchgeführt wurde, letztlich sogar ihr Selbstbestimmungsrecht versagt blieb. Die weitere Entwicklung der Lage im Memelgebiet entsprach zweifelsohne nicht dem Zustand, den die Verfasser des Statuts für notwendig gehalten hatten, um die verschiedenen Interessen in Übereinstimmung zu bringen.

Festzuhalten gilt es ferner, dass im Jahre 1923 die Vertreter der Großmächte der Überzeugung waren, dass die wahren Interessen des Memelgebiets die Errichtung eines Freistaates unter internationaler Garantie nach dem Beispiel Danzigs erforderten, und dass man, nachdem dieses Regime aus politischen Gründen oder genauer wegen des litauischen Gewaltstreichs nicht mehr eingeführt werden konnte, dem Gebiet zumindest eine möglichst weitgehende Autonomie sichern müsse.

> Noch immer wird in Memel die Besetzung als »Aufstand« gefeiert

Schließlich ist festzustellen, dass der litauischen Annexion des Memellandes eine litauische Besetzung des Memellandes vorausgegangen ist. Obwohl der entsprechende streng geheime Befehl vom 6. Januar 1923 an die Sondereinheit nur persönlich und gegen schriftliche Bestätigung ausgehändigt wurde, informierte der besorgte Gouverneur und Oberkommissar der Signatarmächte des Versailler Vertrages Gabriel Petisné Paris bereits am 7. Januar, dass die Litauer demnächst in Memel losschlagen werden. Ein Dokument des französischen Außenministeriums vom 19. Januar, das aus polnischen Quellen stammt, wiederholt die an die Sondereinheit gegebenen Befehle wortwörtlich. Nachzulesen ist das in Isabelle Chandavoines 2003 in Wilna erschienenem Buch „Les Français á Klaipeda et après (1920–1939)“. Einen Tag vor dem Einmarsch informierte der polnische Gesandte in Riga, Jodko-Narkiewicz, das polnische Außenministerium lakonisch: „Die Litauer sind bereit, Memel anzugreifen. Morgen soll es losgehen“. Und am 8. März benennt eine Information des polnischen Generalstabs ganz genau die am „Aufstand“ beteiligten Truppen.

Seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs haben Historiker in Deutschland und Litauen die wahre Entwicklung und ihre Hintergründe anhand von Originaldokumenten weitestgehend rekonstruiert und auch publiziert. Es ist bekannt, dass selbst von der Minderheit der sogenannten Kleinlitauer im Memelland 1923 nicht einmal alle für einen Anschluss an Großlitauen eingetreten sind und die Initiative zum Einmarsch von Kaunas (Kowno) ausgegangen ist, es sich nachweislich eben nicht um einen autochthonen Aufstand gehandelt hat, wie weiland von der Republik Litauen behauptet. Und dennoch wird für dieses Jahr nach Memel zu einer Gedenkveranstaltung aufgerufen in Erinnerung an den „Aufstand im Januar 1923“.

Hans-Jörg Froese

Der Unpreußischste

Vor 300 Jahren starb mit Friedrich I. der erste der Preußenkönige

„Mehr sein als scheinen“, lautet die Devise der Preußen. „Mehr scheinen als sein“, war das gelebte Motto des ersten preußischen Königs. Keiner der nachfolgenden Preußenkönige war derart unpreußisch wie Friedrich I. So entwickelt sich denn auch das Bild dieses 1657 in Königsberg geborenen und ab dem Tode seines Vaters, des Großen Kurfürsten, im Jahre 1688 regierenden Hohenzollern in der Geschichtsschreibung diametral zu dem Preußens. Solange Preußen Großmacht war, war das Bild Friedrichs I. düster. Seitdem jedoch der preußische Staat aufgelöst worden ist und preußische Tugenden wie Anstand, Sparsamkeit und Bescheidenheit nicht mehr hoch im Kurs stehen, werden positive Seiten an Friedrich I. entdeckt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt und einen Zusammenhang sieht.

Unbestritten dürfte sein, dass Friedrich I. verschwenderisch, nachsichtig gegenüber Korruption, labil und eitel war. Zielstrebigkeit zeigte er nur in einem, dem Streben nach der Rangerhebung seines Herzogtums Preußen in ein Königreich. Früher wurde dieses nur als Ausdruck seiner Eitelkeit gewertet, einer ebenso unpreußischen Untugend wie seine Prunksucht, die seinen Staat überforderte und an den Rand des ökonomischen Kollapses führte. In Nachkriegsdeutschland zeigt man sich nachsichtiger. Zur Verteidigung wird gerne angeführt, dass auch andere Herrscher seiner Zeit nach Königskronen strebten. Der sächsische Kurfürst August der Starke errang 1697 die polnische Königskrone und der hannoversche Kurfürst Georg Ludwig 1714 die englische. Da scheint es nicht verwunderlich, dass scheinbar analog der brandenburgische Kurfürst nach der preußischen Königskrone griff. Dabei bleibt nur ein wichtiger Unterschied unberücksichtigt: An der polnischen wie der englischen Krone hing ein ganzes Königreich an Machtgewinn, an der preußischen hingegen kein einziger Quadratmeter, denn dank seines Vaters



König Friedrich I. Bild: Archiv

und Vorgängers war Friedrich auch schon vor der Königskrönung von 1701 souveräner Herrscher in Preußen gewesen, nur eben als Herzog statt als König.

Gerne wird zur Verteidigung Friedrichs ein unterstellter Prestigegewinn Preußens angeführt. Allerdings wirkt Schein unfreiwillig komisch, wenn der Gegensatz zum Sein zu groß ist. So ist überliefert, dass weder seine Ehefrau noch sein Sohn die Selbstkrönung des Ehemannes und Vaters sonderlich ernst nahmen. Und damit standen sie nicht allein. Erschwerend kam hinzu, dass Friedrich ja noch nicht einmal König von, sondern nur in etwas war. Das lag daran, dass es neben dem Preußen der Hohenzollern auch noch das des polnischen Königs gab. Diese Einschränkung fiel erst zwei Generationen später unter Friedrich dem Großen mit dem Gewinn des späteren Westpreußen als Folge der sogenannten Ersten Teilung Polens von 1772 weg.

Zwei Vorteile des neuen Königtums seien hier aber auch genannt. Da ist zum einen die Kehrseite der königlichen Prunksucht in Form der Förderung der Künste, vor allem der Baukunst. Und da ist zum anderen, dass aus Prestigegründen nun fast nichts mehr "nur" kurfürstlich-brandenburgisch sein durfte, sondern so viel wie möglich königlich-preußisch. Das war ein wichtiger Schritt zur Verschmelzung des Kurfürstentums Brandenburg und des Herzogtums Preußen zum Königreich Preußen.

Für die Rangerhöhung seines Souveräns zahlte der Hohenzollernstaat jedoch einen hohen Preis, indem jener sich gegenüber Wien verpflichtete, die Habsburger mit Tausenden Soldaten, Geld und seinem Stimmrecht als Kurfürst zu unterstützen. Abgesehen von der moralischen Beurteilung dieses sogenannten Kronkontraktes stellt sich die Frage, ob der mit diesem Verzicht auf Menschen, Geld und Entscheidungsfreiheit verbundene Machtverlust den unterstellten Prestigegewinn wert war.

M.R.

Der »Vielgeliebte«

Der Ehemann der Lieblingsschwester Friedrichs des Großen

Er ist fröhlich und angenehm in der Unterhaltung, obwohl er eine Mühe hat, sich verständlich zu machen, weil er nuschelt. Er hat eine leichte Auffassungsgabe und einen durchdringenden Verstand. Seine Herzensgüte verschafft ihm Zugang aller, die ihn näher kennen. Er ist großmütig hilfsbereit, mitfühlend, höflich, zuvorkommend, immer gut gelaunt, kurz, er besitzt alle Tugenden ohne jedes Laster. Die einzige Schwäche, die ich an ihm gefunden habe, ist ein wenig Leichtsinn.“

Diese Einschätzung stammt aus den Memoiren der Lieblingsschwester Friedrichs des Großen, Wilhelmine. Das Urteil bezieht sich auf ihren Ehemann, den Markgrafen des Fürstentums Bayreuth aus einer Nebenlinie der fränkischen Hohenzollern Friedrich III. von Brandenburg-Bayreuth. Für die von Wilhelmine gelobte „Herzensgüte“ spricht auch die Bezeichnung „Vielgeliebter“ des auch beim einfachen Volke beliebten Herrschers.

Diese Eigenschaft war jedoch nicht die einzige, die Friedrich auszeichnete. Wenn man nach dem „greisen Kaiser“ Wilhelm I. und dem „weisen Kaiser“ Friedrich III. von Wilhelm II. als dem „Reisekaiser“ sprach, dann könnte man Friedrich als den Reisemarkgrafen bezeichnen. So hat der am 10. Mai 1711 im heute zu Sachsen-Anhalt gehörenden Weferlingen geborene Hohenzoller wohl erst mit 20 Jahren Bayreuth erstmals besucht. Studiert hat der Calvinist in Genf, das damals den Ruf einer reformierten Bildungsmetropole genoss. Dem Studium schloss sich eine längere Bildungsreise an, die ihn nach Frankreich und den Niederlanden führte. Über Bayreuth, Hof und Leipzig reiste er 1731 nach Potsdam weiter, wo er im selben Jahr Wilhelmine heiratete.

Es handelte sich um eine politische Heirat. Wilhelmines Vater, Friedrich Wilhelm I., hatte sich gezwungen gesehen, den Schönber-



Markgraf Friedrich III. Bild: Archiv

ger Vertrag aufzugeben, der Preußen in den Besitz Bayreuths gebracht hätte. Durch die Verheiratung seiner Tochter mit dem ältesten Sohn des Souveräns Bayreuths wahrte er sich die Chance, wenigstens indirekt auf das weitere Schicksal des Fürstentums Einfluss nehmen zu können.

Um zu verhindern, dass die willensstarke Preußenprinzessin über ihren zwar gebildeten, aber als eher weich geltenden Ehemann Einfluss auf die Politik Bayreuths nahm, fiel ihrem Schwiegervater, Markgraf Georg Friedrich Karl, nichts Besseres ein, als seinen Sohn möglichst lange von den Regierungsgeschäften fern zu halten. Entsprechend unvorbereitet auf sein Amt traf Friedrich der Tod seines Vaters 1735.

Die nun folgenden Jahrzehnte sind vor allem geprägt durch eine umfangreiche Bautätigkeit des neuen Herrscherpaares, die sogar mit dem Bayreuther Rokoko stilbildend wirkte. Die Residenzstadt Bayreuth erlebte eine kulturelle Blüte. Über die Baukunst hinaus wandte sich der Markgraf auch anderen Künsten und der Wissenschaft zu. So entstand in seiner Regierungszeit nicht nur das Markgräfliche Opernhaus, sondern auch eine Landesuniversität, die heutige Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Nach dem Tode Wilhelmines 1758 heiratete Friedrich Sophie Caroline Marie von Braunschweig-Wolfenbüttel. Diese Ehe blieb kinderlos. Aus der Ehe Friedrichs mit Wilhelmine ging zwar eine Tochter hervor, aber kein Sohn, so dass die aus politischen Gründen geschlossene Ehe nicht zu einem Abkömmling des „Soldatenkönigs“ an der Spitze Bayreuths geführt hat. Außenpolitisch bemühte sich Friedrich um Neutralität und eine Mittlerrolle zwischen Friedrich dem Großen und dessen zahlreichen Gegnern. Der Markgraf starb kurz nach der Beendigung des letzten der Schlesischen Kriege seines preußischen Schwagers am 26. Februar 1763.

Manuel Ruoff

»Der letzte große Preuße«

Kein deutscher Offizier wurde so oft in den Ruhestand versetzt und wieder reaktiviert wie Gerd von Rundstedt

Als der Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt vor 60 Jahren zu Grabe getragen wurde, sprach der Geistliche in seiner Trauerrede von der Beisetzung „des letzten großen Preußen“. Dessen Karriere weist eine Besonderheit auf: Nicht nur, dass er die Spitze des Olymps militärischer Führung erklommen hat, wohl kein deutscher Offizier wurde so oft in den Ruhestand versetzt und wieder reaktiviert wie er.

Der Militärdienst hatte in der über 800-jährigen Geschichte der Junkerfamilie von Rundstedt Tradition. So kam auch für den am 12. Dezember 1875 in Aschersleben in der preußischen Provinz Sachsen geborenen Gerd von Rundstedt nie ein anderer als der Soldatenberuf in Frage. Seiner Berufung folgend, wurde er Zögling der Oraniensteiner Kadettenanstalt in Diez an der Lahn und wechselte von dort auf die Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde, die er 1892 mit der Primarreife verließ. Anschließend trat er als Fähnrich in ein Infanterieregiment in Kassel ein, besuchte die Kriegsschule in Hannover, diente zehn Jahre in unterschiedlichen Truppenverwendungen und absolvierte die Ausbildung zum Generalstabsoffizier. Rundstedt verkörperte den typischen Generalstäbler in der von Helmuth von Moltke geprägten Tradition. Seine Vorgesetzten bescheinigtem ihm neben militärischen Fähigkeiten Fleiß, Enthusiasmus, Takt und Reserviertheit. Allerdings zeigte er auch Eigenschaften eines preußischen Offiziers, die häufig in Karikaturen aufs Korn genommen wurden: Er galt als betont standesbewusst und hochmütig.

Während des Ersten Weltkriegs bewährte sich der Major als Generalstabsoffizier an der West- wie an der Ostfront sowie in der Türkei und in Wien, wo er heikle Missionen auf dem schwierigen Feld der Militärdiplomatie mit Bravour meisterte. Nach dem Untergang des Kaiserreichs wurde Rundstedt in die Reichswehr übernommen, in der er innerhalb von nur neun Jahren vom Major bis zum Generalleutnant avancierte. Zu seinem großen Missfallen wurden jedoch immer wieder dienstjüngere Kameraden bei der Besetzung von Spitzenstellungen bevorzugt, was erst 1932 mit seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber des vier Wehrkreise umfassenden Gruppenkommando I in Berlin geheilt wurde. Damals 57 Jahre alt, war Rundstedt der dienstälteste aktive deutsche Offizier, so dass er sich „Erster Soldat des Heeres“ nennen durfte.

Den Machtwechsel 1933 nahm er teilnahmslos zur Kenntnis, galt für ihn doch eine politische Positionierung als mit dem Soldatenberuf unvereinbar. Kameraden, die sogleich auf die neue politische Linie einschwenkten und sich dadurch in Berlin für höhere militärische Weihen empfahlen, lehnte er als überehrgeizige und opportunistische Karrieristen ab. Nachdem er in 46 Dienstjahren mehrfach bei Beförderungen und Stellenbesetzungen übergangen worden war, reichte er Anfang 1938 seinen Abschied ein, den er nach der Beförderung zum Generaloberst jedoch wieder zurück nahm. Ende des Jahres trat er dann doch in den Ruhestand, der allerdings nur von kurzer Dauer war.

> Er begab sich nie an die Front, sondern führte von hinten von seinem Hauptquartier aus

Im April 1939 wurde er reaktiviert und als Chef eines geheimen Arbeitsstabes damit beauftragt, eine Operation gegen Polen zu planen.

Am 1. September 1939 wurde er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, mit der er das Zentrum der polnischen Streitkräfte umging und durch diese Zangenbewegung den Gegner innerhalb von vier Wochen besiegte. Konsequent praktizierte er schon hier den Führungsstil, der für ihn den ganzen Krieg über typisch blieb. Er begab sich nie an die Front, sondern führte von hinten von seinem Hauptquartier aus. Operative Details interessierten ihn nicht und er übertrug alles, was nicht von strategischer Bedeutung war, seinem Stab. Im Westfeldzug 1940 befehligte er die Heeresgruppe A, deren Panzerkräfte er durch die Ardennen bis zur Kanalküste angreifen ließ, wodurch ihm erneut eine Umklammerung des Gegners gelang. Dessen Vernichtung zum Greifen nahe, befahl Adolf Hitler ihm bei Dünkirchen Halt, so dass das Gros der britischen Expeditionsstreitkräfte über den Kanal entkommen konnte. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Rundstedt am 19. Juli 1940 zum Generalfeldmarschall befördert.

Den Feldzug gegen die Sowjetunion 1941 erlebte er als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd. Seine Truppen überrannten die Krim und das Donezbecken und stießen bis an den Don vor. Anfang November befahl Hitler die Einnahme von Rostow, das als „Tor zum Kaukasus“ indes weniger militärische als symbolische Bedeutung für den Erfolg des Feldzuges hatte. Angesichts der erbitterten sowjetischen Gegenangriffe schlug Rundstedt vor, sich zurückzuziehen und für den Winter einzugraben – ohne Erfolg. Schließlich befahl er eigenmächtig den Rückzug, woraufhin er abberufen wurde. Dies war einer der wenigen Fälle, in denen Rundstedt sich nicht als „gehorsamer Diener seines Führers“ erwies. Hitler, den er abfällig als den „böhmischen Gefreiten“ titulierte, verachtete er. Dennoch wäre es ihm nie in den Sinn gekommen, den Willen seines Obersten Befehlshabers nicht umzusetzen oder gar gegen ihn zu opponieren. Alles andere wäre „ganz gemeiner, nackter Verrat“ gewesen, rechtfertigte er sich nach dem Krieg im Zeugenstand in Nürnberg. Man müsse, falls erforderlich, der Führung vorschlagen, wie ein Auftrag wirksamer durchgeführt werden könne, allerdings dürfe man einem Vorgesetzten niemals sagen, dass das, was er macht, falsch sei.

Um dem Eindruck einer Führungskrise entgegenzuwirken, holte Hitler ihn im März 1942 aus dem Ruhestand zurück und ernannte ihn zum Oberbefehlshaber West, ein zwar repräsentativer aber militärisch relativ unbedeutender Posten. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten bei der Abwehr einer alliierten Landung in Frankreich gab er sich keinen Illusionen hin. Als es nach der Invasion zwischen ihm und dem Führerhauptquartier zu Auseinandersetzungen über die Verteidigungsmaßnahmen kam, bat er entnervt um seinen Abschied und erklärte, nie wieder ein militärisches Kommando zu übernehmen. Überliefert ist ein Telefongespräch Rundstedts mit Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, vom gleichen Tag, in dem Rundstedt diesem schwere Vorhaltungen machte. Rundstedts Antwort auf Keitels angesichts der kritischen militärischen Lage verzweifelte Frage „Was können wir machen?“: „Schluss machen, ihr Idioten. Was wollt ihr denn sonst noch machen?“

Im August 1944 ernannte Hitler den „Senior-Offizier“ der Wehrmacht zum Vorsitzenden des Ehrengerichts, das die an der Verschwörung vom 20. Juli beteiligten Offiziere aus der Wehrmacht ausschloss und sie damit dem Volksgerichtshof auslieferte – eine Aufgabe, die ihm selbst nicht zur Ehre gereichen sollte. Dennoch nahm Rundstedt sie aus einem ihm selbstverständlich erscheinenden Gehorsam an. Der Vorwurf, er habe dies aus Karrierestreben getan, entbehrt jeder Grundlage. Denn zu diesem Zeitpunkt befand Rundstedt sich schon lange im Pensionsalter und hatte alles erreicht, was ein Berufssoldat erreichen kann.



Bild: BpK

„Erster Soldat des Heeres“: Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt

Anfang September rief Hitler ihn auf seinen alten Posten als Oberbefehlshaber West zurück. Vergessen war Rundstedts Schwur, nie wieder ein Kommando zu übernehmen. Stattdessen versicherte er seinem Obersten Befehlshaber, was immer dieser ihm befehle, werde er „bis zum letzten Atemzug“ erfüllen. Bei der Führung der Ardennenoffensive stellte er erneut sein großes strategisches Geschick unter Beweis. Selbst die US-amerikanische Zeitschrift „Life“ erwies ihm ihre Reverenz, indem sie ihn als „der Wehrmacht besten General, den bei weitem größten der preußischen Meister“ bezeichnete. Nachdem er keine weiteren Erfolge mehr erringen konnte, schickte Hitler den nunmehr 70-Jährigen am 11. März 1945 endgültig in den Ruhestand.

Kränkelnd und gebrechlich, geriet Rundstedt in westalliierte Gefangenschaft. Da er nachweisen konnte, dass er nie an herausragender Stelle an der Kriegsplanung beteiligt gewesen war, blieb ihm eine Anklage als Hauptkriegsverbrecher erspart. Allerdings wurde von der alliierten Anklagebehörde Material zusammengetragen, das ihn belastete. Dabei ging es hauptsächlich um die Erschießung gefangengenommener sowjetischer Politkommissare und die Auslieferung britischer Kommandosoldaten an die Gestapo in seinem Befehlsbereich. Bevor jedoch über eine Anklage entschieden war, wurde er im Mai 1949 aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Dies war allerdings weniger ein Akt der Milde als politisches Kalkül. In britischer Gefangenschaft waren bereits vier deutsche Generalfeldmarschälle gestorben und in London wurde befürchtet, dass Rundstedts Tod in Gefangenschaft zu einer antibritischen Stimmung in der Bundesrepublik führen und dadurch den westdeutschen Verteidigungsbeitrag gefährden könnte. Diese Sorge war nicht unbegründet, denn der „Erste Soldat des Heeres“ wurde von vielen ehemaligen Soldaten, die man demnächst für die neuen deutschen Streitkräfte benötigen würde, noch immer als höchste militärische Autorität angesehen.

Ob der „letzte große Preuße“ sein Handeln jemals kritisch reflektiert hat, ist unbekannt, denn er hat sich nie dazu geäußert. Zweifellos verkörperte Rundstedt die preußischen Tugenden Gehorsam und Treue, allerdings gibt er auch ein Beispiel dafür, wie diese gerade nicht bis ins Extreme gelebt werden sollten, nämlich nicht als bedingungslose Unterordnung unter die Obrigkeit, den sprichwörtlichen Kadavergehorsam. Rundstedt starb am 24. Februar 1953 in Hannover.

Jan Heitmann

Arbeitspferd der Transportflieger

Die Transall C-160 war die erste Großflugzeug-Entwicklung mit bundesdeutscher Beteiligung

Der Startschuss für die Entwicklung der Transall C-160 fiel im Dezember 1958. Damals beschlossen die Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs den Bau eines mittleren, taktischen Transportflugzeuges.

Der Name „Transall“ steht für den Hersteller Transporter Allianz, eine Arbeitsgemeinschaft aus den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) in Bremen, der Hamburger Flugzeugbau (HFB) und Nord Aviation im französischen Chatillon-sous-Bogneux. Federführend in der Transporter-Allianz war VFW. Für die deutschen Unternehmen war es die erste Großflugzeug-Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Alle drei Firmen gehören heute zum EADS-Konzern, die neben Komponenten für die Airbus-Familie auch Teile für den neuen Großtransporter A400M. Das „C“ steht für Cargo oder Fracht, die Zahl „160“ für die 160 Quadratmeter Flügelfläche der Transall. Bei der Truppe wurde aus dem Namen Transall schnell die Kurzform „Trall“.

Frankreich forderte eine große Reichweite, die Bundesrepublik kurze Start- und Landestrecken, Absetzfähigkeit von großen Lasten auch im Tiefflug und einen Laderaumquerschnitt, der auch für Fahrzeuge ausreicht. Außerdem sollte das neue Flugzeug auch Behelfsflugplätze wie Straßen oder notdürftig befestigte Grasnarben nutzen können.

Die erste Attrappe des neuen Transporters war 1961 fertig. Zwei Jahre später, am 25. Februar 1963, startete der erste Prototyp im französischen Melun zu seinem Jungfernflug. Die Luftwaffe erhielt 110 Flugzeuge, von denen sie später 20 Maschinen an die Türkei abgab. Frankreich kaufte zunächst 50 Flugzeuge und legte in den 80er Jahren eine Serie Transall NG (Nouvelle Génération) auf. Südafrika beschaffte neun Maschinen. Inzwischen fliegen Transall NG auch bei der indonesischen Luftwaffe.

Offiziell erhielt die Luftwaffe die erste Transall am 26. April 1968 auf dem Fliegerhorst Ahlhorn.



Deutsch-französische Koproduktion: Transall C-160 Bild: Archiv

Nach und nach ersetzten sie bei den drei Transportgeschwadern die ältere Nord 2501 „Noratlas“.

Die Transall transportiert Frachtgut, also Container, Fahrzeuge wie einen Unimog oder den Luftlandepanzer „Wiesel“, kleine Hubschrauber oder aber bis zu 93 Personen. Rüstsätze erlauben inzwischen den Einsatz als Feuerlöschflugzeug oder bei MedEvac (Medical Evacuation), dem Ausfliegen Verwundeter. Mitte der 90er Jahre erhielt das Flugzeug ein neues autonomes Navigationssystem mit einem Trägheitskompass und GPS. Viele Maschinen sind außerdem mit einer elektronischen Selbstschutzanlage gegen Flugabwehrraketen ausgestattet.

Der reine Kampfzonen-Transporter wurde schnell zum Arbeitspferd der Transportflieger. Die Transalls der Luftwaffe flogen und fliegen überall dort, wo die Bundeswehr im Einsatz ist. So unterstützen zurzeit zwei C-160 den internationalen Einsatz in Mali. Sie transportieren Soldaten und Nachschub für die westafrikanischen Einsatztruppen. Von Anfang an gehörten Auslandseinsätze zu den Aufgaben der Transportflieger. Sie versorgten Truppenkontingente im Ausland wie die deutschen Ausbildungseinrichtungen in den USA, aber auch übende Verbände in anderen Nato-Ländern. Sie brachten Hilfsgüter in Katastrophengebiete in aller Welt, ob 1968 und 1969 während der Nachwehen des Biafra-Krieges in Nigeria, während der sich wiederholenden Hungersnöten in der Sahelzone, nach Erdbeben in Pakistan, nach Überflutungskatastrophen in Bangladesh oder bei der Luftbrücke ins belagerte Sarajewo. Transalls waren auch am bisher weitesten deutschen Auslandseinsatz beteiligt, als 1999 zwei MedEvac-Maschinen vom australischen Darwin aus das Uno-Kontingent auf Ost-Timor unterstützten. Auch die Versorgung deutscher Truppenkontingente auf dem Balkan oder in Afghanistan kommt ohne die „Trall“ nicht aus.

Wegen der Einsparungen der letzten Jahre sind die Transportflieger auf zwei Geschwader zusammengeschmolzen, bald wird es nur noch eins sein. Nach vielen Verzögerungen soll nun endlich der größere A400M die Nachfolge antreten. Aber die betagte „Trall“ ist nicht nur Teil der deutschen und europäischen Luftfahrtgeschichte. Viele Menschen in aller Welt verbinden mit dem Eisernen Kreuz die Rettung aus existentieller Not. Dass Deutschland so hohes Ansehen genießt, ist nicht zuletzt den unermüdlichen Hilfsflügen der Transportflieger zu verdanken.

Friedrich List

Die Hosen voll

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Wir leben in Argentinien und besuchen jährlich Deutschland. Bei jedem Besuch sind wir erstaunter, wie sehr die Überfremdung zunimmt. Unsere Freunde und Verwandte sehen das auch, aber sie wagen nur Kommentare hinter vorgehaltener Hand.

Ich will ja keine NPD heraufbeschwören, aber gibt es denn in keiner der etablierten Parteien eine Bewegung, die sich für eine rationale Einwanderungspolitik einsetzt, die weitere Moscheen verhindert sowie für klare Richtlinien und Verhaltensweisen für Ausländer sorgt? Wenn das nicht passiert, dann muss man sich nicht wundern, wenn die kahlgeschorenen Rabauken immer mehr Zulauf finden.

Ich finde, die Deutschen müssen endlich aufwachen und das Maul aufreißen, selbst auf die Gefahr hin, als Nazis, Fremdenhasser oder Rassisten gebrandmarkt zu werden. Aber ich sehe schwarz, die Deutschen haben die Hosen voll. **Jürgen Linder, Buenos Aires/Argentinien**

Kinder sind keine Ersatzlehrer

Zu: „Ideologie auf Kosten der Kleinen“ (Nr. 6)

Wir verlangen von unseren Kindern, was wir selbst nicht bereit sind zu tun. Wie viele Banker wohnen denn Tür an Tür mit Migranten, wie viele Fußballer sind befreundet mit Philosophen, wie viele Dschungelcamp-Gucker gehen Essen mit Wagnerianern?

Auch unsere Kinder sollten wir nicht zu Freundschaften zwingen, die ihnen nicht zusagen. Zudem weist man lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder in Inklusionsklassen ständig auf ihre Gebrechen hin, sie werden selten oder nie zu den Besten gehören. Das kränkt und macht mutlos. Besonders befähigte Kinder aber werden in ihrem Lerneifer ausgebremst, sie werden nicht genügend gefördert oder sogar als „Ersatzlehrer“ missbraucht, was nicht ihre Aufgabe sein sollte.

Deutschland hatte ein ausgezeichnetes Schulsystem, brachte damit im vorigen Jahrhundert viele Nobelpreisträger hervor, und je mehr die Ideologie des gemeinsamen Spaß-Lernens um sich greift, desto mehr Kinder sind nicht mehr des Schreibens mächtig. Es wird Zeit den reformpädagogischen Unsinn von „Kinderfreunden“ wie Hartmut von Hentig, Gerold Becker und anderen zu bekämpfen. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Aus EU-Knebelverträgen befreien

Zu: „Londons Signal an die Völker“ (Nr. 5)

Ich bin als Königsberger den Engländern wegen der Terrorangriffe auf meine Heimatstadt herzlich wenig zugetan. Aber an der Nüchternheit und Rationalität, die sie bei politischen Grundsatzentscheidungen zugrundelegen, könnten wir uns eine Scheibe abschneiden. Es ist bemerkenswert, mit welcher Klarheit Premier Cameron die Fehlentwicklungen in der EU aufzeigt und mit einleuchtenden Argumenten eine Änderung des EU-Vertrags fordert.

In der deutschen Politik gilt stattdessen das Gebot der Europatümelei. Diese erreichte vor einigen Wochen ihren Höhepunkt, als Finanzminister Wolfgang Schäuble, der als einer der Euro-Väter eine große Verantwortung für die Entstehung der Euro-Krise trägt, just zu diesem Zeitpunkt die Äußerung von sich gab, jetzt müsse man mehr Europa wagen. In das gleiche Horn stießen die Euro-Phantasten Martin Schulz, Gert Pöttering und Elmar Brok.

Mit den Engländern und anderen EU-Mitgliedern sollte sich Deutschland gegen die weitere Übertragung von Souveränitätsrechten auf die EU sperren. Es ist keineswegs so, dass die Mehrheit der Deutschen den Wunsch hätte, dass Deutschland in Europa aufgehe. Nicht nur nach meiner Einschätzung ist das mitnichten der Fall. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müssen vor aller Öffentlichkeit zugeben, dass das Land mit den EU-Verträgen in eine Falle getappt ist. Weitere Schritte hin zu einem Vereinten Europa darf es nicht geben.

Deutschland muss sich aus den Fesseln der knebelnden EU-Verträge (Maastricht, Madrid, Schengen) befreien. Die Wähler sind aufgerufen, den Parteien, die für die Fortsetzung der unterwürfigen deutschen Europapolitik stehen, bei den Bundestagswahlen im September eine Abfuhr zu erteilen. **Manfred Lindenau, Steinfurt**

In Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil findet sich in so mancher Klasse kaum noch ein Schüler ohne Migrationshintergrund. Ein Zeichen, dass die Integrationspolitik versagt hat? Bild: Maja Hitij/dapd

Auge um Auge

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Die Lösung ist ganz einfach und kommt aus dem islamischen Lager: Zahn um Zahn und Auge um Auge! Werden die Einheimischen in Europa von islamischen Jugendbanden bedroht und schikaniert, dann haben diese in Europa nichts verloren. Wenn man sie hier behandeln würde, wie sie die Christen in moslemischen Ländern behandeln, dann würden sie hier nicht mehr lange bleiben und würden auch bald von selbst gehen. **Aldo Cerviso, Bünde**

Unfähige Chefs

Zu: „Teure Nieten“ (Nr. 1)

Ganz meiner Meinung. Ich habe früher beim Dornier-Werk in München (damals Daimler zugehörig) an Sitzungen der sogenannten „Heeresleitung“ teilgenommen. Was ich da an „Ich weiß von Nix und außerdem ist jemand anders schuld“ gehört habe, geht auf kein Pergament. Bis mir einmal der Kragen geplatzt ist und ich einem Oberfuzzi gesagt habe, er wüsste genau, dass, wenn er etwas behauptet, es so nicht stimmt. Daraufhin ist er sogar vom Werksleiter angegangen worden.

Der Oberfuzzi hat mich danach versucht zu mobben und beim Grüßen zu ignorieren, aber das hat mich nur amüsiert. Meine Meinung über die Fähigkeiten des Managements ist nach diesen Teilnahmen auf Null geschrumpft. Seither hat sich nichts gebessert (Ausnahmen bestätigen die Regel). Die Firma Dornier ist übrigens geschlossen. **Werner Scholz, München**

Fremde Interessen

Zu: „Den Terror angelockt“ (Nr. 5)

Es kann doch nicht wahr sein, dass Deutschland durch die EU und den Elysee-Vertrag gezwungen wird, sich an den französischen Kolonialkriegen zu beteiligen, um die Pariser Illusion von Größe und Macht gepaart mit wirtschaftlichen Interessen auf dem Boden Afrikas durchzusetzen und absichern zu helfen. Auch ein deutsch-französisches Fußballspiel kann diese Entwicklung nicht beschönigen.

Deutschland muss endlich lernen, eigene Interessen zu formulieren, es darf sich nicht selbst abschaffen – um des lieben Friedens willen, wie oft gesagt wird. Nämlich: Atomstrom werden wir sicherlich auch aus anderen Quellen beziehen können. Im Übrigen sind wir zur Stützung der Wertegemeinschaft unseres amerikanischen Hegemons schon ausreichend militärisch eingespannt worden. **Gerd Manfred Gabler, Lübbecke**

Undankbare Gäste

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Vor vielen, vielen Jahren lebten am baltischen Meer fleißige und tolerante Menschen. Sie betrieben Ackerbau und Viehzucht, waren Jäger und Fischer, betrieben Handel bis in den Orient.

Gastfreundlich waren diese Menschen und weil es in diesem Land etwas besonders Wertvolles gab, den Bernstein, kamen auch zu ihnen Menschen unterschiedlichster Nationen. Man war diesen Gästen gegenüber freundlich und tolerant. Ein jeder konnte seiner Religion nachgehen, sogar eigene heilige Orte errichten.

Weil die Gastgeber aber eine ihnen fremde Religion nicht annehmen mochten, wurden sie als Dank für ihre Toleranz und Freundlichkeit von diesen Gästen erschlagen. Wie sich Geschichte wiederholt! **Joachim Krüger, Berlin**

Eine Lawine überrollt Europa

Zu: „ Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Die beschriebenen Zustände in Malmö finden sich auch hier in fast jeder größeren Stadt. Die Zustände zu thematisieren, wird als Volksverhetzung gebrandmarkt und entsprechend verfolgt. Pausenlos hört man nur etwas vom „Kampf gegen Rechts“. Die Gefängnisse müssten eigentlich überquellen von rechten Gewalttätern.

Wie aber deutlich wird, haben 80 Prozent der Gäste unserer staatlichen Hotels Menschen einen bestimmten Hintergrund, den zu benennen allerdings fremdenfeindlich ist und daher sanktioniert wird. Dieses ganze Drama läuft in ganz Westeuropa ab und wird von den Regierungen sogar noch gefördert. Wieso und weshalb erschließt sich keinem rational denkenden Menschen.

Dieser riesige Bevölkerungsaustausch kann nur eines zum Ziel haben: eine identitätslose und willenlose Menschenmasse heranzuzüchten, die man im Sinne der Mächtigen manipulieren kann. Deshalb auch die Zerschlagung der Familien, der Zugriff schon auf die Säuglinge und den Daumen auf die Erziehung.

Merkwürdig ist nur, dass sich die Bevölkerung das alles ohne Widerstand gefallen lässt und diese Entwicklung noch fördert. Der Beweis ist das Wahlverhalten. Immer nur werden die Blockparteien gewählt, lediglich die Zusammensetzung ändert sich marginal, das Betreiben unseres Unterganges geht munter weiter.

Fazit: Wir haben es nicht besser verdient. Sollte das Volk eines Tages dieses Drama erkennen, ist es zu spät. Die Lawine ist in Bewegung und nimmt jährlich an Fahrt zu, aufzuhalten ist sie schon jetzt nicht mehr. **Peter Schumacher, Melsungen**

Radikale Lösung?

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Ich habe nie etwas gegen Moslems oder den Islam gehabt, sehr wohl aber gegen radikale Islamisten, die in Ländern wie Schweden und Deutschland anscheinend ungestraft machen, was sie wollen. Man darf vor solchen Einwanderern keine Angst haben, sondern muss sich zur Wehr setzen, denn sonst werden diese Radikalen immer stärker.

Wer nicht „deutschen Geistes“ ist, wie es diese radikalen Islamisten offensichtlich nicht sind, der gehört des Landes verwiesen. Und was für Deutschland gilt, das gilt entsprechend auch für Schweden; diese Migranten müssen entweder „schwedischen Geistes“ sein oder das Land verlassen. Wenn es sein muss, soll die Regierung Schwedens eben das Militär einsetzen. **Jim Becker, Berlin**

Falsches Feindbild

Zu: „Thierses weiße Flecken“ (Nr. 2)

So ist das also, Herr Thierse, wenn Deutsche hierzulande den Wohnort wechseln und auch Traditionen mitnehmen, dann mangelt es den Zugereisten an Integrationswillen. Dann tauchen in der Umgebung des Herrn Thierse neue Begrifflichkeiten auf. Friedrich II. war da toleranter.

Vielleicht sollte Thierse ein Berliner Wörterbuch an die Neuberliner verteilen lassen. Aber dazu fehlt ihm der Mut. Denn das Wörterbuch müsste er auch an die vielen ausländischen Neuberliner verteilen. Würde er in Neukölln oder im Wedding wohnen, wäre es dem roten Gesinnungsgenossen nicht eingefallen, sich mit türkischen oder arabischen Mitbürgern anzulegen und sie wegen der Ignoranz gegenüber der Berliner Sprachwelt zu rüffeln. Oder war Thierse bisher nicht beim Türken einkaufen und hat Ostberlin noch nicht wirklich verlassen. Das Ganze als „freundlich-heitere Bemerkung“ darzustellen, ist genau die Art von linker Meinungsmache, wie sie auch in der DDR nicht unbekannt war.

Thierse sollte sich einmal Gedanken darüber machen, wie es im Prenzlauer Berg aussehen würde, wenn er noch seine gewohnte Umgebung von 1989 um sich haben würde? Wahrscheinlich hätte Thierse keine Nachbarn mehr, denn der marode Stadtbezirk wäre unter den Bagger gekommen, aber dafür könnte Thierse jetzt in der Platte wohnen und im Konsum Schrippen kaufen und die Schwaben würden ganz normal zum Klassenfeind im Westen gehören. Danke Herr Thierse, Sie haben eine Menge gelernt seit 1989. **Andreas Weiß, Berlin**

Bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag an Zwei-plus-Vier gefesselt

Zu: „Wie souverän ist Deutschland wirklich?“ (Nr. 2) und „Fremde Herren in Berlin (Nr. 51/52)

Dem Leserbriefschreiber Ingo Schewiola ist zu danken, dass er erneut die Frage der Souveränität Deutschlands thematisiert. Eine Korrektur ist jedoch in Bezug auf die sogenannte „Souveränitätsklausel“ angebracht. Richtig zitiert wird Artikel 7, Absatz 2, des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Der Artikel im Wortlaut: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Dieser Wortlaut bedeutet doch für den normalverständigen Bürger, dass keinerlei Regelungen aus abhängiger Besatzungszeit mehr fortgelten können, die sich bis zu diesem Zeitpunkt aus dem sogenannten Überleitungsvertrag, korrekt „Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen“, ergeben.

Halten wir zunächst fest: Solange der Überleitungsvertrag galt – also bis September 1990 – konnte überhaupt nicht von einer Souveränität Deutschlands gesprochen werden. Politiker, Verfassungsorgane und Medien haben uns demnach über Jahrzehnte eine volle Souveränität vorgespielt. Denkbar wäre, sie handelten wider besseres Wissen. Zur Gewährung einer vollen Souveränität war dieser Überleitungsvertrag also bei Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages aufzuheben.

Doch es geschah etwas Seltsames! Deutscherseits wurde eine „Vereinbarung“ veröffentlicht als Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, Seite 1386 ff. Von einem „Übereinkommen bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“, wie im Leserbrief von Herrn Schewiola erwähnt, ist mir nichts bekannt. In der von mir oben genannten Bekanntmachung wird dargelegt, dass die alliierten Bestimmungen suspendiert werden und außer Kraft treten – vorbehaltlich der Festlegung des Punktes 3. Und hier ist das Erstaunliche zu lesen: „3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft“: Es folgt die Aufzählung von zirka elf Artikeln, die fortgelten.

Der Öffentlichkeit blieb dieser Vorgang mehr oder weniger verborgen, weil der Notenwechsel ohne Behandlung im Parlament (man kann auch sagen, am Parlament vorbei) erfolgte. Der Notenwechsel wurde jedoch im Bundesgesetzblatt – wie bereits erwähnt – veröffentlicht. Welch ein ungeheuerlicher Vorgang! Ungeheuerlich deshalb, weil sich die deutsche Politik zur eingeschränkten Souveränität nicht bekennt und diese nicht öffentlich macht.

Die deutschen Heimatvertriebenen sind durch die fortgeltenden Artikel des Überleitungsvertrages besonders betroffen, da zum Beispiel die Bundesregierung uns in der Eigentumsfrage keine Unterstützung gewähren darf. Deshalb ein Beispiel: 1. Teil, Artikel 2, „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft ...“

Schon daraus wird ersichtlich, dass keine deutsche Regierung ein Mandat hat, uns zu helfen; sie ist vielmehr an die erneut bekräftigten und zu Lasten des deutschen Volkes gehenden Bedingungen des Überleitungsvertrages gebunden.

Auch stellt sich die Frage: Wie lange? Die in Rede stehende „Vereinbarung“ enthält keinerlei zeitliche Begrenzung, und da der Zwei-plus-Vier-Vertrag als Ersatz für einen Friedensvertrag „verkauft“ wurde, ist Deutschland bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag – also ewig – daran gebunden. Hierüber möge sich jeder Gedanken machen. **Peter Großpietsch, Lüdenscheid**

»Stärkt die *PAZ*!«

Zu: „Falsch verstanden“ (Nr. 1)

Ich kann nur jedem empfehlen, diese Zeitung zu abonnieren. Sie tun damit der deutschen Presselandschaft einen großen Gefallen. Lasst die linken Blätter kaputt gehen, stärkt die Wertkonservativen! Übrigens der Jakob Augstein von linken „Freitag“ nimmt in der internationalen Statistik der größten Antisemiten Platz 9 ein. Sollen doch solche Blätter pleitegehen. Stärkt die *PAZ*! **Christian Herbig, Chemnitz**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 8 – 23. Februar 2013

Petition der Oberschlesier

Die Petition der Landsmannschaft der Oberschlesier vom 29. Dezember vergangenen Jahres mit dem Titel „Deutsche Bildungsinfrastruktur für die deutsche Volksgruppe in Oberschlesien“ ist beim Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments registriert worden. Sie wird unter der Registriernummer 1880/2012 geführt. Damit wird das Anliegen nun Kommission und Parlament der Europäischen Union beschäftigen.

„Die Registrierung der Petition fällt fast mit dem Internationalen Tag der Muttersprache zusammen. Vielleicht ist dies ein positives Zeichen für unser Anliegen“, kommentierte der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, Klaus Plaszczek, dieses Ereignis. Nun möchte er um Unterstützung für die Petition werben: „Je mehr Menschen für die gemeinsame Sache einstehen, desto besser.“

Für diesen Zweck und anlässlich des Internationalen Tages der Muttersprache 2013 hat die Landsmannschaft eine entsprechende Postkarte entworfen. „Wir verbinden mit dem diesjährigen Gedenktag also konkret die Unterstützungsaktion für die Petition. Jeder, der sich für eine deutsche Bildungsinfrastruktur in Oberschlesien ausspricht, ist eingeladen, die Unterstützungserklärung auf der Postkarte zu unterschreiben und an uns zurückzusenden. Wir werden dann die gesammelten Karten an den Petitionsausschuss weiterleiten“, erklärt Medienreferent Sebastian Wladarz die Aktion. Nähere Informationen erteilt Sebastian Wladarz, Landsmannschaft der Oberschlesier e.V., Leiter der Bundesgeschäftsstelle, Bundesreferent für Kultur und Medien, Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 68033, Fax (02102) 66558, E-Mail: kultur@oberschlesien.de *PAZ*

Etappensieg für alten Zooeingang

Königsberger Landgericht erklärt Streichung von Denkmalschutz-Liste für rechtswidrig

Die Leitung des Königsberger Tiergartens hat im Kampf um den Erhalt des historischen Zooeingangs vor Gericht einen wichtigen Etappensieg errungen. Das zuständige Landgericht hat der Klage der Zooleitung gegen die Entscheidung der Regionalregierung, den historischen Eingang von der Liste der zu schützenden Kulturdenkmäler zu streichen, stattgegeben.

Wie die Geschichte des Königsberger Tiergartens, geht auch die seines Haupteingangs bis 1896 zurück. In jenem Jahr wurde der Zoo mit dem damals noch aus Holz bestehenden Eingang eröffnet. Nach einem Brand im Jahre 1935 wurde letzterer in Stein wieder aufgebaut. Es war ein Projekt des Architekten Friedrich Sassnitz, der auch für eine Reihe weiterer Gebäude entlang der Hufenallee die Entwürfe lieferte. In der Sowjetära wurden die Gebäude verändert, auf ihrem Dach wurden Tierskulpturen installiert.

Bei der aktuellen Diskussion geht es um den rechten Flügel des Eingangs, in dem das Café Soljanka untergebracht ist. Als im vergangenen Jahr bekannt wurde, dass aufgrund eines neuen, vom Inhaber des Cafés in Auftrag gegebenen Gutachtens das Bauwerk von der Liste der zu schützenden Kulturdenkmäler gestrichen worden war, gab es heftigen Widerstand. Die Tiergartendirektorin Swetlana Sokolowa protestierte heftig gegen diesen Beschluss der Regionalregierung. Sie wies dabei auf die Gefahr hin, dass sich durch die von dem Café-Eigentümer geplante Umgestaltung des Gebäudes das historische Äußere des Zooeingangs vollkommen verändern würde.

Der Inhaber des Cafés Soljanka, Vitautas Lopata, der gleichzeitig Duma-Abgeordneter ist, rechtfertigt den Auftrag zu dem neuen Gutachtens damit, dass die Veranda, die schon seit einigen Jahren über dem Café in Betrieb ist, ohne Baugenehmigung gebaut worden sei. Um den Formalitäten Genüge zu tun, sei es deshalb notwendig, den Gebäudekomplex aus dem Register der Baudenkmäler herauszunehmen. Dieser Argumentation Lopatas folgte die Gebietsregierung und strich den Haupteingang des Tiergartens aus der Liste der Objekte des kulturellen Erbes der Stadt. Eine entsprechende Verordnung trägt die Unterschrift von Vizegouverneur Jewgenij Morosow.

Die Zooleitung hatte geklagt

Naheliegenderweise stützt das von Lopata in Auftrag gegebene Gutachten diese Entscheidung. Es stammt von der in Saratow ansässigen Firma „Expertisen der Region Wolga“. Ihr Urteil lautet, dass „der zentrale Eingang zum Tiergarten kein Merkmal eines Objekts des kulturellen Erbes und besonderen kulturgeschichtlichen Wertes trägt“. Daraufhin erteilten die Stadtverwaltung und der regionale Denkmalschutz die Genehmigung, das Gebäude von der Liste zu streichen.

Nach diesem Misserfolg bei den Behörden wandte sich die Zooleitung mit einer kreativen Aktion an die Öffentlichkeit. Sie ließ ein Banner an der Umzäunung des Zoos aufhängen, auf dem zu lesen war: „Dank eines bestellten Gutachtens des Café Soljanka wurde der Eingang des Tiergartens am 9. November 2012 aus dem Register des kulturellen Erbes des Königsberger Gebiets gestrichen“. Dieses Banner blieb allerdings nicht lange an seinem Ort. Vermutlich rissen Mitarbeiter des Cafés es wieder herunter.

Allerdings reichte die kurze Information, um die Diskussion über das Geschehene anzuheizen. Einige empörte Menschen blieben vor dem Eingang stehen und protestierten gegen diese Verordnung.

Es war Gouverneur Nikolaj Zukanow persönlich, der schließlich entschied, dass das Gericht über die Angelegenheit entscheiden müsse. Die Zooverwaltung reichte gemeinsam mit der Justizverwaltung, die bis dahin untätig gewesen war, eine Klage vor dem Landgericht gegen die Entscheidung der Regionalregierung ein.



Denkmalschutzwürdig oder nicht?: Haupteingang des Königsberger Tiergartens mit dem Café Soljanka

Bild: Tchernyschew

Das Gericht entschied zugunsten der Antragsteller und erklärte die Verordnung der Gebietsregierung für rechtswidrig. Die Begründung lautete, dass die Verordnung unter Verletzung der Gesetzgebung über den Schutz von Objekten des kulturellen Erbes zustande gekommen sei. Die Gesetzgebung der Russischen Föderation sehe nämlich vor, dass die Statusänderung eines bisherigen Objektes des kulturellen Erbes nur aufgrund einer Verordnung der russischen Regierung in Moskau vorgenommen werden dürfe.

Nach dieser Gerichtsentscheidung will die Zoodirektorin Swetlana Sokolowa nun den Denkmalschutz dazu bringen, dem gesamten Zoo einschließlich des Haupteingangs den Status eines Architekturensembles mit besonderen Schutzzonen zu verleihen.. *Jurij Tchernyschew*

»Kantgrad«, »Knjaschgrad« oder »Königsberg«?

Als Reaktion auf eine Unterschriftensammlung für eine Rückbenennung gibt die Gebietsduma eine Umfrage in Auftrag

Immer einmal wird in Ostpreußen öffentlich über eine Rückbenennung der Hauptstadt in Königsberg diskutiert. In der Regel geht dies mit Streitereien, Populismus und Spekulationen über historisches Gedenken und Werte einher. Diesmal nun ist der Kreis derjenigen, die sich an der Diskussion beteiligen, unerwartet groß. Nicht nur Vertreter kleinerer gesellschaftlicher Gruppen sind aktiv, sondern auch Politiker. Die aktuelle Diskussion ist durch die Bürgerinitiative von Rustam Wassiljew ausgelöst. Sie hat eine Unterschriftensammlung für die Rückbenennung durchgeführt. Die Liste mit 400 Unterschriften reichte sie bei der Gebietsduma ein.

Zwar zeigten viele Abgeordnete Bereitschaft, sich an der Diskussion zu beteiligen, aber die Duma hat bis jetzt nicht über die Petition entschieden, jedoch immerhin eine Umfrage in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage des Gesetzes der Russischen Föderation vom 10. Juli vergangenen Jahres über „Die Ordnung zur Umbenennung geographischer Objekte und Subjekte in der Russischen Föderation“ wurde eine entsprechende Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe es ist, die Meinung der Bürger zu ermitteln.

Politiker und Bürger diskutieren jetzt offener miteinander

Neben dem geschichtlichen und kulturellen Teil der Diskussion stellt sich auch die rein wirtschaftliche Kostenfrage, die eine Umbenennung zur Folge hätte. Mit schätzungsweise einer Million Euro würde die Umbenennung den Haushalt belasten und auch auf die Bürger kämen Kosten für die Neuanfertigung von Dokumenten zu.

Politiker haben bei Diskussionen über eine Umbenennung stets die Veteranenverbände im Blick, die dagegen sind. Allerdings gibt es auch bei der älteren Generation unterschiedliche Ansichten. Der Kosmonaut Alexej Leonow, zweifacher Held der Sowjetunion, ist ein Befürworter: „Ich bin für die Umbenennung. Es ist längst Zeit. Königsberg, das ist keine faschistische Stadt, ihr Name hat überhaupt keine Beziehung zum Nationalsozialismus“, sagte Leonow. „Es ist eine Stadt der Wissenschaft, der Studenten und des Friedens. Eine Königsstadt! Albert, ein würdiger Mann, hat die Universität in Königsberg gegründet. Eine der ältesten Universitäten in Europa.“ Während Ex-Gouverneur Georgij Boos und der designierte Chef der Stadtverwaltung Felix Lapin für Königsberg stimmen, hält Gouverneur Nikolaj Zukanow sich bedeckt. Die Frage könne nur durch ein Referendum entschieden werden, sagte er.



Bild: Archiv

Bekenntnis zu Königsberg: Russisches Autonummernschild

Umbenennungs-Gegner schüren gerne die Ängste der Bürger vor einer Rückkehr der Deutschen nach dem Motto „Heute geben wir ihnen den Namen, morgen das Land selbst.“ Einer, der auf dieser Populismuswelle reitet, ist der Duma-Abgeordnete Oleg Schlyk, der nicht müde wird, seine politischen Gegner zu diskreditieren.

Vor zwei Jahren wurde das sogenannte „Entstalinisierungsprogramm“ auf gesamtstaatlicher Ebene ins Leben gerufen, das eine Absage an die Erwähnung von Namen der an stalinistischen Repressionen Beteiligten beinhaltet. Dazu gehört zweifelsfrei auch der Name Michail Kalinins. Während andernorts bereits Städte ihre alten Namen wiederbekommen haben – Kalinin heißt heute Twer, Kujbyschew Samara, Swerdlowsk Jekaterinburg und Stalingrad wieder Wolgograd –, hat bislang niemand ernsthaft gewagt, Königsberg seinen Namen zurückzugeben.

Gegner schüren Angst vor einer Rückkehr der Deutschen

Früher oder später könnte es jedoch ein Referendum über eine Umbenennung geben. Das heißt jedoch nicht, dass Königsberg unbedingt seinen historischen Namen wieder erhält. Es gibt Vorschläge wie „Kantgrad“, „Knjaschgrad“ (Fürst-Stadt) oder auch die Doppelbezeichnung „Kaliningrad-Königsberg“. Viele halten das Wort „Kaliningrad“ in der russischen Sprache für schön klingend. Juristisch ist es so, dass die Umbenennung von Hauptstädten oder Verwaltungszentren nur unter Mitwirkung der Zentralmacht in Moskau erfolgen kann.

Bei den Diskussionen geht es auch um die Frage, wieviel von dem Geiste des alten Königsbergs in den wenigen noch erhaltenen architektonischen Denkmälern geblieben ist. In den vergangenen Jahren wurden einige große historische Objekte restauriert, darunter der Königsberger Dom sowie das Königs- und das Friedrichsburger Tor. Auch wird das Fischdorf in Anlehnung an den Stil der Hanse gebaut. Aber gleichzeitig verändert sich die historische Landschaft der Stadt enorm. Für Neubauten verschwinden die Reste des alten Königsberg. Von dem alten Königsberg ist äußerst wenig erhalten. Ein Umstand, der eine Rückbenennung wenig wahrscheinlich macht. *Jurij Tschernyschew/MRK*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun muss ich noch einmal meinen herzlichsten Dank aussprechen für die vielen lieben Grüße und Wünsche zu meinem Geburtstag, die mich noch lange mit Freude und Dankbarkeit erfüllen – und es ist ein ganz, ganz großes Dankeschön. Und weil ich noch nicht absehen kann, ob ich jedem Gratulanten einen persönlichen Dank sagen kann, sollen diese Zeilen für alle gelten, die an mich so liebevoll gedacht haben und zumeist wünschten, ich sollte doch, bitte sehr, 100 Jahre alt werden. Und sie gaben mir Beispiele aus ihren eigenen Familien vor, denen ich nacheifern sollte, wie Herr **Knut Walter Perkuhn**, dessen Tante **Eva** 107 Jahre alt wurde und die „bis zum Schluss geistig rege, neugierig und resolut war“. Und er fügt hinzu: „Diese Anmerkung soll Ihnen anzeigen, dass Sie noch viel Zeit haben!“ Na ja, lieber Landsmann, ich werde mich bemühen, die von ihrer Tante vorgelebten Eigenschaften zu erfüllen, denn die benötige ich sowieso für die vielen Fragen und Wünsche, die an die „Ostpreußische Familie“ gestellt werden. Aber etwas weniger an Jahren darf es schon sein. Auch Herr Perkuhn gehört zu den Gratulanten, und er fügt dem Glückwunsch auch einen eigenen Wunsch bei, den ich gerne erfülle. Nach 17 Jahren emsiger Familienforschung hat er in 16 Ordnern die Geschichte von 16 Gütern dokumentiert, die von 1800 bis 1945 im Besitz seiner Perkuhner Vorfahren waren. Versehen mit Kopien von Dokumenten und Fotos aus alter Zeit, aber auch mit Farbfotos, die er auf seinen vielen Heimatreisen gemacht hat. Herr Perkuhn hat alle Güter besucht, um zu beweisen, dass er nicht nur aus der Theorie heraus diese Chroniken erstellt hat. Da wir schon öfters von seiner Familienarbeit berichtet haben, wenden sich auch Landsleute aus unserem Leserkreis mit Fragen an ihn, und vielen Menschen konnte Knut Walter Perkuhn bereits helfen. „Das sind so die kleinen Freuden am Rande“, schreibt er. Ja, und dabei ist ihm nun ein Missgeschick unterlaufen. Kürzlich rief ein Herr bei ihm an, der etwas über seinen Vater erfahren wollte, der auf einem dieser Güter – Kinnwangen – gelebt hat. Da Herr Perkuhn beim Telefonieren abgelenkt wurde, schrieb er den Namen des Anrufers und dessen Adresse auf einen Zettel, der dann leider in der Versenkung verschwand. In der Hoffnung, dass dieser Anrufer auch die *PAZ* liest – was ja anzunehmen ist! – bittet er ihn, sich noch einmal bei ihm zu melden, denn Herr Perkuhn war inzwischen nicht müßig: Er ist in seiner Dokumentation fündig geworden und hat bereits die betreffenden Unterlagen für den Herrn kopiert. „Sicher wird es ihn freuen“, meint Knut Walter Perkuhn. (Bergstraße 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)



… und das wurde in der Maraunenhofer Wirtschaft getrunken Bild: privat

Natürlich geht in meinem Alter die Erinnerung oft in die Kindheit zurück, die so fern liegt und manchmal doch so nah erscheint. Und an einem solch hohen Geburtstag besonders, wenn man gänzlich unerwartet ein Geschenk bekommt, das die Kindertage im alten Königsberg wieder lebendig werden lässt. Es war ein Teddy, den ich aus dem Paket schälte – nein, zwei waren es, kleine gestrickte Bärchen, ein weißer und ein gelber – und der Letztere gewann sofort mein Herz, denn er sah ganz so aus wie mein Lieblingsspielzeug aus alten Kindertagen. „Fritzchen!“, rief ich, und war auf einmal wieder in der Königsberger Augustastraße und drückte mein weiches Bärchen ans Herz. Meine Mutter hatte ihn aus einem Plüschrest genäht – wahrscheinlich stammte er aus einer dieser grässlichen Luft und Licht schluckenden Portieren –, denn es gab kaum Spielzeug zu kaufen, damals im Hungerwinter nach dem Ersten Weltkrieg. Aus künstlerischer Sicht hatte Fritzchen auch nicht die geringste Ähnlichkeit mit einem der berühmten Steiff-Tiere, aber er sah mich so lieb mit seinen schielenden Knopfaugen an, dass ich ihn sofort ins Herz schloss. Er wurde abgeliebelt, bis der Plüsch speckig wurde und Löcher bekam, als hätte Fritzchen die Motten. Und wer hat mir diese – nun wirklich künstlerisch gestalteten – Bärchen geschickt? Da muss ich mich bei Frau **Ursula Ponfick** aus Bruchhausen-Vilsen bedanken. Als sie im *Ostpreußenblatt* las, dass mein 97. Geburtstag bevorstand, kam ihr die Idee, mir einen ihrer kleinen, selbst gestrickten Teddys zu schicken. Denn mit diesen Bärchen erfreut sie schon seit vielen Jahren Menschen in aller Welt, vor allem ältere Frauen, die alleine leben. Frau Ponfick schreibt dazu: „Ihre glücklichen Augen sind Dank für mich, weiter zu machen. Stricken ist nun einmal mein Hobby. Als mein Mann vor 15 Jahren starb, habe ich angefangen, kleine Teddys zu stricken – und habe inzwischen über 1000 Stück angefertigt! Es macht immer noch viel Spaß, trotz Jahrgang 1929! Ich komme aus Ostpreußen, das ist meine Heimat, bin eine geborene **Labesius**, hier habe ich ein neues Zuhause gefunden. In Ostpreußen sind schon viele Teddys gelandet, eben durch die Verbundenheit mit meiner Heimat. Ebenso in Weißrussland, in der Schweiz, Australien und Brasilien durch dort wohnende Verwandte. Ich weiß schon gar nicht mehr, wo und wann ich die alle gestrickt habe! Mein Mann kam aus Schlesien, auch dort sind viele Teddys gelandet. Und ich bin dankbar, dass ich dies alles kann.“ Also da muss ich mich ganz, ganz herzlich bei der fleißigen Strickerin bedanken, dass sie gerade älteren, allein stehenden Menschen mit ihren Kuschelbärchen so viel unerwartete Freude bereitet und dass sie auch mich mit dem Bärchen-Pärchen bedacht hat – wohl ein sehr ungewöhnliches Geschenk für eine Frau in meinem Alter. Ich werde mein quittegelbes, rotbehostes „Fritzchen“ auf meinem Schreibtisch deponieren – als Glücksbringer, Talisman und stummen Mahner, weiter für die „Ostpreußische Familie“ da zu sein. Und weil ich als Kind über das Plüschbärchen gefreut habe, bekommt den zweiten Teddy, der sogar einen kleinen Ranzen trägt, eine mir sehr nahe stehende Ostpreußin für ihr Enkeltöchterchen. So bleibt es eben in der Familie – unserer Ostpreußischen!

Glückwünsche kamen auch aus meiner Heimat Königsberg, gemailt von dem jungen Literaten, der sich bemüht, ostpreußische Literatur ins Russische zu übersetzen. **Ilya Spesivtsev** hatte mich vor einiger Zeit in Hamburg aufgesucht und mir seine Pläne vorgetragen, die auch meine noch in Königsberg geschriebenen Bücher betrafen, vor allem mein Erstlingswerk „De Lävensstruuts“ (Der Lebensstrauß). Nach dieser persönlichen Begegnung schrieb er mir vor einem Jahr: „Nach meinem Besuch wurde ich mir meiner geistigen Pflicht bewusst, Ihre Königsberger Schriften zu übersetzen. Denn sehr innerlich suchte ich diese Möglichkeit der lebendigen Begegnung mit der literarischen Geschichte Königsberg. Und Gott hat mir und meiner Generation in Ihrer Person diese Verbundenheit geschenkt. ‚Nehrungsleute‘ ist schon übersetzt. Roman ‚Magd Kathrine‘ habe ich gelesen, es ist wie eine lebendige Reise in die Geschichte des Landes. Mit ‚Lävensstruuts‘ geschah ein Wunder – ganz spontan erwachte in mir ein Gehör für Platt. Die Hälfte von dem Buch habe ich schon übersetzt.“ Ilya teilte mir dann weiter mit, dass er dieses – nunmehr vor 78 Jahren geschriebene – Märchenbuch in ostpreußischem Platt zusammen mit den Märchen der Königsberger Schriftstellerin **Charlotte Wüstendörfer** herausgeben will. Der Titel des Buches soll „Märchen aus dem alten Königsberg“ lauten. Und nun erhielt ich zusammen mit Ilyas Glückwünschen die Mitteilung, dass die Übersetzung erfolgt ist und jetzt die Phase „Illustrierung“ beginnt. Zwei Probezeichnungen hat er beigelegt. „Nach meinem Plan verkörpert unsere junge Künstlerin für jede Geschichte aus Lävensstruuts ein eigenes Bild“, so teilt er uns mit. Also wird Ilyas Vorhaben, das mir zuerst wie ein Wunschtraum und fern jeder Realisierung erschien – ostpreußische plattdeutsche Märchen ins Russische zu übertragen! – doch verwirklicht, wobei er auch die modernen Medien einbezieht: „Wir hoffen nicht nur auf Lävensstruuts zweite Geburt in drei Sprachen hier in Königsberg, sondern auch auf Begegnung Autorin mit Lesern durch Audiovideo Computer Brücke dann im Laufe der Präsentation!“ Da dürfte noch einiges auf mich zukommen! Vielleicht stößt man bei der Präsentation dann mit dem Bier „Königsberg“ aus der Königsberger Brauerei an, wie es unser junger Freund **Jörn Pekrul**, dem unsere Familienseite viele schöne Aufnahmen verdankt, bei seinem letzten Besuch im Königsberger Gebiet in einer russischen Wirtschaft in Maraunenhof getan hat. Er hat diesen Augenblick und andere Eindrücke zu einem „Geburtstagsgruß 2013 an Ruth Geede“ in Versen zusammengefasst, in denen er sich bedankt, dass ihn unsere Ostpreußische Familie durch Ostpreußens Hauptstadt führt, in der er das alte Vorkriegs-Königsberg sucht und findet. Wir können das Gedicht hier leider nicht in voller Länge veröffentlichen, aber dieses Schmeckprobchen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, weil Jörn Pekrul auch das Bild dazu liefert: „Der Tag in Königsberg, er geht zu Ende, der Wanderer sitzt in Maraunenhof in einer Wirtschaft – ein Bild von Russland schmückt die Wände und ein deutsch-russisches Schabbern erfüllt die Luft. So sitzen sie bis in den frühen Morgen, im Blicke weit zurück nach vorn …“ Von einem Königsberg ganz ohne Sorgen ist die Rede, und aus dieser Stimmung heraus „senden wir der Familie und Ruth Geede einen Heimatgruß, Gesundheit und viel Glück!“ Na, dann antworten wir doch mit dem alten Königsberger Trinkspruch: „Solang der Pregel ans Bollwerk stößt – Prost!“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Einen Dank von Jörg Pekrul muss ich weiterleiten, denn wir waren in diesem Fall ja nur Vermittler, aber wir freuen uns mit dem Empfänger, Herrn Dr. phil. **Martin A. Völker**, Berlin. Der Literaturwissenschaftler nimmt sich besonders der – fast vergessenen – ostpreußischen Schriftsteller an, deren Werke in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts erschienen. Er benötigte dafür Unterlagen, und er hoffte, diese über eine Veröffentlichung in unserer Zeitung zu bekommen. So befasste er sich besonders mit der Königsberger Schriftstellerin **Katarina Botsky**, von deren literarischen Arbeiten er so beeindruckt war, dass er plante, eines ihrer Bücher wieder aufzulegen. Das ist ihm auch mit ihrem Novellenband „In den Finsternissen“ gelungen, den wir in Folge 4 vorstellten. Und nun schreibt Herr Pekrul: „Ich habe mir das Buch beschafft. Es ist eine sehr beeindruckende Lektüre. Die Geschichten unterhalten nicht nur, sie stimmen nachdenklich und stärken unser Mitgefühl. In der Kurzgeschichte der ‚Existenzen‘ sind die ‚Puppe‘ und der ‚Löwenmensch‘ so authentisch gezeichnet, dass der Leser sie auf der Treppe zu dem Schaustellerwagen sitzen sieht und als Dritter im Bunde dabei ist. Die Autorin hat es in diesen Geschichten wirklich meisterhaft verstanden, den Kummer und die Einsamkeit der Ausgestoßenen auf wenigen Seiten zu entfalten. So sind zeitlose Geschichten entstanden, die uns heute auch noch erreichen und unseren Blick auf die Ausgestoßenen der heutigen Tage lenken. Dem Herausgeber, Herrn Martin A. Völker, gebührt großer Dank für die Mühe, der Leserschaft dieses Werk wieder zugänglich gemacht zu haben. Und Ihrer Zeitung für den Hinweis, der einmal mehr die Qualität der von Ihnen behandelnden Themen bestätigt. Großes Lob!“ Das wir gerne annehmen. Genauso wie das der Teddymutter Ursula Ponfick: „Die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* ist ein Goldstück. So erfährt man vieles, was in anderen Zeitungen nie geschrieben wurde!“

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ein Ort der Hilfe zur Selbsthilfe

Das neue Sozialzentrum der Caritas in Heiligenbeil

Über die in Folge 6 veröffentlichte Suchfrage nach ehemaligen Flüchtlingskindern, die 1946 im Schloss Körtlinghausen Zuflucht fanden, bekamen wir Verbindung zu dem Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Dabei stellte sich heraus, dass es ein weiteres Thema gibt, das zu Ostpreußen einen direkten Bezug hat: Seit 15 Jahren unterstützt der Caritasverband die Arbeit der Katharinenschwestern in Heiligenbeil [Mamonowo], in einem der armseligsten Gebiete in der russischen Exklave Königsberg. Es gibt viel zu tun für die Ordensfrau **Alberta** und ihre Mitschwestern vom neuen Sozialzentrum der Caritas in Heiligenbeil, das mit Spenden aus dem Erzbistum Paderborn in unmittelbarer Nachbarschaft des Schwesternhauses errichtet werden konnte. Seit fast 20 Jahren sind die Katharinenschwestern in Heiligenbeil tätig. Gemeinsam mit der Caritas versuchen sie, sozial schwachen Familien Hilfe und emotionalen Halt zu geben. Eigentlich kommt der Orden aus dem benachbarten Braunsberg, aber das liegt heute jenseits der nahen russisch-polnischen Grenze. Nach dem Ende der Sowjetunion und der Öffnung des bis dahin militärisch genutzten Gebietes zog es einige Schwestern nach Heiligenbeil, dem Sterbeort ihrer Ordensgründerin **Regina Protmann**. Das katholische Schwesternhaus wurde bald Anlaufstelle für bedürftige Familien. Einigen Straßenkindern konnten die Schwestern Obdach bieten. Das neue Sozialzentrum, das die Schwestern im Auftrag der „Caritas Kaliningrad“ betreuen, soll vor allem den schwächsten Mitgliedern der Bevölkerung dienen, deren Not groß ist. Es gibt Familien, die ohne regelmäßige Lebensmittelspenden der Caritas nicht überleben könnten. Gelegenheitsjobs und ein wenig Kindergeld langen gerade für das Nötigste. So ist es kein Wunder, dass Schwester Alberta schon sehnsüchtig erwartet wird, wenn sie die Familien besucht.

Wie bei Olga und ihren acht Kindern, die in ihrem fast verfallenen Häuschen sofort die Ordensfrau umringen. Diese hat Obst mitgebracht, selbst Äpfel kann sich Olga nicht leisten. Tränen stehen der Mutter in den Augen, als sie Schwester Alberta auf die Wange küsst. „Sie gibt mir Kraft, das Ganze hier zu überstehen“, sagt die allein erziehende Mutter.


Bild: privat

Unvorstellbare Armut: Die Küche einer von den Katharinenschwestern betreuten Familie

Im neuen Sozialzentrum werden vor allem die Kinder gefördert, die zu arm sind, um einen Kindergarten besuchen zu können. Diese Förderung ist wichtig, weil Kinder aus sozial schwachen Familien in der Schule als „lernbehindert“ abgestempelt werden, da die Eltern oft drogen- oder alkoholkrank sind. Mit einem Bulli werden die Kinder aus dem Umland zum Sozialzentrum gebracht. Das schmucke Gebäude, benannt nach der seligen Regina Protmann, bietet optimale Voraussetzungen der Versorgung mit Lebensmitteln und Bekleidung und – was noch wichtiger ist – mit pädagogischer Betreuung. Manche Kinder stehen hier zum ersten Mal in ihrem Leben vor einem Waschbecken und wissen nicht, was das ist. Auch psychologische Hilfe ist möglich, wenn Kinder traumatisiert sind.

Ein extremes Beispiel hierfür ist der Fall von Geschwistern, die als Kleinkinder unversorgt von ihren Eltern verlassen wurden. Nur durch Zufall wurden sie von einer Nachbarin entdeckt und gerettet. Ein Kleinkind war bereits im Schlaf von Ratten angefallen und im Gesicht verletzt worden. „Ich weiß nicht, wie man lacht“, erklärte es auf die Frage einer Erzieherin, warum es denn nie ein Lächeln zeige.

Neben der Hilfe für die Kinder geht es der Caritas und den Ordensfrauen darum, Risikofamilien zu stabilisieren. Hierfür setzen sie vor allem auf die Mütter. „Wir zeigen den Frauen, wie man wäscht, kocht und preiswert einkauft“, erklärt Schwester Alberta. Ihr Traum ist es, aus dem Sozialzentrum einen Ort der Hilfe zur Selbsthilfe zu machen. Im Dachgeschoss könnten Seminarräume entstehen, im Souterrain Werkräume.

Aber das ist alles Zukunftsmusik für ein Projekt, das allein aus Spenden finanziert wird. Doch die Hoffnung lebt in der „Caritas Kaliningrad“ und bei den Ordensschwestern in Heiligenbeil. Auch dank der tatkräftigen Unterstützung von Spendern aus dem Erzbistum Paderborn. *R.G.*

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Kalwis, Eva, aus Jagutten bei Kollaten, am 22. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Galla, Ida, geb. **Ollesch**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blumreiter, Siegfried, aus Stobern, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Kowalski, Erika, geb. **Skonitzki**, aus Chorapp, Kreis Neidenburg, am 3. März
Michalzik, Prof. Dr. Kurt, aus Lyck, am 29. Februar
Wisch, Konrad, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 26. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 2. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Neumann, Ursula, geb. **Dziengel**, verw. **Nothmann**, aus Lyck, Bismarckstraße 3, am 28. Februar
Schmakeit, Arno, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Czychon, Elfriede, geb. **Geyer**, aus Starzen, Kreis Lyck, am 3. März
Gerlach, Erna, geb. **Rosengart**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. März
Murach, Frida, geb. **Loleit**, aus Forken, Kreis Samland, am 27. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Borutta, Hans, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 28. Februar
Dzingel, Hans, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 29. Februar
Morgenstern, Hildegard, geb. **Jortzik**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 2. März
Niedzkowski, Gertrud, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 2. März
Rüger, Hedwig, geb. **Ziwitza**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Vogt, Erna, geb. **Petrick**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Klaus, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 28. Februar
Dannhauser, Karl, aus Tapiau, Großhöfer Weg 8, Kreis Wehlau, am 1. März
Rex, Hedwig, geb. **Zacharzewski**, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, am 26. Februar
Rokotta, Kurt, aus Lyck, am 1. März
Sens, Max, aus Rauschen, Kreis Samland, am 27. Februar
Staufenbiel, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 25. Februar
Tiedemann, Erna, geb. **Schönwald**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Wilzek, Irma, geb. **Dehm**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gläßmann, Karl, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 1. März
Heil, Hedwig, geb. **Kizinna**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Heisel, Brigitte, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. März
Hundertmark, Hildegard, geb. **Klein**, aus Klein Hubnicken, Kreis Samland, am 26. Februar
Lessat, Alfred, aus Alt Iwenberg, Kreis Elchniederung, am 2. März
Liebold, Käte, geb. **Glandien**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

Lux, Gertrud, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Maruska, Herta, geb. **Thybusch**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 27. Februar
Opalka, Elisabeth, geb. **Chmielewski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Pohl, Hedwig, geb. **Chlebowitz**, verw. **Dieck**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 1. März
Schuck, Walter, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, am 26. Februar
Schwarz, Ruth, geb. **Nowitzki**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Strupath, Herta, geb. **Steinke**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 1. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Abrolat, Gertrud, geb. **Graschtat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 3. März
Brandstätter, Paul, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 3. März
Flechsig, Gerda, geb. **Bojahr**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. Februar
Graubner, Ursula, aus Rotho/Gut, Kreis Lyck, am 3. März
Hotzler, Erika, geb. **Fischer**, aus Wehlau, Langgasse 27, am 3. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. März
Kohtz, Arno, aus Lyck, Steinstraße 36, am 3. März
Kutzmutz, Erika, geb. **Lagerpusch**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 2. März
Lühmann, Hertha, geb. **Szikorra**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. März
Maaß, Helene, geb. **Nilotzki**, aus Neidenburg, am 26. Februar
Matzigkeit, Siegfried, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Melzer, Hildegard, geb. **Pichler**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, am 1. März
Schaft, Hildegard, geb. **Godau**, aus Königsberg-Roßgarten, am 15. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Audehn, Bruno, aus Cojehnen, Kreis Samland, am 29. Februar
Axmann, Ingeborg, geb. **Radek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Brinkmann, Else, geb. **Blumhoff**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Februar
Busse, Hildegard, aus Lyck, am 1. März
Chilla, Hedwig, geb. **Spittka**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Christukat, Manfred, aus Elbenau, Kreis Treuburg, am 1. März
Doering, Jürgen, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 25. Februar
Grigull, Edeltraut, geb. **Lemke**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 2. März
Hein, Herbert, aus Frankenau, Kreis Neidenburg, am 27. Februar
Hölscher, Hildegard, geb. **Wytitzki**, aus Neidenburg, am 25. Februar
Jörgens, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 106, am 28. Februar
Jurkeit, Werner, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Kaisler, Elfriede, geb. **Kindler**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 3. März
Körner, Helmut, aus Tauroggen/Litauen und Tilsit, am 3. März
Kowallek, Ewald, aus Rameckfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar
Krause, Grete, geb. **Schulz**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. Februar
Krause, Robert, aus Rossitten, Kreis Samland, am 29. Februar
Matteoschat, Heinz, aus Ebenrode, am 29. Februar
Niedzwetzki, Edith, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 28. Februar
Reichert, Hildegard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Schilling, Waltraud, geb. **Rossmannek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 3. März
Seutter, Manfred, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Simon, Otto, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 2. März
Simon, Ursula, aus Königsberg, am 25. Februar
Stoepke, Ernst-Albrecht, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 3. März
Streblow, Wendula, geb. **Negraschus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Termer, Anni, geb. **Prowda**, aus Kretzschau, Kreis Samland, am 26. Februar
Thiel, Heinz, aus Stellwagen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar
Tiedemann, Lore, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Truschkat, Elfriede, geb. **Vogt**, aus Lindenort, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Turley, Hildegard, geb. **Nauwald**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. März
Weber, Helene, geb. **Rappolt**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 25. Februar
Wegner, Dieter F., aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. Februar
Weiß, Gertrud, geb. **Borchert**, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 25. Februar
Wendroth, Christel, geb. **Dorss**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 2. März
Zeymer, Emma-Maria, geb. **Mallies**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 28. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andrea, Ruth, geb. **Lehmann**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 1. März
Augustin, Reinhard, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 26. Februar
Bartke, Rudolf, aus Wehlau, Memeler Straße 35, am 25. Februar
Bartsch, Ruth, geb. **Bartsch**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. März
Bialluch, Willi, aus Kossowen, am 2. März
Böhnke, Ewald, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 1. März
Bollmus, Dr. Reinhard, aus Ebenrode, am 27. Februar
Brandt, Anneliese, geb. **Dangeleit**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 3. März
Gnoza, Walter, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 27. Februar
Hagemann, Lisbeth, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 26. Februar
Hanau, Dr. Winfried, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 2. März
Kemesies, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 25. Februar
Killat, Helmut, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Klein, Fritz, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 28. Februar
Kletke, Rosa, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. März
Kompa, Willy, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 25. Februar
Konradt, Horst, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. März
Nakat, Herbert, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 28. Februar
Nett, Edith, geb. **Tregel**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. Februar
Pohl, Wolfgang, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. März
Reisenauer, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 25. Februar
Ruddat, Helmut, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 2. März
Rydzewski, Helmuth, aus Lyck, Abbau Funk, am 28. Februar
Severin, Inge, geb. **Krause**, aus Lyck, Lycker Garten 41, am 25. Februar
Wagner, Hildegard, geb. **Riemann**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 3. März
Wernecke, Ursula, geb. **Lau**, aus Lindenort, Kreis Wehlau, am 26. Februar
Wilhelm, Eva, geb. **Neumann**, aus Tapiau, Königsberger Straße 30, Kreis Wehlau, am 26. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bartelt, Hildegard, geb. **Böhm**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Februar
Harra, Hannelore, geb. **Sendzik**, aus Marienfelde, Kreis Neidenburg, am 26. Februar
Jedamski, Wolfgang, aus Lötzen, am 26. Februar
Karaschewski, Dieter, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 28. Februar
Kensy, Renate, geb. **Mühlenhoff**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 28. Februar
Kownatzki, Herbert, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 3. März
Klement, Gisela, geb. **Rubelowski**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar
Klingschat, Hans-Georg, aus Ebenrode, am 2. März
Krämer, Irene, geb. **Biemath**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 23. Februar, 15.30 Uhr, ARD: Albtraum Wohnungseinbruch.
SONNABEND, 23. Februar, 17.40 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1945: Die Konferenz von Jalta.
SONNABEND, 23. Februar, 19 Uhr, Arte: Mit offenen Karten. Afghanistan: Der unmögliche Übergang.
SONNABEND, 23. Februar, 19.30 Uhr, 3sat: Exclusiv – Die Reportage. Gefahr auf dem Acker – Das kriminelle Geschäft mit gefälschten Pestiziden.
SONNABEND, 23. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Die ersten Windsors. King George V.
SONNTAG, 24. Februar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 24. Februar, 19.30 Uhr, ZDF: Die Akte Medici.
SONNTAG, 24. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Bismarck – Kanzler und Dämon.
SONNTAG, 24. Februar, 22.15 Uhr, Arte: Hitler, Mussolini und ich. Ein Mensch in einer Zeit der Übermenschen.
SONNTAG, 24. Februar, 23.15 Uhr, N24: Die Apple-Story.
SONNTAG, 24. Februar, 0.10 Uhr, N24: Wikileaks – Rebellen im Netz.
MONTAG, 25. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Der Schauspieler Gert Fröbe wurde geboren.
MONTAG, 25. Februar, 22 Uhr, WDR: Falsche Versprechen. Wenn Betongold zum Albtraum wird.
MONTAG, 25. Februar, 22.45 Uhr, ARD: Geliebte Gegner. Die Grünen und die Macht.
MONTAG, 25. Februar, 23.45 Uhr, Arte: Verlorenes Territorium. Über Exil-Nomaden in Algeriens Sahara.
DIENSTAG, 26. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Der Schriftsteller Hermann Lenz wurde geboren.
DIENSTAG, 26. Februar, 21 Uhr, RBB: Legenden: Hans Rosenthal.
DIENSTAG, 26. Februar, 21.45 Uhr, Arte: Staatsgeheimnis Bankenrettung.
DIENSTAG, 26. Februar, 22.25 Uhr, 3sat: Kasachstan – Geliebte Diktatur.
DIENSTAG, 26. Februar, 22.45 Uhr, HR: Kopfüber in die 70er. Büstenhalter und Barrikaden.
MITTWOCH, 27. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 60 Jahren: Das Londoner Schuldenabkommen über die deutschen Auslandsschulden seit dem Ersten Weltkrieg wird unterzeichnet.
MITTWOCH, 27. Februar, 11.30 Uhr, NDR: Die Wölfe von Tschernobyl.
MITTWOCH, 27. Februar, 20.15 Uhr, SWR: Betrifft. Adel in Deutschland – Expedition in eine Parallelwelt.
DONNERSTAG, 28. Februar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Forschung und Gesellschaft. Wachkoma – wenn Menschen nicht mehr aufwachen.
DONNERSTAG, 28. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Catching cancer. Infektionsgefahr Krebs?
DONNERSTAG, 28. Februar, 23.25 Uhr, Arte: Sind wir der letzte Dreck? Von der Würde der Arbeit.
FREITAG, 1. März, 15 Uhr, WDR: Planet Wissen. Lebte Jesus wirklich?
FREITAG, 1. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Kaiser Barbarossa – Legende im Kyffhäuser.
FREITAG, 1. März, 21,45 Uhr, Phoenix: Die Deutschen Ordensritter.
FREITAG, 1. März, 23.15 Uhr, Phoenix: Aufgetaut – Ötzis Geheimnis.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Kalkhof, Kreis Treuburg, am 27. Februar

Meyer, Heinz, aus Schirrau, Klein Schirrau, Kreis Wehlau, am 3. März

Napolowski, Horst, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 1. März

Nitsch, Marianne, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 25. Februar

Olbricht, Ernst, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. März

Plattner, Dora, geb. **Kostrzewa**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

Rodath, Werner, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 1. März

Romberg, Adelheid, geb. **Korsch**, aus Neidenburg, am 1. März

Samorski, Gertrud, geb. **Kallwitz**, aus Kleineppingen, Kreis Neidenburg, am 26. Februar

Schaller, Anita, geb. **Kreutz**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 26. Februar

Schlebrowski, Felix, aus Parlösen, Kreis Ortelsburg, am 2. März

Schnabel, Ilse, geb. **Holstein**, aus Treuburg, Bergstraße, am 26. Februar

Schömann, Ingrid, geb. **Salewski**, aus Treuburg, Lötzener Straße 21, am 25. Februar

Witte, Brigitte, geb. **Schmidt**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. März

Wolf, Reintraut, geb. **Leibenath**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 1. März

Zimmermann, Walter, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 1. März



Millewski, Helmut aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Christel, geb. **Gogelmann**, am 3. März

Ostpreußisches Landesmuseum

Mal- und Kulturreise nach Krakau vom 8. bis 15. Juli – In Krakau verbinden sich Bauwerke aus Gotik, Renaissance und Barock mit dem Flair einer modernen Kulturmetropole. Deswegen freuen sich die Lüneburger Künstlerin Gudrun Jakubeit und Agata Kern, Kulturreferentin am Ostpreußischen Landesmuseum, eine Kunst- und Kulturreise in diese wunderschöne Stadt anbieten zu können: Mit einer kleinen Gruppe von kultur- und kunstinteressierten Malerinnen und Malern reisen Sie am 8. Juli nach Krakau.

Die erfahrene Künstlerin Gudrun Jakubeit steht mit Rat und Tat zur Seite, unterweist Sie in verschiedenen Maltechniken, bietet Übungen zur Perspektive sowie zur Farbenlehre an und teilt mit Ihnen ihr künstlerisches Know-how. Da die Teilnehmer mitten in der Altstadt wohnen, sind die Motive fußläufig erreichbar.

Unter dem Titel „Impressionen aus Masuren und Krakau" werden die auf der Reise entstandenen Bilder zusammen mit Bildern der letztjährigen Mal- und Kulturreise nach Masuren vom 5. Oktober bis zum 19. Januar 2014 im Ostpreußischen Landesmuseum ausgestellt. *OL*

Öffentlicher Informationsabend: Donnerstag, 28. Februar, 16.30 Uhr im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Informationen: Agata Kern, Telefon (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-lg



Landsmannschaftliche Arbeit

Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. März, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: **6. Ostdeutscher Ostermarkt** – Zum bereits sechsten Mal findet im Haus der Heimat ein sogenannter ostdeutscher Ostermarkt statt. In einer gemeinsamen Aktion von dem Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen, dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA) und fast aller Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen werden den Tag über an den verschiedenen Ständen im Haus der Heimat kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, ostpreußischer Bärenfang, schlesischer Mohn- und Streuselkuchen, Ostpreußischer Raderkuchen und vieles mehr angeboten. Darüber hinaus bieten die Aussteller verschiedene Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst an. Für alle aktiven Trachtenträger und Volkstanzgruppenteilnehmer bietet der Stand von Helga Fink im 2. Stock des Hauses der Heimat die Möglichkeit, Hemden, Blusen, Strümpfe, Schuhe und anderes Trachtenzubehör käuflich zu erwerben. Eine kleine Cafeteria rundet das Angebot ab, und bietet Möglichkeit zur Konversation. Weitere Informationen erteilt: DJO-Deutsche Jugend in Europa e.V., Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart. Ansprechpartner ist Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Telefax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.

Esslingen – Donnerstag, 21. Februar, ab 14.30 Uhr, Waldheim, ES-Zollberg: Einladung zur **Jahreshauptversammlung.** Begonnen wird mit dem Kaffeetrinken. Nach der Begrüßung stehen auf der Tagesordnung: Berichte der Mandatsträger, Jahresplan 2013 und Verschiedenes. Gemeinsames Abendessen, ein humorvoller Sketch und Singen werden den Nachmittag harmonisch ausklingen lassen.

Lahr – Sonnabend, 23. Februar, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko. Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Eisbeinessen.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: **Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.** Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Reutlingen – Sonnabend, 2. März, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: **Jahreshauptversammlung.** Mitglieder sowie Freunde und Gönner der LOW sind herzlich eingeladen. Folgendes steht auf dem Programm: Einleitung der Veranstaltung mit Kaffee und Kuchen, Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, Gedenken der verstorbenen Mitglieder, Jahresbericht der 1. Vorsitzenden, Bericht der Frauengruppenleiterin Frau Orthmann, Bericht der Schatzmeisterin Frau Praß, sowie der Kassenprüferin Frau Merker. Des Weiteren Vorschau auf das neue Jahr mit Ausflug und Veranstaltungen. Außerdem wird Frau Zeiss mit heimatlichen Vorträgen zur Unterhaltung beitragen. Mit der Spezialität der Heimat, dem Sauerkraut- und Grützwurstessen, soll der Tag ausklingen.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 6. März, 14.30 Uhr, Hotel Sölch, Hauffstraße 14: Heimatnachmittag. Der Ostpreußenfilm „Ermland und Masuren" erinnert an die Heimat.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Donnerstag, 14. März, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Filmvorführung. Gezeigt wird ein Film von Helmut Klingenberg aus dem Jahr 2012. Wenig bekannte Schlösser und Burgen wie Rastenburg, Festung Boyen, Rößel, Finkensteiner Schloss bei Rosenberg, Schloss Rhein und Lyck, Arys, Ortelsburg, Deutsch-Eylau, Schönberg, Elbing, Tolkemit und die Haff-Küste.

Kitzingen – Freitag, 15. März, 14.30 Uhr, Gaststätte Deutscher Kaiser: Aktuelle sozialpolitische Themen. Referent: Gustav Patz.

Nürnberg – Dienstag, 26. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (Endstation U-Bahn Langwasser): Monatsversammlung mit einem Dia-Vortrag von Heide Bauer, Ansbach, „Schönes Masuren".

Starnberg – Donnerstag, 14. März, 13 Uhr, Bayerischer Hof, König-Ludwig-Zimmer: Vorstandssitzung. 15 Uhr: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstands.** Anschließend gemeinsames Fischessen.

Weiden – Sonntag, 3. März, 14.30 Uhr, Café Mitte: Heimatnachmittag.



Berlin

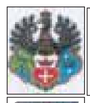
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



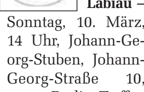
Bartenstein – Sonnabend, 23. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



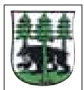
Mohrungen – Donnerstag, 7. März, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.







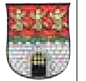
Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Kurze Referate über und aus Ostpreußen. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



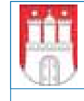
Brandenburg

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg/Havel – Sonnabend, 2. März, 10 Uhr, Kranzniederlegung in Marienberg. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300703. – Freitag, 8. März, 14 Uhr, Heimatstube, Pauliner Straße 11: Frauentagsfeier. Gäste sind herzlich willkommen. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703.

Oranienburg – Sonnabend, 2. März, 10 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus, Sachsenhausener Straße 1: Mitgliederversammlung der Kreisgruppe. Als wichtigster Tagesordnungspunkt gilt die Neuwahl des Vorsitzenden.

Potsdam – Donnerstag, 7. März, 12 Uhr, Traditioneller Stammtisch mit gemeinsamem Eisbeinessen für alle Landsmannschaften. Anmeldung bei Fritz Philipp, Telefon (0331) 816764.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

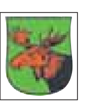
LANDESGRUPPE

Donnerstag, 21. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): **Delegiertenversammlung der Landesgruppe.** Alle Gruppenleiter und Delegierten sind herzlich eingeladen.

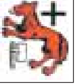
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 27. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572 (gut zu erreichen mit U- und S-Bahn bis Haltestelle Ohlsdorf, danach nur wenige Gehminuten): Die Gruppe möchte mit Gesang und Vorträgen an den Frühling und das Osterfest in der Heimat erinnern. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte die Gruppe einige fröhliche Stunden in geselliger Runde mit Ihnen verbringen. Gleichzeitig ist die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 15. März, erbeten.



Gumbinnen – Sonnabend, 2. März, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Uhr Haus der Heimat/LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum Thema: „Es muss doch Frühling werden". Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Gäste sind herzlich willkommen. Es freut sich auf ein Wiedersehen: Hans Günter Schattling, Telefon 5224379.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 9. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 572: Einladung zum Frühlingsfest. Die Veranstaltung beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um anschließend mit fröhlichen Liedern den heranahenden Frühling zu begrüßen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 2. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenaueralle 41: Treffen der Gruppe. Programm:

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Anzeige

Ein langes, erfülltes Leben hat sich vollendet.
Traurig nehmen wir Abschied von meinem geliebten Ehemann, unserem lieben Vater, Schwiegervater und Opa.

Hans-Ulrich Siedler

* 24. Oktober 1926 † 6. Februar 2013

In Liebe und Dankbarkeit
Johanna
Günter
Regina mit Timo
Michael
Andrea und Helge mit Zed und Jimi

Die Trauerfeier und anschließende Beisetzung der Urne finden statt am Montag, dem 25. Februar 2013, um 13.30 Uhr in der Kapelle des Neuen Niendorfer Friedhofs Sootbörn 8, 22453 Hamburg.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Bildvortrag von Christian Papendick „Impressionen aus Riga und Lettland“. Mitteilungen zum Jahrestreffen des SV in Prenzlau/Wolgast vom 5. bis 8. Juni.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039658.

Darmstadt – **Zur ersten Zusammenkunft im neuen Jahr** begrüßte der Vorsitzende Gerhard Schröder besonders Wolfgang Lansdorf und seine Frau, Kurt Ulfik, Vorsitzender der Landsmannschaft Oberschlesien, und das neue Mitglied Sigrid Müller. Eine traurige Nachricht musste er auch verkünden. Kassenverwalterin Gisela Keller hatte einen Autounfall und liegt im Krankenhaus. Der Vorsitzende Dieter Leitner (BdD) rezitierte zu seiner Begrüßung das Gedicht „Gott sei gnädig diesem Jahre“ des Münchner Schriftstellers Franz Graf Pocci. Durch das Ausscheiden von Erwin Balduhn nimmt Leitner bis zur Neuwahl zunächst kommissarisch die Funktion als Zweiter Vorsitzender wahr. Christiane Mertz überbrachte Grüße und Marzipan aus der bekannten Königsberger Fabrik Schwermer von der erkrankten Emmi Klotzek. Gerhard Turowski berichtete von einer Berliner Senatorin, die verboten hat, Bibeln an Schulen zu verteilen. Gerhard Schröder erinnerte an die Konvention von Tauroggen. Der preußische General Hans David Ludwig York von Wartenburg hatte am 30. Dezember 1812 eigenmächtig mit dem russischen General Diebitsch eine Vereinbarung getroffen, in der sich das preußische Hilfskorps der französischen Großen Armee im Feldzug der russischen Armee für neutral erklärte. Sie markierte dadurch einen Wendepunkt in den Napoleonischen Kriegen. – In Königsberg wird die Palmbrücke instandgesetzt Hier war einst das Ende der Reichsstraße 1. Tilsit bekommt eine Museumsstraßenbahn. – Anni Oest grüßte alle, die Geburtstag hatten, mit dem Gedicht „Was hat dir das alte Jahr gebracht“. Wolfgang Lansdorf zeigte seinen eindrucksvollen Film „War der Deutsche Orden im Recht?“. Der Ritterorden, 1198 gegründet, verlegte 1291 den Schwerpunkt seines Wirkens nach Osteuropa und unterwarf 1283 das Land der heidnischen Prußen und auch der Litauer. Bei ihrer Missionierung sind die Ordensleute nicht gerade zimperlich vorgegangen. Vielfacher Applaus dankte Lansdorf. Es schloss sich eine rege Diskussion an. Schröder dankte ebenfalls allen Helfern und Akteuren und wünschte einen guten Heimweg.

Dillenburg – Mittwoch, 27. Februar, 15 Uhr, Café Eckstein: Monatsversammlung. Studiendirektor Eckhard Scheid vom Dillenburger Wilhelm-von-Oranien-Gymnasium wird unter dem Motto „Grenzen erleben – grenzüberschreitend lernen“ gemeinsam mit Schülern von einer Begegnung seiner Klasse mit tschechischen Jugendlichen aus Südmähren auf der Jugendburg Hohenberg/Eger berichten. – **Bericht von der Monatsversammlung** – Das Thema der ersten Zusammenkunft steht stets unter dem Motto „Flucht, Vertreibung und Eingliederung in der neuen Heimat“. In diesem Jahr ging es um die Rettung über die Ostsee durch die Marine. Dazu las der Vorsitzende Lothar Hoffmann einen Bericht seines Schwagers vor, der als 16-jähriger Gymnasiast in Gevelsberg 1943 als Flakhelfer einberufen und im Raum Hagen eingesetzt worden war. Im Jahr 1944 wurden die jungen Leute bei der Kriegsmarine als Seekadetten ausgebildet. Sie versahen ihren Dienst auf dem schweren Kreuzer „Admiral Scheer“, zunächst vor der estnischen Insel Ösel, wo sie in erbitterte Kämpfe mit russischen Truppen verwickelt wurden. Später nahmen sie in Pillau und Gotenhafen (Gdingen) Tausende Flüchtlinge und verwundete Soldaten auf und transportierten sie nach Schleswig-Holstein. Die Fahrt endete in Kiel, wo die „Admiral Scheer“ bombardiert wurde und kieloben im Hafenbecken trieb, als die Seekadetten vom Landurlaub zurückkamen. Nicht alle Passagiere waren vorher an Land gebracht worden, sodass es viele Tote gab. Lothar Hoffmanns Schwager, der seine Erinnerungen „Gestohlene Jugend“ betitelt hatte, konnte diese schrecklichen Szenen niemals loswerden. Ingrid Nowakiewitsch berichtete, wie sie als Neunjährige mit ihrer Mutter und drei jüngeren Geschwistern Anfang Februar 1945 von Pillau aus mit einem Schiff nach Danzig-Neufahrwasser gelangte. Beim Anbordgehen wurde der fünfjährige Bruder an ein älteres Ehepaar „ausgeliehen“, das ohne Kind nicht hätte mitfahren dürfen. Auf dem völlig überfüllten Schiff stellte der 2. Offizier der Familie und einer anderen Frau mit zwei Kindern während der viertägigen Fahrt seine Kabine zur Verfügung. Auf der Ostsee wurden sie von Land her beschossen. In Danzig-Oliva blieb die Familie, nachdem sie am 27. März von den Russen überrollt worden war, bis zum Juni 1945. Als die Stadt von den Polen übernommen worden war, wurden alle Deutschen ausgewiesen. Sie sollten dahin gehen, wo sie herkamen. Da die Mutter sagte, sie wären aus Berlin und nur in Ostpreußen evakuiert gewesen, kam die Familie nach einer zehntägigen Fahrt über Dirschau, Bromberg, Landsberg/Warthe, Schneidemühl mit zig-maligem Umsteigen in Güterwaggons, auf Plattformen und schließlich ab Küstrin in einem russischen Soldatenzug nach Berlin. Zum Schluss las Margitta Meier einen längeren Text mit dem Thema „Wer waren die Ostpreußen, die über See kamen?

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Kassel – Donnerstag, 7. März, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3: **Heimatnachmittag im neuen Treffpunkt:** mit Nelly Neufeld und ihrem Frauenchor aus Bad Hersfeld. Auf dem Programm stehen volkstümliche Lieder, teils in Preußisch-Platt. – **Das Februar-Treffen** wurde durch die Jahreshauptversammlung und eine Lesestunde geprägt. Zunächst galt die Aufmerksamkeit jedoch der neuen Begegnungsstätte im Süden der Stadt, die nach 23-jähriger Nutzung des Süsterfelder Domizils in Vertrag genommen wurde. Der erste Eindruck gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich die kleiner gewordene Gruppe in der neuen Bleibe bald heimisch fühlt. Die Lesung nach den Rechenschaftsberichten, vorgetragen von Gertraud Nitschky und Gerhard Landau, stand unter dem Titel: „Ostpreußen, wie es war“. Als Hauptquelle diente ein sprachlich und inhaltlich herausragender Text, den der früher nicht unbekannte preußische Schriftsteller Willy Kramp („Die Fischer von Lissau“, Roman: „In meiner Heimat an Haff und Meer...“, Gedicht) für eine Landeskunde verfasste. Alle wissen ja, wie liebenswert, vielgestaltig und interessant die Heimat einmal war, schade nur, dass wir über den Wortvorrat und die Kleinmalerei eines Willy Kramp für die Beschreibung von Land und Leuten in Ostpreußen im Allgemeinen nicht verfügen.

NIEDERSACHSEN

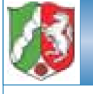
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. Februar, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Seniorenclub Stadtpark): Treffen der Gruppe mit Vortrag zum Thema „Filmaufnahmen von einer Ostpreußenreise aus dem Jahre 1937, 2. Teil“. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Sonntag, 10. März: **Theaterfahrt zur Dittchenbühne** in Elmshorn. Gespielt wird „Bauern, Bonzen und Bomben“ von Hans Fallada. Er schildert in seinem Roman eine Bauerndemonstration zur Zeit der Weimarer Republik und die Interessen von Bauern, Presse, Industrie und Parteien. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.25 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, 13.55 Uhr Neu-Wulmstorf. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Kosten für die Busfahrt, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Anmeldung bitte bis zum 2. März.

Helmstedt – Donnerstag, 14. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Die Gruppe trifft sich zur **Jahreshauptversammlung.**

Oldenburg – Mittwoch, 13. März, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: **Autorenlesung mit „Danziger Märchen“ von Elsa Faber von Bockelmann aus Danzig.** Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. – **Bericht über die Versammlung am 13. Februar** – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen in Oldenburg fuhr fort im Jahresprogramm mit dem heutigen nördlichen Ostpreußen. Das Ehepaar Lubenau, uns seit Langem bekannt durch ihre Reisevorträge unserer Heimat, entführte uns wieder nach Königsberg und wusste viele Stationen der Stadt anzusteuern, die unseren Königsberger Landsleuten vertraut waren. Den Pregel aufwärts besuchte er Arnau, Tapiau und Gumbinnen, das im Gegensatz zu den beiden vorherigen Stationen einen sehr gepflegten Eindruck machte, bis hin nach Georgenburg, das heute wieder eine Pferdezuchtstation ist. Von Königsberg unternahm er einen Ausflug nach Neukuhren und Rauschen, heute wieder ein „rauschender“ Badeort. Er vermittelte uns einen lebendigen Eindruck, dass bis heute Königsberg und das nördliche Ostpreußen nichts von seiner Faszination verloren hat, was auch die zahlreiche Zuhörerschaft vermittelte.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 5. März, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74, 53225 Bonn-Beuel: Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes und Königsberger-Klopse-Essen. Um rege Beteiligung wird gebeten.

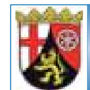
Düren – Sonntag, 3. März, St. Joachim, Düren-Nord: Treffen der Ermländer. – Mittwoch, 13. März, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holz-Straße 7 A: Monatstreffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Arno Surminski: „Angekommen in Kudenow und anderswo“. – Donnerstag, 28. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Dr. Jörg Morré: „Auch ein Schlesier, Heinz Kessler, Stalingrad und das Nationalkomitee Freies Deutschland.“ – Montag, 4. März, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Professor Michael Garleff: „Kinder Europas aus dessen geschichtsträchtigem Osten. Die Geschichte der baltischen Staaten vom Mittelalter bis 1939“.– Mittwoch, 6. März, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. März, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Buchvorstellung mit Professor Michael Schwartz: „Funktionäre und Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das Dritte Reich“. – Freitag, 8. März, 18 Uhr, Restaurant St. Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Freitag, 8. März, GHH / Eichendorff-Saal: Internationaler Frauentag. Kultur- und Begegnungsabend. – Donnerstag, 14. März, 19 Uhr: Buchvorstellung mit Prof. Dr. Helga Grebing „Freiheit die ich meinte“, GHH / Konferenzraum. – Donnerstag, 14. März, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Essen – Freitag, 15. März, 15 Uhr: Treffen der Gruppe. Vortrag „Der Vogel des Jahres 2013: Die Bekassine". Referent ist Herr Hoffmann.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

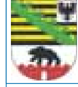
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 9. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag mit Filmvortrag über Ostpreußen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 15. März, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Spielezirkel.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. März, 14 Uhr, Krötenhof: Gruppentreffen. Filmvorführung „Reise durch Masuren" und „Rominter Heide".

Magdeburg – Freitag, 8. März, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Frühlingserwachen. – Dienstag, 12. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark:. **Lichtbildervortrag.** Der Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen H. A. Plötner aus Schönwalde a. B. zeigt Lichtbilder seiner Reise von 2012 in das südliche Ostpreußen und berichtet gleichzeitig über seine jährlichen Betreuungsfahrten dorthin. Gäste sind herzlich willkommen!

Mölln – Am 27. Februar führt die Gruppe ihre **Jahreshauptversammlung** mit anschließendem Königsberger-Klops-Essen durch. Nach dem Berichten des 2. Vorsitzenden, der Kassenwartin und Entlastung des Vorstandes stehen Neuwahlen an. Es muss ein neuer 1. Vorsitzender, ein Kassenwart und ein Kassenprüfer gewählt werden. Wenn die Regularien alle durchgezogen sind, gehen die Anwesenden zum gemütlichen Teil über, dem Königsberger Klopsessen. Es wird wie immer einen schönen gemütlichen Ausklang geben nach den anstrengenden Wahlen.

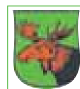
Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 7. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.

Neues Bauen in Lüneburg. Eine Ausstellung über 50 Jahre Architektur und Stadtentwicklung

8. März bis 28. April, Scharffsches Haus, Heiligengeiststraße 38 (direkt beim Brauereimuseum, 20 Meter vom Ostpreußischen Landesmuseum entfernt): Thema der Ausstellung „Neues Bauen in Lüneburg – eine Bestandsaufnahme" ist die Diskussion um zeitgenössisches Bauen und Architektur. das Spannungsfeld von Denkmalpflege und Modernität vor dem Hintergrund geplanter Bauprojekte. *OL*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

9-tägige Busreise in die Elchniederung und nach Masuren 28. Juni bis 6. Juli, Reiseleitung Peter Westphal. 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. Zwischenübernachtung in Marienburg. 2. Tag: Führung durch die Marienburg, die größte Backstein-Burganlage der Welt, einst der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens. Anschließend Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang und vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija" beziehen. 3. Tag: Begegnung mit der Heinrichswalder Kirchengemeinde und ein gemeinsamer Gottesdienst. Möglichkeit zum Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Fahrt nach Rauterskirch mit Besichtigung der dortigen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt mit Zwischenstopps in Seckenburg und Neukirch, sowie über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. In Tilsit geführter Stadtrundgang. Für alle, die nicht am organisierten Programm teilnehmen möchten, besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem Taxiservice. 4. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Weiterreise über den russisch-polnischen Grenzübergang bei Goldap in das südliche Ostpreußen. Geführte Masurenrundfahrt durch das „Land der großen Seen" mit Besuch von Angerburg, Klosterkirche Heilige Linde mit Orgelanspiel, Sensburg und Nikolaiken. Übernachtung in Nikolaiken. 6. Tag: Besuch von Lötzen und anschließend Schiffsfahrt über mehrere Seen, bis nach Nikolaiken. Sie erleben die einzigartige masurische Seenlandschaft unmittelbar vom Schiff aus. Am Abend werden Sie zu einem stimmungsvollen Grillabendessen am Seeufer Ihrer weitläufigen Hotelanlage erwartet, ein schöner Ausklang für Ihren Sommeraufenthalt in Masuren. Übernachtung in Nikolaiken. 7. Tag: Weiterreise bis nach Allenstein, der Hauptstadt des Ermlandes. Rundgang durch die hübsch restaurierte Altstadt mit der Burg des ermländischen Domkapitels. Am Abend erreichen Sie Danzig und beziehen Ihre Zimmer im Hotel direkt an der Altstadt. Übernachtung in Danzig. 8. Tag: Nach dem Frühstück geführter Rundgang durch die sehr schön restaurierte Danziger Altstadt. Beim Bummel über den langen Markt sehen Sie den Artushof, den einstigen Treffpunkt der hanseatischen Kaufleute, und den Neptunbrunnen, spazieren am Ufer der Mottlau zum imposanten Krantor und erreichen durch die Frauengasse mit den für Danzig typischen „Beischlägen" vor den Häusern die Marienkirche, eine der größten Backsteinkirchen der Welt. Am Nachmittag die Weiterreise nach Westen durch Kaschubien und entlang der pommerschen Ostseeküste zu Ihrer letzten Zwischenübernachtung in Kolberg. 9. Tag: Rückreise nach Deutschland, am polnisch-deutschen Grenzübergang wird eine Mittagspause auf einem polnischen Markt eingelegt. Preis pro Person 895 Euro, Einzelzimmerzuschlag 155 Euro, Visagebühr 75 Euro. Genaue Reisebeschreibung, Anmeldung oder Rückfragen zur Reise bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen Grund-Touristik in Lehrte, Telefon (05132) 58 89 40.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

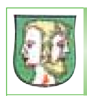
Einsteigerseminar der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil – Am Wochenende vom 8. bis 10. Februar fand in Bad Pyrmont das „Einsteigerseminar" unserer Kreisgemeinschaft statt. In unserer Ankündigung hatten wir geschrieben: „Dieses Seminar richtet sich an Menschen, die an einer Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft interessiert sind. Aber auch Landsleute, die ein wenig ‚auftanken' wollen, sind natürlich gerne gesehen." So waren zu diesem Seminar überwiegend Landsleute der mittleren Generation gekommen. Leider mussten ein Teilnehmer und auch Referenten wetterbedingt absagen. Dennoch kann von einem sehr erfolgreichen Seminar gesprochen werden, durch das Christian Perbandt, der stellvertretende Kreisvertreter, führte. Am Freitagabend begann das Seminar unter dem Motto „Liebe geht durch den Magen" mit dem Schwerpunkt „ostpreußische Spezialitäten". Es ging um Bärenfang und Fleck, Klose und Pillkaller und auch der echte Meschkinnes war zur Verkostung vorhanden. So war dies ein informativer und gemütlicher Abend. Am Sonnabend informierte uns Peter Wenzel in seinem hochinteressanten Vortrag über die Geschichte, den Aufbau und die Zielsetzungen der Landsmannschaft Ostpreußen. Es folgte ein Vortrag über die Geschichte Ostpreußens mit besonderer Berücksichtigung des Kreises Heiligenbeil, gefolgt von einem Abriss der Geschichte unserer Kreisgemeinschaft von 1945 bis heute. Nachmittags referierte unser Vorstandsmitglied Ilse Thomann mit ihrer herzlichen, freundlichen Art über Kultur und Lebensart im Kreis Heiligenbeil. In den folgenden Vorträgen wurden die Arbeit der Kirchspiel- und Gemeindevertreter sowie der Kreiskartei vorgestellt. Zum Abend erfreute uns nach einer Ostpreußen-Videodarbietung Julia Keuter mit ihrer Klavierbegleitung beim gemeinsamen Volksliedersingen. Als besondere Überraschung hatte sie für uns das „Ostpreußische Reiterlied" einstudiert, das dann gemeinsam intoniert wurde. Es war ein fröhlicher Abend. Am Sonntag stellte Frau Thomann noch ihre Arbeit für das Heiligenbeiler Bildarchiv vor und erläuterte die Situation unseres Archives in Burgdorf. Die anschließende Seminarkritik fiel durchweg sehr positiv aus, so dass von einem gelungenen Seminarwochenende gesprochen werden kann.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Traditionelles Klops-Essen – Zum wiederholten Mal lud die Kreisgemeinschaft Lötzen zum Königsberger-Klops-Essen ein, einer am zweiten Freitag im Februar stattfindenden Veranstaltung, die ein Dankeschön ist vor allem für Menschen aus der Patenstadt Neumünster, die mindestens in den zurückliegenden zwölf Monaten unserer Gemeinschaft hilfreich zur Seite gestanden haben. Unter den 24 Gästen konnte Kreisvertreter Dieter Eichler Neumünsters Stadtpräsidenten Friedrich-Wilhelm Strohdiek begrüßen, der Grüße des sich im Urlaub befindenden Oberbürgermeisters, Dr. Olaf Tauras, überbrachte. In seiner kurzen Ansprache dankte der Kreisvertreter dem Stadtpräsidenten, dem Oberbürgermeister und den Abgeordneten der in der Ratsversammlung vertretenen Parteien für ihren einstimmigen Beschluss zur Fortsetzung der Patenschaft für die Kreisgemeinschaft Lötzen. Eine solche Erklärung wäre in der heutigen Zeit keine Selbstverständlichkeit. Doch er konnte aus vollem Herzen auch Dank sagen den Menschen aus der Verwaltung der Stadt, die die im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Umzug von Archiv und Lötzener Heimatsammlung aufgetretenen Probleme und Aufgaben mit Bereitwilligkeit und großem Einsatz gelöst haben beziehungsweise sich weiterhin dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden. Hier ist an erster Stelle der persönliche Referent des OB zu nennen, Thorben Pries, der verlässlich und engagiert half und hilft, dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Sorgen zu nehmen. Der Kreisvertreter bat die Anwesenden um eine Gedenkminute für seinen vor sechs Wochen verstorbenen Vorgänger im Amt, Erhard Kawlath. Schließlich konnte Kreisvertreter Eichler den „Überraschungsgast" des Abends vorstellen. Es handelte sich um Dr. Robert Kempa (geb. 1967), der den Weg aus Lötzen [Gizycko] mit einer dienstlichen Verpflichtung zurückgelegt hatte. Auf der seit dem 6. Februar in Hamburg stattfindenden Reisemesse gehörte er zu den Standbetreuern, die Werbung für Reisen in die Region Masuren machen. Dr. Kempa ist mit einer halben Stelle für die Stadtverwaltung Lötzen als Direktor des Touristikinformationszentrums tätig. Gleichzeitig hat er, als Historiker, einen Lehrauftrag an der Universität Bialystok, am Institut für Geschichte und Politikwissenschaft. Er ist ein herausragender Kenner der Geschichte des 20. Jahrhunderts und mit einer Reihe von Artikeln und Aufsätzen hervorgetreten. 2012 erschien von ihm (auch in deutscher Sprache) „Die Feste Boyen in Gizycko (Lötzen) – Ein praktischer Reiseführer". In dieser Broschüre wird die Geschichte der Feste umfassend dargestellt, mit 192 Illustrationen veranschaulicht und die interessanteste Besichtigungsroute beschrieben (mit einem Plan der Feste). Nach den Klopsen, die dem Koch vom „Restaurant am Kantplatz" gut gelungen waren, hielt Dr. Kempa einen Kurzvortrag über die Entwicklungen in der Stadt Lötzen seit der Jahrtausendwende. Er gab Informationen über einige – auch mit Hilfe von EU-Mitteln – in der Stadt verwirklichte Projekte, wie zum Beispiele die Eishalle, die Hafenpassage, die Fußgängerbrücke über die Eisenbahnlinie, die „Eko-Marina", den Wiederaufbau des Schlosses und seines Ausbaus zum Luxus-Hotel und über Tendenzen in der Entwicklung des Tourismus in der Kreisstadt und in der Region. Mit diplomatisch formulierten Aussagen über die Rolle des Deutschen Vereins, über die Situation der deutschen Bevölkerungsgruppe, endete sein für alle Anwesenden interessanter Vortrag. Eine anwesende Journalistin war begeistert („Was für ein interessanter Mann!") und nutzte gleich die Gelegenheit für ein Interview. Weiterhin konnten die Gäste dieses Abends schon erste Informationen über Veranstaltungen des Lötzener Heimatmuseums in 2013 mit nach Hause nehmen und die Ankündigung zweier Sonderausstellungen für 2014.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Sitzung des Kreisausschusses – Der Kreisausschuss (Gesamt-Vorstand) tagte vom 25. bis 27. Januar 2013 in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen mit einer umfangreichen Tagesordnung. Zum neuen Beauftragten für die Gräberfürsorge wurde als Nachfolger für den verstorbenen Gotthilf Willutzki Lothar Trinoga (Ortsvertreter von Laschmieden), Gradhöhe 1, 34393 Grebenstein, gewählt. Die Aufgaben des Bezirksvertreters von Borschimmen soll bis zur Neuwahl im Sommer 2013 Karteiwart Siegmar Czerwinski für den verstorbenen Alfred Faltin wahrnehmen. Der Ausschuss befasste sich neben dem Jahresabschluss und den Berichten der Kreisausschuss-Mitglieder hauptsächlich mit der Zukunftssicherung der Kreisgemeinschaft Lyck insbesondere in personeller Hinsicht. Bekanntlich wird der Kreistag (Mitglieder-Vertreterversammlung) in diesem Jahr neu gewählt. Die Wahl erfolgt per Briefwahl. Der Stimmzettel wird dem diesjährigen Hagen-Lycker Brief, der im Mai erscheinen wird, beigefügt sein. Wahl-Schluss-Termin ist der 30. Juni 2013. Nach der Satzungsänderung wird der Kreistag nur aus 15 Mitgliedern bestehen. Die konstituierende Sitzung wird voraussichtlich am 31. August 2013 stattfinden. Vornehmste Aufgabe des Kreistages wird die Wahl eines neuen Kreisausschusses sein. Erfreulicherweise haben sich die bisherigen bewährten Ausschuss-

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Mitglieder (bis auf zwei Fälle, einmal altersbedingt und einmal krankheitsbedingt) bereit erklärt, ihre Arbeit im Kreisausschuss weiterzuführen. Natürlich sind weitere Landsleute, die Aufgaben übernehmen wollen, jederzeit willkommen. – Neue Ortsvertreter. Der Kreisausschuss wählte zu Ortsvertretern: 083-Lisken, Gudrun Lassalle, An der Lake 42, 28816 Stuhr; 107-Plötzendorf, Helmut Jopp, Langscheder Straße 30, 44319 Dortmund; 113-Renkussen, Hildegard Blankenburg, Gehrskamp 5, 30816 Isernhagen.



MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462)2452. Geschäftsstelle Lothar Gräf, Dr. Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, Fax (02333) 5570.

Das Jahr 2013 hat für die Kreisgemeinschaft mit einem **Neujahrsempfang bei der Patenstadt Gießen begonnen.** Auch in diesem Jahr hatte die Stadt Gießen einen Vertreter der Kreisgemeinschaft Mohrungen eingeladen. Wolfgang Warnat nahm an diesem Neujahrsempfang teil. Vor etwa 300 geladenen Gästen sprach die Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen, Dietlind Grabe-Bolz, über die wichtigen Dinge des abgelaufenen Jahres und schilderte die schwierige finanzielle Situation der Stadt. Zog aber den Schluss: „Wir können die Segel richtig setzen“ und betonte, dass es keine Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Schwächsten geben wird. Das gelte auch für die Unterstützung von Senioren und für die Vereine. Weitere Gespräche sind noch mit der Patenstadt Gießen geplant. **Die ersten Termine der Kreisgemeinschaft stehen fest:** 7. März: Kassenprüfung im neuen Archiv, Gießen. 8. März: Kreisausschuss-Sitzung und Arbeiten im neuen Archiv, Gießen. 9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont. 15. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode. 7./8. September: Mohrunger Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8 im Grandhotel Esplanade. Schon heute möchten wir Sie zu unserem Heimatkreistreffen herzlich einladen. Programmablauf erscheint in der MHN-Sommerausgabe. Übernachtungsmöglichkeiten finden sie auf einer extra Seite in diesem Heft. Manchmal erreicht uns eine Veränderung schneller, als wir es uns wünschen: Unser Archivleiter, Wolfgang Warnat, kann aus privaten Gründen nur noch bis März das Archiv in der Rodheimer Straße 33 in Gießen weiterleiten. Wir danken Herrn Warnat für seine langjährige Archivverwaltung und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles erdenklich Gute. Wir suchen daher dringend einen neuen Archivleiter. Es wäre wünschenswert und es würde uns sehr freuen, wenn sich eine Person aus Gießen oder Umgebung diesbezüglich beim Vorstand melden würde. Neu: Ab März nimmt Ihre Bücherbestellungen entgegen: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305, E-Mail: luise.woelk @web.de. – Ostern steht vor der Tür. Die dunklen Tage lassen die Gedanken zurück wandern in die Vergangenheit, an das **Osterfest mit seinen Bräuchen in unserer unvergessenen Heimat.** Ostern gehört zu den schönsten Erinnerungen der Kindheit, wer kennt nicht den schönen Spruch: Oster, Schmackoster, drei Eier, Stück Speck, sonst goa ick nich weg... Erzählen Sie Ihren Kindern und Enkeln von Ostpreußen. Lasst alle daran teilhaben, damit das Land der dunklen Wälder nicht in Vergessenheit gerät. Ostpreußen hat eine große Faszination und hat auch unseren Nachkommen noch viel zu sagen. Ein Land, in dem etwa 700 Jahre preußisch-deutsche Geschichte geschrieben wurde, darf nicht aus dem Gedächtnis der Menschen verschwinden. Eine wichtige Rolle spielt dabei unsere MHN, die dreimal im Jahr erscheint. – **„Wir waren wieder zu Hause.“** Ursula Manka, 1. Vorsitzende vom Verein der Deutschen Minderheit „Herder“ hatte zu zwei Weihnachtsfeiern eingeladen, an denen Gisela Harder und Ingrid Tkacz teilnahmen. Während des Besuchs gab es auch einen Termin mit dem Bürgermeister der Stadt Mohrungen. Weil Bürgermeister Sobierajski zum vereinbarten Gesprächstermin nicht anwesend sein konnte, haben wir unsere angestrebten Projekte und Wünsche mit seinem Stellvertreter Andrzej Kikola besprochen. Es war ein freundliches und verständnisvolles Gespräch. Selbstverständlich waren für uns auch der Besuch der „Mohrunger Stuben“ und ein Gespräch mit der Betreuerin Irena Puscian von Bedeutung. Wir waren erfreut, die Mohrunger Stuben in einem guten und gepflegten Zustand zu sehen. Es ist immer wieder im Gespräch mit Menschen, die in der Heimat leben, beeindruckend festzustellen, wie freundlich, offen und interessiert sie uns gegenüber geben. Ja, wir waren wieder „zu Hause“. Unser Sprecher Stephan Grigat hat recht, wenn er immer wieder betont, „Ostpreußen lebt“.

Neuer Archivleiter dringend gesucht



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Neuauflage von DVDs – nachdem nun die Restbestände der zweiten Auflage vergriffen sind, haben wir eine dritte Auflage unserer drei Neidenburger DVDs fertigen lassen. Auf der ersten DVD sind alle „Neidenburger Heimatbriefe ab dem Jahr 1947–2012“ erfasst. Die zweite DVD beinhaltet die beiden Bücher „Der kreis Neidenburg/Ostpreußen“ und „Die Landgemeinden des Kreises Neidenburg“ und auf der dritten DVD sind unsere beiden Bildbände „Der Kreis Neidenburg / Ostpreußen im Bild, Band 1“ sowie „Der Kreis Neidenburg / Ostpreußen im Bild, Band 2“ aufgenommen worden. Wir weisen darauf hin, dass die in den 1980er Jahren erschienenen Kreisbücher und Bildbände seit vielen Jahren vergriffen sind und nur noch auf diese Weise zu erhalten sind. Abgegeben werden die DVDs zum Selbstkostenpreis zu 15 Euro das Stück, alle drei zusammen für 40 Euro inklusive Versandkosten. Bestellungen sind über Telefon und Fax an den Kreisvertreter zu richten. Der Versand erfolgt umgehend.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Laudatio „Goldenes Ehrenzeichen“ für Lilli Janßen – Lilli Janßen wurde am 29. März 1935 in Klein Darguschen/Grenzheide im Kreis Pillkallen/Schloßberg geboren. Die Flucht, die ihre Familie im Herbst 1944 antrat, führte sie zusammen mit ihrer Mutter und ihrer Schwester ins Erzgebirge, von dort aus weiter nach Mecklenburg und schließlich nach Nordrhein-Westfalen in den Kreis Herford. Später lebte Lilli Janßen einige Zeit in Hagen, bevor sie schließlich im Jahre 1980 in Letmathe ihre neue Wahlheimat fand. Seit 1989 ist Lilli Janßen Leiterin der Dorfgemeinschaft Langenfelde/Groß Wersmeningken im Kreis Pillkallen / Schloßberg, ihrem Wohnort nach der Geburt. Seit der Öffnung der Grenzen in das Königsberger Gebiet organisiert sie für die Dorfgemeinschaft Langenfelde zahlreiche Fahrten nach Ostpreußen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf ihrem Heimatkreis. Im Jahre 2011 fand die 15. gemeinsame Fahrt statt. 1990 trat Lilli Janßen in die Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn (vormals Memellandgruppe Iserlohn) ein, deren stellvertretende Schriftführerin sie zwischen 1991 und 1997 war. Am 15. November 1997 wurde Frau Janßen zur Vorsitzenden der Heimatgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen in Iserlohn gewählt. Dieses Amt bekleidet sie seit nunmehr 15 Jahren. Zudem ist Lilli Janßen auch Gründungsmitglied des am 8. November 1991 gegründeten Singkreises und seitdem in diesem aktiv tätig. Die Gruppe besteht mittlerweile seit über zwanzig Jahren und hat während dieser Zeit viele regionale und überregionale Auftritte wahrgenommen. Aufgrund ihrer allgemeinen Aktivitäten zum Wohle der Landsmannschaft Ostpreußen hat Lilli Janßen erheblich dazu beigetragen, dass die Gruppe Iserlohn mit ihrem Bekanntheitsgrad aus dem allgemeinen Kulturleben der Stadt nicht mehr wegzudenken ist. Von 1991 bis zum Jahre 2004 war sie Kreistagsmitglied bei der Kreisgemeinschaft Schlossberg mit Sitz in Winsen (Luhe). Lilli Janßen ist auch weiterhin für die Kreisgemeinschaft als Geburtstagsgratulantin für das Dorf Langenfelde tätig. In der Zeit von 1995 bis 1997 wirkte Lilli Janßen als Vorstandsmitglied und Schriftführerin im BdV-Kreisverband Iserlohn und von 1998 bis 2003 als dessen stellvertretende Vorsitzende. Am 22. Juni 2006 wurde sie als Schriftführerin und Beisitzerin im BdV-Kreisverband wieder gewählt, bevor sie 2008 aus dem Vorstand ausschied. Am 8. November 1998 wurde auf Initiative von Frau Janßen im Ostdeutschen Museum des BdV-Kreisverbandes Iserlohn im Alten Rathaus von Letmathe eine „Ostpreußenstube“ mit sehenswerten Exponaten aus allen Regionen Ostpreußens eröffnet. Es folgten viele verschiedene gut besuchte Veranstaltungen. Bei den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der Ostpreußenstube konnte Prof. Dr. Wladimir Gilmanow von der Kant-Universität Königsberg als Gast begrüßt wer-



Bild: privat

Erhielt Gold für ihr großes Engagement: Lilli Janßen (Mitte)

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Sudoku

		6				8		
	4		6		1		5	
7			8		4			3
5	1			8			9	7
		4				2		
3	9			2			8	4
4			5		7			9
	6		3		9		7	
		9				5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

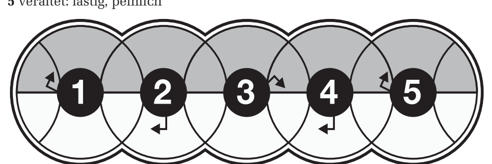
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei religiöse Lieder.

1 Stadt in Oberfranken
2 griechische Insel
3 Zuruf beim Trinken
4 hohe Stimmlage
5 vornehm, prachtvoll
6 Zeichengerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein von Pferden oder von Hand gezogenes Fahrzeug.

1 eintönig reden, **2** Stemmeisen, **3** kleines Dorf, Flecken, **4** riskant, gefährlich, **5** veraltet: lästig, peinlich



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Coburg, 2. Rhodos, 3. Prosit, 4. Sopran, 5. feudal, 6. Lineal – Choral, Gospel

Kreiskette: 1. leiern, 2. Beitel, 3. Weiler, 4. gewagt, 5. genant – Leiterwagen

Sudoku:

PAZ13_08

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

den. Seit der Auflösung der Ostpreußenstube am 1. August 2010 sind in Zusammenarbeit mit dem Museumsleiter der Stadt Iserlohn einige der ostpreußischen Exponate in einer Vitrine im Heimatmuseum „Haus Letmathe“ in der Dauerausstellung „Vertreibung und Integration in Letmathe“ untergebracht. In dem Ende 2009 gebildeten Arbeitskreis, zu dem der Museumsleiter der Stadt Iserlohn und andere sachkundige Personen gehörten, ist auch Lilli Janßen vertreten. Ihr ist es mit zu danken, dass sich nun eine größere Anzahl ostpreußischer Exponate in einem städtischen Museum in Iserlohn in einer Dauerausstellung befinden, die von Vertreibung und Integration der ostdeutschen Bevölkerung berichten. Auf ausschließliches Betreiben von Lilli Janßen wurde aus Anlass des 40-jährigen Bestehens der Landsmannschaft Ostpreußen in Iserlohn im Jahre 2007 die Chronik „Unvergessene Heimat Ostpreußen 1967–2007“ erstellt und herausgegeben. Bei der Jubiläums-Veranstaltung am 24. September 2011 „975 Jahre Letmathe“ – Historischer Markt im Park von Haus Letmathe“, war die Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn mit einem ostpreußischen Marktstand, der mit Exponaten aus der ehemaligen Ostpreußenstube bestückt war, vertreten. Auch wurden dort Ostpreußische Spezialitäten zum Kauf angeboten. Der Erlös ging zu 100 Prozent an das Letmather Hospiz „Mutter Teresa“. Der Singkreis konnte sich bei der Eröffnung im Park auf der Bühne mit einigen Liedern mit in das Geschehen einbringen. Bereits im 7. Dezember 1998 wurde Lilli Janßen das „Silberne Ehrenzeichen des Bundes der Vertriebenen“ und am 20. März 1999 das „Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen“ verliehen. Mit dem „Ehren- und Verdienstabzeichen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen“ wurde sie am 10. März 2007 ausgezeichnet. Mit ihren vielen Aktivitäten, der absoluten Verbundenheit, Liebe und Treue zur ostpreußischen Heimat, ihrem unermüdlichen Bestreben, die Ostpreußen zu motivieren und zusammenzuhalten sowie mit ihrem vielseitigen kulturellen Engagement hat sich Lilli Janßen um Ostpreußen verdient gemacht. In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres vielfältigen Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Lilli Janßen das Goldene Ehrenzeichen.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Regionaltreffen in Soest – Das diesjährige Regionaltreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 5. Oktober nicht wie ursprünglich geplant in Osnabrück, sondern in Soest statt. Soest liegt mitten im Herzen Nordrhein-Westfalens und ist sowohl mit Auto als auch mit der Bahn gut zu erreichen. Auch die Flughäfen Dortmund und Paderborn befinden sich in der Nähe. Veranstaltungsort ist die Stadthalle, Dasselwall 1. Die Türen werden um 9 Uhr geöffnet. Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr und endet voraussichtlich gegen 17 Uhr. Das Programm wird im nächsten Heimatbrief und zu gegebener Zeit auch im Ostpreußenblatt veröffentlicht.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neue Publikation – Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat eine Broschüre herausgegeben, in welcher der schwierige Weg geschildert wird, den die heute Sowjetsk genannte Stadt am Memelstrom seit dem Ende der Sowjetmacht gegangen ist. In einer Rückschau auf die vergangenen 22 Jahre von 1991 bis 2012 liest man von den Bemühungen, das preußische Erbe zu entdecken und sich gen Europa zu öffnen. Die Broschüre mit dem Titel „Tilsit zwischen Lenin und Luise“ hat 74 Seiten und 31 Fotos. Sie kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz auf Spendenbasis angefordert werden.

Neues Ambiente für Kulturgut

Westpreußisches Landesmuseum zieht von Münster nach Warendorf um

Kenner und Freunde des Hauses wissen es längst: Das Westpreußische Landesmuseum (WPLM) von Münster-Wolbeck hat im Herbst letzten Jahres seinen Betrieb eingestellt. Das Westpreußische Landesmuseum zieht in das ehemalige Franziskanerkloster in Warendorf bei Münster um.



Neue Heimat des Westpreußischen Landesmuseums: Das Franziskanerkloster in Warendorf Bild: D.G.

Derzeit laufen die Vorbereitungen für den Umzug ins ehemalige Franziskanerkloster in Warendorf. Jetzt ist für alle Mitarbeiter des Hauses Packen und Sortieren angesagt. Der wertvolle Kugelfußbecher muss ebenso in einem Umzugskarton Platz finden wie beispielsweise die nachgebaute Ritterrüstung.

Für die wertvolle Danziger Tapisserie von 1620 – übrigens ein Prunkstück der Dauerausstellung – ist bereits ein hundert Quadratmeter großer Raum unter dem Motto „Blütezeit der Kunst im 17. und 18. Jahrhundert“ reserviert worden. Worüber sich der Museumsdirektor Dr. Lothar Hyss besonders freut, ist die Tatsache, dass viele Ausstellungsstücke neu in Szene gesetzt und somit neue Akzente geschaffen werden können.

Die bisherige Heimat des Museums – das kunstvolle Renaissancegebäude aus dem Jahre 1557 – hätte einer dringenden Renovierung bedurft, um die Arbeit des Westpreußischen Landesmuseums langfristig nach Standards des Internationalen Museumsrates auf eine gute Basis zu stellen. Die energetische Gebäudesituation war ebenso unbefriedigend wie die fehlenden Ausstellungsflächen und die notwendige Barrierefreiheit. Die für eine Fortführung der Museumsarbeit nötigen Maßnahmen ließen sich an diesem Standort nicht verwirklichen.

So entschied man sich gemeinsam mit der Trägerstiftung für ein neues Gebäude, in dem sich eine zukunftsgerichtete Museumsarbeit optimal umsetzen lässt. Dank der Unterstützung durch die Familie Horstmann aus Münster-Wolbeck fiel die Entscheidung zugunsten des ehemaligen Franziskanerklosters im Herzen Warendorfs. Das in der historischen Altstadt gelegene Gebäude wird für das weitgehend behindertengerechte Museum und seine Ausstellungen mehr Platz, mehr Komfort und Service bieten. Nicht zu vergessen ist die Klosterkirche, in der neben Gottesdiensten auch Konzerte und Vorträge stattfinden werden.

> Andere Präsentation erlaubt das Setzen einiger neuer Akzente

Was die Besucher am neuen Standort in der Ausstellung zu sehen bekommen, lässt sich heute schon skizzieren. Zum einen wird die zentrale Einrichtung für die Sammlung, Bewahrung, Erforschung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte des Landes am Unterlauf der Weichsel – dem Friedrich II. im Jahre 1773 den Namen Westpreußen gab und das seit 1945 zum polnischen Staatsgebiet gehört – eine modern gestaltete Dauerausstellung präsentieren. Zum anderen werden zahlreiche thematische Sonderschauen Einblicke in das kulturelle und historische Erbe der über Jahrhunderte maßgeblich von Deutschen geprägten Region vermitteln.

Dabei spielen die bereits seit Anfang der 1990er Jahre bestehenden grenzüberschreitenden Kontakte zu Museen und anderen kulturellen Institutionen in Polen eine wichtige Rolle. Regelmäßig kooperiert das Westpreußische Landesmuseum mit dem Nationalmuseum in Danzig, dem Historischen Museum der Stadt Danzig, dem Schlossmuseum Marienburg, dem Museum Graudenz und anderen Partnern. Der gegenseitige Austausch von Ausstellungen leistet einen aktiven Beitrag zur Völkerverständigung und vertieft die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen. Übrigens: Seit 1999 betreibt das Westpreußische Landesmuseum gemeinsam mit polnischen Partnern eine Außenstelle in Krokkow [Krokowa].

> Museum will Kulturaustausch intensivieren

In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 werden die Räumlichkeiten des neuen Museums im ehemaligen Franziskanerkloster in Warendorf eingerichtet, die Büros bezogen und all die Arbeiten ausgeführt, die dann dazu führen, dass das Westpreußische Landesmuseum seine neuen Ausstellungen präsentieren kann.

Das wesentliche Ziel der Modernisierung und der Neukonzeptionierung des WPLM sowie seiner Verlagerung nach Warendorf ist eine erhebliche Attraktivitätssteigerung und eine sich daraus ergebende umfassende Erweiterung der Zielgruppen im Sinne einer Öffnung für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sowohl im lokalen Umfeld als auch darüber hinaus. Das Museum wird angesichts der guten Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern – nicht zuletzt nach dem EU-Beitritt Polens – seine Aufgaben als aktiver Partner verstärkt wahrnehmen. Insbesondere wird das Haus den Kulturaustausch im Rahmen der europäischen Völkerverständigung fortsetzen.

Museumsleiter Dr. Lothar Hyss verriet, dass für die künftige Resonanz des Museums seine Aktivitäten sowohl im Bereich der Dauerausstellung als auch der Wechselausstellungen relevant sein werden, wobei die Qualität der Präsentationen im Fokus steht. Die Neugestaltung wird auch im Hinblick auf die junge Generation und deren erweiterbaren Wissensstand über den ehemals deutschen Osten realisiert. So wird sich die neue Dauerschau nicht nur auf eine historische Rückschau beschränken, sondern sich auch mit Aspekten der Gegenwart und Zukunft auseinandersetzen. *Dieter Göllner*

Heilsame Atomkraft

Zwischen Zerfall und Neuaufbau – Das böhmische St. Joachimsthal »verstrahlt« die Kurgäste mit Radium

St. Joachimsthal und seine Nachbarorte auf der tschechischen Seite des Erzgebirges haben schon glanzvollere Zeiten erlebt. Jetzt soll die Montanregion zum Weltkulturerbe erhoben werden und so neuen Touristenschwung in die Kurbäder bringen.

Nur wenige Kilometer hinter der deutsch-tschechischen Grenze beginnt eine andere Welt. Der Vietnamesen-Markt auf der tschechischen Seite von Johanngeorgenstadt vermittelt ein falsches Bild der Region. Das Hektische, Quirlige, Geschäftstüchtige endet hinter dem letzten Marktstand. Dann fährt der Reisende durch ein vergessenes Land. Vergessen von den Tschechen, die ihren Aufschwung auf die Zentren konzentrieren. Vergessen von den meisten Deutschen, die ohne Zwischenstopp Karlsbad und Prag besuchen, das einst deutsch-

> Marie Curie forschte mit Uran aus St. Joachimsthal

sprachige Böhmen jedoch kaum mehr wahrnehmen. Das tschechische Erzgebirge ist abgehängt von den Entwicklungen der Welt.

Wer kennt noch das einst so bedeutende St. Joachimsthal [Jáchymov], vor 500 Jahren eine der größten Städte Europas? Die damalige Währung, der „Joachimsthaler“, kurz „Thaler“, soll sogar Namensgeber des Dollars gewesen sein. Kennt jemand die Nachbarorte von Joachimsthal, die Bergstadt Platten [Horny Blatna] oder die Sommerfrische Bärringen [Pernink]?

Immerhin: Im Kurbezirk des ältesten Radiumheilbads der Welt werden noch Hotels und Sanatorien betrieben, hier ist die Nähe des mondänen Karlsbads spürbar – auch ein paar Deutsche verirren sich hierher. Das Hotel „Radium Palace“, vor ziemlich genau 100 Jahren im neoklassizistischen Stil erbaut, hat – fast ein Wunder – die Umwälzungen des 20. Jahrhunderts überstanden und ist noch heute eine Institution.

Doch wenn man den Kurbezirk verlässt, ist der Niedergang nicht mehr zu übersehen. Zahlreiche Häuser stehen seit Jahrzehnten leer und verfallen, darunter bedeutende Baudenkmäler aus Joachimsthals großer Zeit. Bei vielen Häusern mögen die letzten Bewohner die Deutschen gewesen sein, die vertrieben wurden. Man mag nicht glauben, dass an der Hauptachse zwischen Sachsen und Karlsbad noch heute derart traurige Zustände herrschen. Nur das Rathaus und das Museum von St. Joachimsthal sind frisch saniert; das Museum bietet einen überraschend guten und fundierten Überblick über die bewegende Geschichte des Ortes.



Heilung durch Atomstrahlung: Der gepflegte Kurpark von Joachimsthal Bild: imago

In St. Joachimsthal wurde erstmals Uran nachgewiesen, als Element bestimmt [nachdem es über Jahrhunderte beim Silberbergbau ebenfalls freigelegt wurde und zur Verstrahlung der Bergleute führte]. Im Joachimsthaler Uran – genauer: in der „Pechblende“ – konnte Nobelpreisträgerin Marie Curie Ende des 19. Jahrhunderts das Element Radium nachweisen.

Um es kurz zu fassen: In der böhmischen Stadt St. Joachimsthal begann das Atomzeitalter! Zuerst dachte man, dass die radioaktiven Elemente ein Segen für die Menschen seien. Im „Radium Palace“ kamen radioaktive Quellwasser zur Anwendung und versprachen Linderung vielfältiger Leiden.

Doch spätestens mit dem Zweiten Weltkrieg, als die Mächte an der Atombombe arbeiteten, endeten die ersten, naiven Jahre des atomaren Jahrhunderts. Als die Möglichkeiten des Urans erkannt, als die Möglichkeiten der Atombombe und der Atomenergie erschlossen waren, begann ein schreckliches und trauriges Kapitel in der Geschichte der böhmischen Atomstadt.

Nach 1945 wurde unter Regie der Russen das Joachimsthaler Uran abgebaut. An das Wohlergehen der Bergleute dachte niemand. Russland brauchte Uran für die Atombomben, benötigte möglichst viel radioaktives Material für den Kalten Krieg.

In Joachimsthal wurden zehntausende Kriegsgefangene, internierte Deutsche und später auch politische Häftlinge beim Abbau des Urans eingesetzt. Weit über 100 000 Personen starben vermutlich in den Bergwerken oder an den Folgen der Verstrahlung – genaue Zahlen sind bis heute nicht greifbar. Im Museum der Stadt erinnert ein Raum an dieses Kapitel der Stadtgeschichte. Man sieht Luftaufnahmen der Lager, auch ein Modell der unmenschlichen Anlagen, in denen die Urangewinnung Vorrang vor dem menschlichen Leben hatte.

Von Joachimsthal kommt man schnell nach Karlsbad [Karlovy Vary] und kann hier vergessen, wie hart die Geschichte mit manchen Orten und mit vielen Menschen umgegangen ist. Aber so schnell sollte man nicht wieder zurück in die Jetztzeit vordringen. Ein Begriff ist die Stadt vielen noch durch die „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819, mit denen der österreichische Minister Metternich eine scharfe Pressezensur durchsetzte.

Über Nebenstraßen gelangt man von St. Joachimsthal in weitere vergessene Orte, die einst durch den Bergbau großgeworden sind. In Bärringen [Pernink] stammen nahezu alle Bauten noch aus der Zeit, als die Bewohner Deutsch sprachen. Viele Häuser sind baufällig, manche unbewohnbar. In der Kneipe „Kongo“ helfen sich die Gäste mit alkoholischen Getränken über die wirtschaftliche Misere hinweg und denken an bessere Zeiten. Die Kirche verfällt. Immerhin sind die Denkmäler aus deutscher Zeit erhalten und verraten auch dem unwissenden Besucher Details der interessanten Geschichte – wie die Dankestafel an der Schule, die nicht nur die Spender aus dem Jahre 1884 aufführt, sondern nebenbei verdeutlicht, dass Bärringen natürlich einst zu Österreich-Ungarn gehörte.

In Platten [Horni Platna] sitzen arbeitslose Einwohner vor ihren ruinösen, aber immer noch sehenswerten Häusern und blicken auf die staubige Straße. Der Zinnbergbau ist lange vergangen, eine andere Industrie ist nicht gekommen. Tourismus wäre vielleicht eine Perspektive für die Menschen hier; die Grenze nach Deutschland liegt nur wenige Kilometer entfernt. Zwar gibt es inzwischen ein neues Hotel, zwar kommen auch ein paar Wintersportler, um über die Pisten des Erzgebirges zu laufen, doch leben kann von dem mageren Touristenstrom hier kaum jemand.

Dabei hat Platten, eine Planstadt aus dem 16. Jahrhundert, Ungewöhnliches zu bieten. Am Berg sind vor vielen Jahren alte Stollen eingestürzt und haben tiefe Furchen im Fels hinterlassen. Sie sind so tief und schmal, dass hier hinein keine Sonne vordringt, so dass selbst im heißesten Sommer, selbst bei über 30 Grad im Schatten ganz tief unten der Schnee des Winters liegen bleibt.

Deutschland und Tschechien planen, das Erzgebirge zum Weltkulturerbe zu erheben. An ausgewählten Orten soll die jahrhundertealte Bergbaugeschichte nachgezeichnet werden. Auch Platten und Joachimsthal sollen Standorte der „Montanen Kulturlandschaft Erzgebirge“ werden, daneben auch Gottesgab, Abertham, Graupen und Kupferberg. Doch in diesen Orten liegen Planung und Realität noch weit auseinander. Sollen die Weltkulturerbe-Standorte nur Ruinen bieten? Doch für den, der authentische Geschichte entdecken will, bietet das böhmische Erzgebirge schon heute überraschende Einblicke in eine große und schreckliche Geschichte, dazu bedarf es keinen Unesco-Status. Man muss sie einfach nur wahrnehmen – und langsam damit beginnen, die vergessenen Orte zurückzuführen in die Mitte Europas. *Nils Aschenbeck*



Stadtgeschichte

Schneeberg von Krankheit geheilt

Knapp 40 Kilometer Luftlinie vom tschechischen St. Joachimsthal entfernt liegt auf deutscher Seite des Erzgebirges Schneeberg. Bergleute aus diesem Ort waren es, die in Böhmen Städte wie St. Joachimsthal erst gegründet haben. In Schneeberg wurde seit dem Mittelalter Zinn, Eisen, Kupfer, Silber und Pechblende abgebaut. Letzteres machte den Bergwerksort nach dem Krieg zur deutschen Atomhauptstadt. Denn aus Pechblende kann Uran hergestellt werden, das unter anderem zum Bau von Atomwaffen benötigt wird.

Durch die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut wurden in großem Stil bis 1956 etwa 210 Tonnen Uran abgebaut, das fast ausschließlich in die UdSSR geliefert wurde. Tausende von Bergleuten waren am Abbau beteiligt gewesen, und viele von ihnen erlitten eine tödliche Krankheit, die man zunächst als „Schneeberger Krankheit“ bezeichnete. Dabei handelte es sich um Lungenkrebs, hervorgerufen durch das radioaktive Edelgas Radon, das beim Uranabbau freigesetzt wird.



Bergmannszug vorm Rathaus von Schneeberg Bild: richter-burgener

Auch die Schneeberger Bürger litten darunter, kroch das Gas doch über Risse und Erdspalten bis an die Oberfläche. Nach der Wende mussten viele Häuser mit Millionen-Hilfen des Bundes aufwendig saniert werden. Komplizierte Entlüftungsanlagen sorgen bis heute dafür, dass die Wohnluft radonfrei ist. Dass die 15 000-Einwohner-Stadt jetzt wieder in neuem Glanz erscheint, hat sie also dem Uran zu verdanken. *tws*

An die Nordkette gefesselt

Sportlicher Frust im Höhenrausch ertränkt – Winterlicher Ausflug auf Innsbrucks Hafelekarspitze

Deutsche Fans schlichen enttäuscht aus dem Skisprungstadion vom Berg Igls. Bei der Innsbrucker Station der Vierschanzentournee gab es für sie in diesem Jahr wenig zu feiern. Severin Freund verfehlte mit Platz vier den erhofften Podestplatz. Blech statt Bronze.

Mit erlahmter Jubelpose rückte der Fantross in die Innsbrucker Innenstadt. Was jetzt? Sich einen hinter die Binde kippen? Na, klar. Aber wo? „Lass uns da mal rauf“, schlug einer vor und zeigte auf ein schwaches Licht über der Stadt. Schon den ganzen Tag über war die Gruppe am Berg Igls beeindruckt von der imposanten, jetzt von Neuschnee überdeckten Nordkette, jenem Teil des Karwendelgebirges, das sich im Tiroler Inntal von West nach Ost erstreckt.

Auf etwa 1900 Metern Höhe befindet sich unterhalb des Hafelekargipfels die Mittelstation Seegrube, wo man in der ganzjährig geöffneten, hell erleuchteten Alpenlounge speisen kann. Bei klarer Sicht hat man von hier einen famosen Panoramablick auf das Inntal. Heute ist gutes Wetter, also nichts wie hinauf! Dafür hat die Stadt 2007 auch die Hungerburgbahn erneuert, eine mit einem Seilzug angetriebene Art Straßenbahn.

Lag die oberirdische Talstation früher am Innufer in der Nähe des Riesenrundgemäldes, das in einer 360-Grad-Darstellung den Tiroler Volksaufstand unter Andreas Hofer zeigt, so beginnt sie jetzt unterirdisch in der Nähe des „Congress Centrums“ und kommt erst wieder kurz vor der schräg geneigten Bahnbrücke am Inn an die Oberfläche. Am Alpenzoo vorbei endet die Fahrt auf der Hungerburg, Innsbrucks höchst gelegenem Stadtteil. Wer zu etwas Geld gekommen ist, lässt



Skisprungstadion Berg Igls: Im Hintergrund die Nordkette Bild: tws

sich auf diesem Hangplateau sein Haus bauen. Und das sind in letzter Zeit viele. Kräne deuten an, dass hier überall gebaut wird. Nicht immer zum Vorteil der Natur, hat doch die Bodenerosion enorm zugenommen. Der Hang zerbröckelt langsam.

Auf der Hungerburg steigen wir in die Nordketten-Seilbahn um, die auf drei Kilometern weitere 1000 Höhenmeter überwindet. Selbst in dieser Jahreszeit sind von oben Wanderer zu erkennen, die auf den verschneiten Wegen den Berg zu Fuß erklimmen wollen. Wer ganz sportlich ist, fährt im Sommer sogar mit dem Fahrrad den steilen Berg hinauf, gönnt sich auf der Seegrube eine Erfrischung und rast dann halsbrecherisch wieder herunter.

In der Gondel sind auch einige Skifahrer. Dabei ist die Nordkette mit der Hafelekarspitze nicht das eigentliche Skigebiet der Innsbrucker. Ihr Hausberg ist der gegenüberliegende Patscherkofel, der noch hinter dem Berg Igls liegt. Hier gibt es ausgewiesene Skipisten, die bis ins Tal führen. Wer mit Skiern von der Seegrube aus ins Tal will, tut dies auf unpräparierten Steilpisten. Nur Könner wagen das.

Nach zehnminütiger Fahrt sind wir an der Mittelstation angelangt. Die Erfrischung in der Seegrube heben wir uns aber für später auf. Das gute Nachmittagswetter nutzen wir, um bis zur Hafelekarspitze weiterzufahren. Dazu steigen wir erneut in eine Seilbahn um, die das letzte 750 Meter lange Teilstück überwindet. An der Bergstation angekommen gilt es, noch kurz durch meterhohen Schnee zu stapfen und die paar Höhenmeter zu überwinden, um vom Gipfel in 2330 Metern aus die tolle Sicht auf Innsbruck, das Inntal und das Karwendel zu genießen. Selbst die Zugspitze ist von hier zu sehen.

Für Wanderer ist das hier im Sommer ein Paradies. Wer will, kann vom Tal aus bis zum Hafelekar wandern. Von dort gibt es am Grat entlang Klettersteige, die zu benachbarten, höheren Nordketten-Gipfeln führen. Wir aber fahren zurück zur Seegrube und wärmen uns von außen – und innen auf. *Harald Tews*

Der Wert des Verlorenen

Rekonstruktion Potsdams

Das Potsdamer Stadtschloss wächst gerade in der von spannenden Projekten zum Wiederaufbau geprägten einstigen Residenzstadt Friedrich des Großen seiner Bestimmung entgegen. Doch nicht nur Brandenburgs Landtag bekommt eine neue alte Form. Das Buch „Potsdam. Der Weg zur neuen Mitte“ zeigt den erstaunlichen Wandel des alten preußischen Machtzentrums nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und während der DDR-Zeit. Die Stadtplanerin und Architektin Christiane Borgelt geht darin vielen Projekten, Plänen und manchem Streit um rekonstruierendes Bauen nach. Sie stellt „von der DDR fast gänzlich überbaut“, zurückgelassene Straßen auf 141 reich illustrierten Seiten dem Neuen gegenüber. Die seit 1995 selbst an Sanierungsprojekten beteiligte Fachpublizistin widmet sich nicht nur Verlust und Rekonstruktion, sie schlägt eine Brücke aus der Vergangenheit der Stadt vom Beginn des 17. Jahrhunderts bis zu den aktuellen Bauplänen. Potsdams Geschichte, aber auch der erfolgreiche Einsatz seiner Bürger für ihre Gestaltung kommen so zur Geltung.

Angesichts der ständig neuen Investitions- und Rekonstruktionsplänen konnten die neuesten Entwicklungen nicht alle in das Buch aufgenommen werden. So schaffte es die Teilrekonstruktion des unter Friedrich II. errichteten Palasts Barberini nicht mehr in das vom städtischen Sanierungsträger herausgegebene Werk.

Das bietet trotzdem mehr als einen reich illustrierten farbigen Eindruck für Architektur- und Preußenfreunde. Neben alten wie neuen Plänen und Entwürfen geht die Autorin der erstaunlichen Rück-besinnung auf den Wert des Verlorenen nach: „Der Abbau des Theaterrohbaus am Alten Markt war wie ein Befreiungsschlag. Für viele Potsdamer Bürger bedeutete er symbolisch das Ende der 40-jährigen DDR-Geschichte und des sozialistischen Stadtumbaus. Der Genius Loci der alten Stadtmitte stand wieder zur Verfügung.“ Dieser besondere Geist des Ortes ist selbst in den enthaltenen Bildern der 60er Jahre ist noch erkennbar: Letzte Aufnahmen der Garnisonkirche lassen erahnen, mit welcher Brutalität DDR-Planer dieses und viele andere Kunstwerke zugunsten sozialistischer Betonarchitektur abwickelt haben. Das Resultat war „das unvollendete, autogerechte Zentrum“, von 1989, so Borgelt.

Falscher Umgang der DDR mit Preußen-Erbe

Dem Einfluss der Bürgerbewegung, die in jenem Jahr begann Häuser provisorisch vor dem Verfall zu schützen, widmet Borgelt in ihrer Bestandsaufnahme ebenfalls ein Kapitel. Der größte Teil des mit vielen Luftaufnahmen angereicherten Bandes befasst sich indes mit der Zeit nach 1990. Ein farbiger Plan der Grabungen auf dem Gelände des Stadtschlosses liefert mit einem Kapitel über neueste archäologische Ergebnisse Einblick in das Werden der Stadt. Details wie die Originalteile des Schlosses, aber viel mehr noch die im Buch sichtbare städtische Gesamtgestaltung, wiedererstehende Palazzi wie moderne Entwürfe, runden den Blick auf einen wieder zum Leben erwachenden Stadtkern ab. „Die Potsdamer Mitte wird gelingen“, sagt Borgelt: „Ungewohnte, neue und wiedergewonnene Blickpunkte überraschen den Flaneur.“ *SV*

***Christiane Borgelt: „Potsdam. Der Weg zur neuen Mitte“**, Nicolai, Berlin 2012, geb., 141 Seiten, 19,90 Euro*



Mehr über die Geldvernichter

»Spiegel«-Redakteure blicken hinter die Kulissen der Märkte und der Politik

Wenn es darum geht, den Schuldigen für die verschiedenen Krisen der letzten Jahre zu finden, dann sind zumindest die Politiker schnell dabei, ihn zu benennen. „Die Märkte“ seien verantwortlich, heißt es immer wieder, doch wer diese ominösen Märkte eigentlich sind, können wir nur erahnen. Zu jenen, die sich die Mühe machen, den normalen Bürgern verständlich zu erklären, wer denn nun mit „den Märkten“ gemeint ist, gehört ohne Zweifel das Magazin der „Spiegel“. Schon so manches Mal hat er in mehrseitigen Berichten versucht, dass umfassende Thema nachvollziehbar darzustellen. Da aber die meisten Beiträge für einen Magazin-Beitrag sehr lang und mühselig zu lesen sind, sind einige der Artikel nun in dem Buch „Billionen Poker. Wie Banken und Staaten die Welt mit Geld überschwemmen – und uns arm machen“ versammelt. Und da man sich für die Lektüre eines Buches doch mehr Zeit nimmt als für die eines Zeitschriftenartikels, kann man die Leistung, die die „Spiegel“-Mitarbeiter mit ihren Recherchen erbracht haben, so auch besser nachvollziehen und wertschätzen.

Im ersten Teil des Buches nehmen sich die Autoren verschiedene Repräsentanten der „Märkte“ vor. So erfährt man etwas über die Funktion und Sicht der Welt des texanischen Hedgefonds-Managers Kyle Bass, des Vermögensverwalter Reiner Back, des DWS-Fondsmanagers Thomas Schüßler, des New Yorker Devisenhändlers Ben Koch, des Bremer Landesbankers Frank Möller und des inzwischen nicht mehr im Amt befindlichen deutschen Bankenaufsehers Jochen Sanio. Der Leser begleitet diese Personen über mehrere Tage hinweg und bekommt so ein Gefühl dafür, dass diese „Märkte“ gar keine dunkle Macht sind, sondern eine Ansammlung von Menschen, die die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, und das in einer Weise, die für die Gesamtgesellschaft negative Auswirkungen haben kann.

Der Leser bekommt plastische Beispiele aus dem realen Leben

Im zweiten Teil des Buches werden dann Hintergründe zur Euro-Krise geboten. Hier führen die Autoren den Leser bis in die frühen 90er Jahre zurück und verweisen darauf, dass bereits 1992 zahlreiche Volkswirte vor den Folgen der Gemeinschaftswährung gewarnt haben, die wir nun erleben. Interessant ist auch, daran erinnert zu werden, dass sich der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf damals bei der Abstimmung zur Einführung des Euro im Bundesrat der Stimme enthalten hat. Auch aus den USA äußerten Forscher Zweifel, aber denen unterstellten europäische Politiker schlicht, sie würden den Euro als Konkurrenz zum Dollar verhindern wollen und zudem die historischen Zusammenhänge nicht erfassen. „Die Architekten des Euro und ihre Nachfolger“, so heißt es in dem Buch, „haben die Wette von Maastricht verloren. Sie haben das Volkseinkommen von zwölf Ländern aufs Spiel gesetzt für die Hoffnung, die Märkte würden schon nicht merken, wie zerbrechlich die schöne neue Währung ist. Und was die Gründergarde des Euro im Vertragswerk an Lücken ließ, haben ihre Nachfolger in zehn Jahren genutzt, um den Euro noch anfälliger zu machen.“

Abschließend werden noch die Themen Kreditblase und die Gefahren für die Demokratie aus den erörterten Missständen geschildert. Wobei das erste Thema von anderen Autoren bereits zur Genüge und mindestens so verständlich behandelt wurde.

In der Bilanz hilft das Buch „Billionen Poker“ jenen, die die aktuellen Wirtschaftskrisen besser verstehen wollen, ihr Ansinnen zu verwirklichen. *Rebecca Bellano*

***Ulrich Fichtner und Cordt Schnibben (Hrsg.): „Billionen Poker. Wie Banken und Staaten die Welt mit Geld überschwemmen – und uns arm machen“**, DVA, München 2012, gebunden, 298 Seiten, 19,99 Euro*



Des eigenen Verstandes bedient

1924 Geborene sinniert über Freiheit und wie man sie lebt

Biografien von Politikern gibt es wie „Sand am Meer“, meist von „Geisterhand“ geschrieben. Die vorliegende Lebensgeschichte einer Dame, die sich nach dem Krieg fern aller Ideologien mit neuem Freiheitsdrang der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP) anschloss, ist dagegen eher bescheiden gehalten und zielt weder auf reißenden Absatz noch eine politische Karriere. Das hat eine Hannelore Morhinger, Jahrgang 1924, auch nicht nötig. Mit der Schilderung ihrer Lebensstationen und wechselnden Lebensumstände wie ihren kommentierenden und in einer verständlichen Sprache gehaltenen Bemerkungen möchte sie speziell die „Enkelgeneration“ ansprechen.

Zu wünschen wäre es, aber es ist sehr zweifelhaft, ob es ihr gelingt. Für die Jugend sind die Beispiele zu persönlich, die Zeiten zu fern, um sich intensiv damit zu beschäftigen. Doch gerade das wäre hilfreich, um zu sehen und zu erfahren, welche Probleme ein selbstbestimmtes „Ich“ mit dem wechselnden und durchaus militanten „Zeitgeist“ hat, auch mit den diversen Flügeln der eigenen Partei. Die Kapitel über die „68er“, die Parteien wie die Bildung in Deutschland, über Kunst, Medien wie die Klimapolitik, über die Europäische Union wie den Euro sind erhellend und lehrreich.

Man muss nicht jede Meinung teilen, aber wichtig ist es, sich überhaupt zu einer Meinung im Widerstreit der Ideologien und Interessen durchzuringen. Allein dazu gehört der Mut, denn schon Kant hatte eingefordert, seinen eigenen Verstand zu benutzen, um sich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Nur wer diesen Mut hat, kann sich als „freier Bürger“ fühlen, der nicht nur Erfüllungsgehilfe des „Zeitgeistes“ ist.

Aufschlussreich ist ein kleines Gedicht, mit dem Hannelore Mohringer ihre Zeit im Gemeinderat kurz zusammenfasst: „Wer Meinung hat und lauthals denkt, ist peinlich dem, der Meinung lenkt. Auch ist er, bis die anderen denken, selbst angewiesen sie zu lenken, bis ihnen allen endlich klar, wie einfach die Erkenntnis war.“ *Wolfgang Thüne*

***Hannelore Mohringer: „Bemerkungen einer Deutschen, Jahrgang 1924“**, epubli, Berlin 2012, broschiert, 439 Seiten, 24,99 Euro*



Zerstörerisches Schweigen

Autor recherchiert die Vergangenheit seiner deutsch-polnischen Familie

Bereits in seinem Buch „Schweigen die Täter, reden die Enkel“ von 2006 hat sich der Journalist und Autor Uwe von Seltmann mit der SS-Vergangenheit seines aus Wien stammenden Großvaters Lothar von Seltmann auseinandergesetzt. Über ihn hatte der 1964 geborene Autor lange Zeit nur gewusst, dass er 1944 in Schlesien vermisst war, da in der Familie über ihn nicht geredet wurde. Irritierend klingt der Titel seines neuen Buches: „Todleben“. Man ahnt den Sinn der bizarren Wortschöpfung aufgrund des Untertitels „Eine deutsch-polnische Suche nach der Vergangenheit“ umso mehr, wenn man erfährt, dass Uwe von Seltmanns polnische Ehefrau, die Künstlerin Gabriela Maciejows-kaja, seit ihrer Kindheit ebenfalls mit dem Schweigen zurechtkommen musste, das über die Existenz ihres Großvaters verhängt war. 2006 hatten sich die Ehepartner in Kazimierz kennengelernt, dem ehemaligen jüdischen Viertel Krakaus. Doch Gabriela Maciejowskajas Großvater, der Agraringenieur Michał Pazdanowski, war Opfer, nicht Täter. Nach Aufgabe der Vorbehalte, die Gabrielas Geschwister dem Autor als Deutschem anfangs entgegengebracht hatten, überließ ihm sein Schwager einige Dokumente, aus denen hervorging, dass Michał Pazdanowski von der Gestapo im November 1942 im damals polnischen Zabie verhaftet wurde. Der Ort in der Huzulei heißt heute Verkhovyna und liegt in der Westukraine nahe der rumänischen Grenze. In dieser Gegend der Ostkarpaten hatte sich zeitweilig auch Uwe von Seltmanns Großvater aufgehalten, der bis 1942 in Polen zum Stab des Odilo Globocnik gehörte, einem der brutalsten Massenmörder des NS-Staates. Wie nicht anders zu erwarten, bedeutete diese Verknüpfung der Vergangenheit beider Familien zunächst eine Belastung für das deutsch-polnische Ehepaar.

Großvater seiner Frau war als Jude Opfer

Das Buch beginnt mit einem Aufenthalt – von insgesamt fünf – am zentralen Ort ihrer Spurensuche, in Verkhovyna. In dem Dorf im „Hinterhof Europas“ begegneten ihnen Menschen, denen es heute wirtschaftlich äußerst schlecht geht. Uwe von Seltmann hat in seinem Buch die Lebenslinien von Michał Pazdanowski nachgezeichnet, obwohl ihn zwischenzeitlich immer wieder Zweifel an der Sinnhaftigkeit seines aufwändigen Vorhabens ankamen. Die Nachrichten, die noch über ihn in Erfahrung zu bringen waren, sind spärlich. Sie sind eingebettet in eine manchmal ausufernde Erzählung von den sich über fast vier Jahre hinziehenden Rechercheaufenthalten im Baskenland, in Wien, Krakau, Lublin, Lemberg, Majdanek, Auschwitz. Nicht immer ist es einfach, die Zusammenhänge nachzuvollziehen. Lange Gespräche mit Verwandten der Ehefrau des Autors sowie die Auskünfte einiger hoch betagter Zeitzeugen sind teilweise im Wortlaut wiedergegeben. Bevor Westgalizien am 1. August 1941 dem Generalgouvernement zugeschlagen wurde, waren dort mehrere Tausend Polen vom sowjetischen NKWD, aber auch von Partisanen liquidiert worden. Bereits in den ersten Monaten nach dem Einmarsch der Wehrmacht fielen erneut Zehntausende Zivilisten den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes zum Opfer. Michał Pazdanowski, der 1925 an der altehrwürdigen Universität Krakau seinen Abschluss in Agrarwissenschaften gemacht hatte, wurde im November 1942 von der Gestapo verhaftet und starb im April 1944 während eines Transports vom KZ Majdanek nach Auschwitz.

Der eigene Ahne hat SS-Vergangenheit

Die Reise in die Vergangenheit sei wichtig gewesen, befindet von Seltmann abschließend, denn: „Moralische Schuld vererbt sich nicht. Doch die sozialen Folgen des Ver- und Beschweigens von Schuld beschädigen noch die folgenden Generationen.“ Das Projekt „Zwei Familien, zwei Vergangenheiten – eine Zukunft“ hat ihn und seine Frau zusammengeschmiedet. *Dagmar Jestrzemski*

***Uwe von Seltmann: „Todleben. Eine deutsch-polnische Suche nach der Vergangenheit“**, Herbig Verlag 2012, gebunden, 317 Seiten, 19,99 Euro*



Streitpunkt

Balkanproblem bald in der EU

Dass Kroatien noch nicht zur EU gehört und auch sein für Juli 2013 vorgesehener Beitritt unsicher ist, liegt an endlosem Gezänk: Kroatien sperrt Slowenien im südlichen Golf von Triest, der Bucht von Piran, von der offenen Adria aus. Und Slowenien revanchiert sich mit der Blockade des kroatischen EU-Beitritts. Historisches Werden und juristische Relevanz des Grenzstreits hat Darja Mihelic, Historikerin an der Universität Laibach [Ljubljana], akribisch aufgelistet.

Schauplatz des Konflikts ist die Halbinsel Istrien, von Kroaten, Slowenen und Italienern besiedelt, von Ost-Rom, Venedig und Österreich beherrscht – eine ethnisch-sprachlich gemischte Region, wo man friedlich koexistierte und zu Lande wenige, in der See gar keine Konflikte hatte. Die kamen erst auf, als Italien 1943 kapitulierte und kroatische und slowenische Partisanen Istrien okkupierten und entlang des Flusses Dragonja die Grenze markierten, die seit dem Ende Jugoslawiens eine Staatsgrenze und Quelle unausgesetzten Zanks ist.

Darja Mihelic verhehlt nicht, dass sie die Kroaten von Anfang an als „aggressiv, arrogant, selbstherrlich“ empfand. Damit hätten sie nach dem Zweiten Weltkrieg Titos Stellung bei den Westalliierten unnötig geschwächt, gleichfalls bis 1954 beim Gezerre um den „Freistaat Triest“, das Belgrads Position als härtester Gegner Stalins belastet habe. Ab 1947 habe sich Kroatien immer „gegen den Willen der mehrheitlich slowenischen Bevölkerung“ ganze Regionen angeeignet, nach 1991 habe man den Konflikt auf das Meer ausgedehnt, das bislang „ein einheitliches Fischereigebiet ohne Gemeinde- und Republikgrenzen“ gewesen sei. Dort sei niemals eine Grenze festgelegt worden, aber wenn Kroatien seit seiner Unabhängigkeit 1991 die Bucht von Piran und die umliegende Region durch willkürliche Grenzen „zerstückelt“, dann kann nach Mihelics Studie niemand mehr sagen, er habe nichts gewusst. *Wolf Oschlies*

***Darja Mihelic: „Die Bucht von Piran. Fischerei- und Hoheitsrechte an der slowenisch-kroatischen Seegrenze“**, Wieser Klagenfurt 2012, geb., 265 Seiten, 25 Euro*

Ulrich Saft
Das bittere Ende der Luftwaffe
„Wilde Sau“ - Sturmjäger - Rammjäger - Todesflieger - „Bienenstock“
gehörten zu den spektakulärsten Sonderkommandos der Luftwaffe. Sie bestanden nicht aus ordensgeschmückten Fliegerassen, sondern aus meist jungen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, deren heldenhafter und opfermütiger Einsatz in diesem Buch beschrieben ist.

Geb., 208 Seiten, mit etlichen Fotos, Anhang
Best.-Nr.: 4881



€ 24,95

Preußen-Schirmmütze



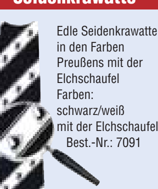
Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.



Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209

€ 19,80

Ulrich Saft
Krieg im Osten
Das bittere Ende jenseits der Weichsel bis Oder und Neiße
Diese Dokumentation behandelt einen Ausschnitt des Ostfeldzuges von 1944/45, der mit dem Anlass für beide Weltkriege eingeleitet und von Beurteilungen der Wehrmacht nach dem Krieg abgeschlossen wird. Die Genauigkeit der beschriebenen Operationen beider Seiten war durch die Auswertung der neuesten Quellen möglich. Detaillierte Lagekarten veranschaulichen die häufig schwer durchschaubaren Gefechtsentwicklungen in einmaliger Weise.
Geb., 600 Seiten



Best.-Nr.: 3242

€ 39,95

Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS“
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215



€ 19,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen





12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195

€ 17,95

Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster





12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194

€ 17,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

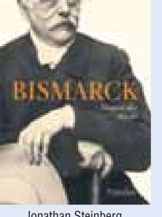
Manfred Spitzer
Digitale Demenz
Digitale Medien nehmen uns geistige Arbeit ab. Was wir früher einfach mit dem Kopf gemacht haben, wird heute von Computern, Smartphones, Organizern und Navis erledigt. Das birgt immense Gefahren, so der renommierte Gehirnforscher Manfred Spitzer. Die von ihm diskutierten Forschungsergebnisse sind alarmierend: Digitale Medien machen süchtig. Sie schaden langfristig dem Körper und vor allem dem Geist. Wenn wir unsere Hirnarbeit auslagern, lässt das Gedächtnis nach. Nervenzellen sterben ab, und nachwachsende Zellen überleben nicht, weil sie nicht gebraucht werden. Bei Kindern und Jugendlichen wird durch Bildschirmmedien die Lernfähigkeit drastisch vermindert. Die Folgen sind Lese- und Aufmerksamkeitsstörungen, Ängste und Abstumpfung, Schlafstörungen und Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft und sozialer Abstieg. Spitzer zeigt die besorgniserregende Entwicklung und plädiert vor allem bei Kindern für Konsumbeschränkung, um der digitalen Demenz entgegenzuwirken.

Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7216

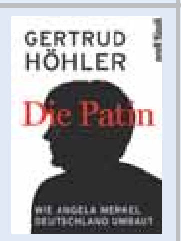
€ 19,99



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Jonathan Steinberg
Bismarck
Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7213, € 29,99



Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198, € 21,95

Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs
General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 14,95

Stephan Berndt
Hellseher und Astrologen im Dienste der Macht
Die geheimen Einflüsse auf Politiker und Herrscher
Geb., 392 S. m. zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 7217, € 24,90



Reinhold Busch (Hrsg.)
Stalingrad
Der Untergang der 6. Armee.
Überlebende berichten
Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder
Best.-Nr.: 7214, € 24,90



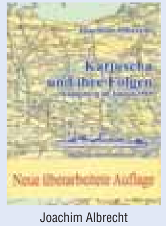
Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95



Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

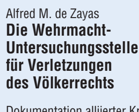


Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene.
Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und mit ihren damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert.
Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.



Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten,
8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335

€ 29,80

Pro Patria, Märsche und Lieder

CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



€ 17,95

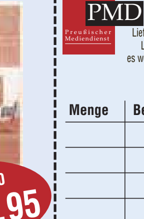


Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95



statt € 19,00
nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372





PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 08/13
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Körperverletzung ist »nichts«

Bremen – Das „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ ist unerschütterlicher Bestandteil des Grundgesetzes. Das gilt aber offenbar nicht für Bremen, wie die „Bild“-Zeitung berichtet: Eine Mutter, die die Polizei alarmierte, nachdem ihr 17-jähriger Sohn von Immigranten zusammengeschlagen worden war, erhielt von dem herbeigerufenen Beamten die Auskunft: „Das war doch nur Körperverletzung, da passiert in Bremen nichts.“ *H.H.*

Grüne Vegetarier abgewehrt

Berlin – „Die Grünen treiben eine Umerziehungswelle durch unser Land“, ereiferte sich dieser Tage der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Manfred Grund. Auslöser für seine Attacke gegen die Grünen ist deren Plan, den Kantinen im Bundestag vorzuschreiben, künftig einen Tag in der Woche absolut fleischfreie Kost anzubieten. Dieser Angriff auf seinen Mittagsteller führte dazu, dass Grund an die Presse ging. *Bel*

ZUR PERSON

Caudillos unter sich

Die unabhängigen Medien in Ecuador müssen sich in nächster Zeit an den „Riemen“ – spanisch „correa“ – reißen. Nachdem Staatspräsident **Rafael Correa** durch eine Verfassungsänderung die Wahl zu einer dritten Amtszeit durchgesetzt hat und diese jetzt mit klarer Mehrheit gewann, drohte er, missliebige private Medien strafrechtlich zu verfolgen.

Die Maulkorb-Politik des linksnationalen Präsidenten hat bislang zumindest eines erreicht, seitdem er 2006 zum ersten Mal gewählt wurde: eine innere Stabilität des zuvor durch viele politische Krisen angeschlagenen Landes. Dieser Erfolg stärkt das Bemühen des 49-Jährigen, das Erbe seines Freundes Hugo Chávez anzutreten und als Anführer lateinamerikanischer Linksregierungen Front gegen die USA zu machen.

Parallel zur Wiederwahl Correas kehrte Venezuelas Staatspräsident Chávez nach seiner Krebsbehandlung auf Kuba in sein hochverschuldetes Land zurück, das er ausgerechnet mit Hilfe der umstrittenen Investmentbank Goldman Sachs vor der Staatspleite zu bewahren versucht.



Goldman verdient dabei prächtig. Der studierte Wirtschaftspolitiker Correa geht da klüger vor, erreichte er doch eine stärkere staatliche Beteiligung an den Einnahmen der Ölindustrie, ohne diese gänzlich zu verstaatlichen. Den Einfluss der US-Amerikaner hält er aus dem Land heraus, indem er einen Vertrag über einen US-Luftwaffenstützpunkt kündigte.

An Temperament mangelt es dem cholerischen Correa ebenso wenig wie Chávez, der auf Konferenzen westliche Politiker ständig gegen sich aufbringt. Als typischer „Caudillo“ hat der mit einer Belgierin verheiratete Correa auch dafür gesorgt, dass führende Staatsämter mit treuen Gefolgsleuten besetzt sind. So sichert man sich eine Machtdynastie. *tws*



Zeichnung: Mohr

Bemerkenswert dämlich

Warum die EU Laborraten besser schützen will als Menschen, was Brüssel von uns hält, und wieso »Pferdedieb« auch nur ein Beruf ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Europa schlittert zurück in die Wirtschaftskrise! Brüssel hat den Ernst der Lage erkannt: Da muss schnell gegengesteuert werden. Also wird jetzt alles Erdenkliche unternommen, um den europäischen Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen.

Zum Beispiel der Pharma-Industrie. Damit die in Schwung kommt, hat die EU-Kommission beschlossen, Laborversuche an Menschen zur Entwicklung neuer Produkte deutlich zu erleichtern. Künftig sollen die Standards für Menschenversuche sogar niedriger gesetzt werden als die für Experimente mit Laborratten.

Bislang ist alles sehr umständlich. Da muss eine „unabhängige Ethikkommission“ mit am Tisch sitzen bei der Vorbereitung der Versuche. Die überwacht dort, dass der Versuchsmensch keinen Schaden nimmt. Zudem müssen neue Medikamente in allen EU-Ländern einzeln zugelassen werden. Was für ein Blödsinn! Erstens hat die EU mehr als 500 Millionen potenzielle Versuchsmenschen. Davon kann man ruhig ein paar für die Pharma-Branche verbrauchen. Zweitens soll doch alles einheitlich werden. Warum also noch nationale Zulassungen?

Das soll jetzt alles besser werden: Die Ethikkommissionen werden nach dem Willen der EU-Oberen abgeschafft, und es reicht, die Zulassung von einem einzigen Mitgliedstaat zu bekommen, die gilt dann überall. Was das Tollste ist: Die Sponsoren der Menschenversuche, sprich, die Arzneimittelkonzerne sollen selber vorschlagen können, welches Land das sein soll.

Das bringt uns auf eine wundervolle Idee. Haben griechische Krankenhäuser nicht enorme Schulden bei den Arzneimittel-Lieferanten? Diese Schulden könnten die Konzerne den Griechen erlassen. Und gleich danach könnten die Pharma-Riesen rein zufällig entdecken, dass kein EU-Staat so kompetent und geeignet ist für die Genehmigung neuer Medikamente wie – na? – Hellas!

Niemand würde es wagen, hier von „Eine Hand wäscht die andere“ zu reden. Schließlich basiert das europäische Haus auf dem Vertrauen in unsere Partner. Die Partner ihrerseits vertrauen der EU, die wiederum ihren Lobbyisten und darauf, dass wir Bürger viel zu bescheuert sind, um den Betrug zu bemerken. Ja, sie halten uns wirklich für bemerkenswert dämlich, wie wir einem Filmchen entnehmen können, das gerade im Vorprogramm unserer Kinos läuft.

Den 50-sekündigen Streifen haben die Bundesregierung, die EU-Kommission und das EU-Parlament in Auftrag gegeben. In dem Film tollen drei Gören durch die Ausstellung „PRÄ Europa“ und erleben dort das Grauen, das uns vor Euro und Grenzöffnung niedergedrückt hat: Gleich zu Beginn brüllt sie ein blutrünstiger Dinosaurier an, der bekanntlich erst nach Einschlag des Schengener Abkommens 1985 ausgestorben ist. Verwirrt fingert ein Junge in der Vielzahl von Geldscheinen vor der Euro-Einführung herum, und natürlich donnern Weltkriegsbomben kreischend und krachend nieder, stehen die Kinderlein bleich vor alten Gasmasken.

> **Wussten Sie das? Die Dinos sind erst durch das Abkommen von Schengen ausgestorben!**

Doch dann schnippt der Junge eine blitzende Euro-Münze hoch, kichernd schmeißen die Kleinen den Schlagbaum einer Spielzeug-Grenzstation um und es erscheint „Unser Europa“, mit dem „Frieden, Freiheit und Wohlstand“ erst möglich wurden. Danach rauschen die drei lachend auf ihren Skateboards davon. Frieden, Freiheit und – Wohlstand: Ob sie den Film bald auch in Spanien zeigen? Können Sie selber nachprüfen: Beim nächsten Urlaub in dem Land behalten Sie einfach die Lichtspielhäuser im Blick. Wenn dort dicker Rauch aufsteigt, lief gerade „Unser Europa“.

Es ist eben nicht bloß das Ansehen der EU beim Volk, das ein wenig gelitten hat. Die EU-Führung kann ihre Völker auch nicht besonders leiden. Man hält uns für tumbe Dreikäsehochs, die man mit ein paar Späßchen an der Leine hält. Warum darf man an derlei Kreaturen keine Laborversuche machen, ohne sich dabei von „Ethikern“ stören zu lassen?

Auf jeden Fall behält man uns kleine Deppen streng unter Aufsicht, damit wir keinen Mist bauen. Dazu wollen auch die Stromnetzbetreiber in der EU ihren Beitrag leisten und schlagen vor, Elektrogeräte in Haushalten künftig serienmäßig mit einer Fernsteuerung auszustatten. Der in Brüssel gut „vernetzte“ Lobbyverband der Netzbetreiber namens „Entso-E“ will, dass seine Unternehmen Kühlschränke, Klimaanlagen oder Wärmepumpen ohne Wissen der Eigentümer aus der Ferne abschalten können.

Lustigerweise nennt Entso-E den Vorstoß einen „Beitrag zur Versorgungssicherheit“: Wenn ich also nie mehr wissen kann, ob mein Kühlschrank von jetzt auf gleich abgeschaltet wird, fühle ich mich „versorgungssicherer“, ganz klar.

Die Idee lässt die Phantasie sprießen. Unlängst hatten wir an dieser Stelle ja gelesen, dass die EU unliebsamen Medien gern die „Zulassung“ entziehen würde. Mit so einer Fernsteuerung könnte man sie viel eleganter zum Schweigen bringen: Der Netzbetreiber stellt der Druckerei einfach den Strom ab, wenn die EU-kritische Postille gerade in Druck gehen soll. Oder er lässt den Rechner eines „populistischen“ Internetmediums so oft abschmieren, dass die Populisten ihre Seite entnervt schließen. Möglichkeiten über Möglichkeiten! Mehr Europa!

Die Populisten und EU-Kritiker wollen doch ohnehin nur verhindern, dass die Europäer näher zueinander finden. Da kommen sie allerdings reichlich spät. Deutschland ist der Star unter den Reisezielen von Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Vor allem Roma haben ihre Liebe zum Land der Dichter und Denker entdeckt.

Allerdings kommt es wegen der Engstirnigkeit der Teutonen vermehrt zu Missverständnissen, wenn sich Roma und Deutsche begegnen. Nicht selten steht die geradezu rassistische Verständnislosigkeit der Einheimischen einem harmonischen Miteinander in einer entwickelten Willkommenskultur im Wege.

Werner Baumgarten engagiert sich seit vielen Jahren als „Asyl-Pfarrer“ in Stuttgart für mehr Toleranz. So kämpft Baumgarten auch dafür, dass die Deutschen das Anderssein der Roma vom Balkan nicht als Zumutung abtun, sondern als kulturelle Bereicherung erkennen, welche unter anderem auch ganz neue Berufsbilder in unser Land bringt. Bei den Roma gebe es beispielsweise „nicht nur den Schmied oder den Musiker, sondern neben dem Pferdezüchter auch den Pferdedieb. Das sind jahrhundertealte Sitten und Gebräuche“, klärt Baumgarten in den „Stuttgarter Nachrichten“ auf.

Wenn der deutsche Züchter demnächst seinen Stall morgens leer vorfindet, weiß er, dass eigentlich gar nichts Schlimmes passiert ist. Da hat lediglich der Roma-Kollege letzte Nacht seinen Beruf ausgeübt. So, wie der Züchter das ja auch jeden Tag macht, ohne dass sich der Roma darüber beschwert hätte.

So in etwa? Nein, das nun auch wieder nicht. Schließlich sind wir hier in Deutschland, das darf hin und wieder noch mal durchscheinen. Aber nur ganz sanft: Natürlich müsse Diebstahl angezeigt werden, stellt Pfarrer Baumgarten klar. „Aber der Richter kann dann die Tradition im Strafmaß berücksichtigen.“ Diebstahl als „Tradition“ – manche Wörter machen eine erstaunliche Karriere.

Wir müssen einfach viel verständnisvoller werden. Wollen wir ja auch, indes: In Duisburg ist im Umfeld der Roma etwas passiert, das wir auf gar keinen Fall hinnehmen können: Sie trennen ihren Müll nicht sachgerecht!

Schon 1600 wilde Müllkippen musste die Stadt im ersten Dreivierteljahr 2012 wegräumen. Ungeheuerlich. Dafür sollte sich jemand schämen. Und wer? Raten Sie mal: die Deutschen natürlich! Die Müllkippen sind nämlich nur entstanden, weil „die Zuwanderer (von den deutschen Nachbarn oder der deutschen Verwaltung) nicht ausreichend darüber informiert werden, wie die Müllentsorgung hier funktioniert“, nimmt uns Duisburgs Integrationsreferentin Leyla Özmal ins Gericht.

MEINUNGEN

*Der Regisseur **Oskar Roehler** empört sich in der „Welt“ (14. Februar) über die Heuchelei der **„Politischen Korrektheit“**:*

„Wenn ich Moderatoren im Fernsehen reden höre, klingt das manchmal für mich so: ‚Mein Name ist X, und ich stehe hier in der politischen Arena, um unser teutsches Denken reinzuhalten gegen politische Unkorrektheit ... Kopf ab für jedes falsche Wort!! Korrektheit macht frei!!‘ ... Sie strafen Leute für ein einziges unkorrektes Wort, mit einer Gefühlskälte, die enorm ist. Die hätte ich gern mal gesehen, was sie im Dritten Reich gemacht hätten. Sie gerieren sich als die Herren der Weltmoral ...“

*Familienministerin **Kristina Schröder** regt sich im „Spiegel“ vom 9. Februar über die **Pläne ihrer politischen Gegner** auf:*

„Wollen Sie ernsthaft, dass alle Frauen schon acht Wochen nach der Geburt wieder arbeiten müssen? Das wäre zutiefst unmenschlich. Ich war zehn Wochen nach der Geburt meiner



Tochter wieder im Büro. Ich weiß, was das bedeutet ... Ich bin nicht bereit, die Familienpolitik allein an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Arbeitgeber auszurichten.“

*Der Wirtschaftswissenschaftler **Wilhelm Hankel** erklärt im Wiener Magazin „Format“ (18. Februar), warum Vertreter der **Hochfinanz** (wie Hedgefonds u.ä.) so erpicht darauf sind, dass die **Deutschen** mit ihrem Geld den **Euro retten**:*

„Die Hedgefonds wissen genau, warum sie darauf bestehen, dass die EZB ihre Anleihen (sprich: griechische etc. Staatsanleihen, die im Besitz der Fonds sind) kauft, weil am Markt sind die nicht verkäuflich. Zumindest nicht ohne große Verluste. Das weiß der (US-„Starinvestor“ George) Soros. Deswegen stellt er sich überall hin und sagt, die Deutschen müssen den Euro retten. In Wirklichkeit meint er seine Gewinne, seine Investitionen. Das sind hochgradige Betrüger. Und sie leben natürlich von der Fehlinterpretation der Presse, die das nicht sieht. Ich würde den Soros aufspießen.“

*Den 2012 verstorbenen Volkswirt **Roland Baader** zitiert das Internet-Portal „hartgeld.com“ mit einer Einsicht über den Unterschied von **Kapitalismus** und **Sozialismus**:*

„Was am Kapitalismus ‚kalt‘ und ‚unmenschlich‘ sein soll, das ist die Tatsache, dass er den Menschen keine Illusionen vorgaukelt von einem irdischen Paradies der Edlen, der ‚solidarischen‘ und ‚neuen‘ Menschen, sondern dass er sie so akzeptiert wie sie sind: Egoistisch und hilfsbereit, verschlagen und offen, dumm und gescheit, faul und fleißig, nüchtern und verträumt. Was am Sozialismus ‚menschlich‘ sein soll, das ist in Wirklichkeit nur die Illusion, der Irrtum und der Wahn ... Dieser Wahn aber lebt fort.“